

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM frei pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anrechnung für Deutschland und Österreich: Ungarn 2 Pf., für das übrige Ausland 5 Pf. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Nummernreihe oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitungsdruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 1. Oktober 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

An die Partei!

Parteigenossen!

Die deutsche Sozialdemokratie hat in den beiden letzten Monaten zwei Tagungen gehabt, auf die sie mit großer Genugtuung zurückblicken darf: den Internationalen Arbeiterkongress zu Stuttgart und den Parteitag zu Essen.

Beide Tagungen haben nicht nur unsere Erwartungen erfüllt, beide haben sie übertroffen. Beide boten ein Bild der Einigkeit und der Uebereinstimmung der internationalen und der nationalen Bestrebungen in den verschiedenen Ländern, das uns mit den schönsten Erwartungen für die Zukunft erfüllt.

Tiefe Eindrücke, neue Hoffnungen und steigende Begeisterung für unsere große Sache, die die Sache der leidenden Menschheit ist, haben wir aus diesen Verhandlungen mit in die Heimat genommen.

Indem der Parteitag zu Essen seine einstimmige Zustimmung zu den Beschlüssen des Internationalen Arbeiterkongresses zu Stuttgart gab, hat er ein Zeugnis der Solidarität mit den übrigen Bruderparteien der Welt gegeben, das von diesen mit Genugtuung begrüßt werden wird. Und indem ferner der Parteitag zu Essen noch ebenso sachliche wie gründliche Erörterungen zu den verschiedenen Punkten seiner Tagesordnung genommen hat und ebenfalls einstimmig oder mit an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheiten alle wichtigen Beschlüsse faßte, gab er ein Bild innerer Einheit und Geschlossenheit, das von den besten Folgen für die fernere Tätigkeit der Partei sein wird.

Wichtig: Meinungsverschiedenheiten über diesen und jenen Punkt waren auch in Essen vorhanden, und sie werden und müssen stets vorhanden sein, weil es alle Zeit auch bei uns Menschen mit verschiedenem Temperament, verschiedenen Charaktereigenschaften und Fähigkeiten gibt und daraus eine Verschiedenheit in den Auffassungen resultiert, deren sachliche Erörterung nur dem gemeinen Besten dient.

Die Partei der „Niedergeretteten“ hat mit diesen beiden Tagungen bewiesen, daß sie hochherzigen Hauptes den Kämpfen der Zukunft entgegengeht und ihre geschichtliche Mission verwirklicht: Befreiung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen; Schaffung einer Staats- und Gesellschaftsorganisation, in der es nur noch Recht und Gerechtigkeit gibt.

Parteigenossen! Kein Fortschritt, kein Erfolg ohne Kampf, das heißt ohne schwere, ausdauernde, zielbewusste Arbeit. Agitation, Organisation, Aufklärung der Massen und unserer selbst durch rastlose Verbreitung von Wissen und Einsicht in das Wesen der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, in die Gesetze, die sie beherrschen, die Mittel, die sie umzugestalten vermögen, muß nach wie vor das A und O unserer Tätigkeit sein. Die kommenden Wintermonate müssen in erhöhtem Maße mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften ausgenutzt werden.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Essen hat trotz unserer angeblichen Niederlage bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen eine sehr erhebliche Steigerung der Zahl der organisierten Parteigenossen, wie eine sehr erhebliche Steigerung der Abonnentenzahl der Parteipresse und der Leser der Parteiliteratur gezeigt. Aber daran dürfen wir und nicht genügen lassen. Der nächstjährige Rechenschaftsbericht muß ähnliche Erfolge aufweisen. Wer rastet, der rostet. Und wir wollen weder rasten noch rosten. Ein ungeheures Arbeitsfeld liegt vor uns, und noch Millionen Unbeglückter können gewonnen und müssen gewonnen werden, wollen wir unser Ziel erreichen.

Leicht wird uns diese Arbeit nicht. Unsere Gegner werden in steigendem Maße alles aufbieten, um uns die Arbeit nach Möglichkeit zu erschweren. Sei es! Nur im Kampfe zeigt sich, was taugt und lebensfähig ist.

Täuschen nicht alle Anzeichen, so wird man in der nächsten Zeit mit schärferen Waffen gegen uns vorzugehen versuchen. Die Androhung der Ausweisung gegen zwei Männer der Wissenschaft, unsere Parteigenossen Hilferding und Pannicoel, die eintreten soll, falls sie ihre Tätigkeit an unserer Parteischule fortsetzen, deutet an, aus welcher Richtung der Wind weht. Für es! Und besteht kein Zweifel, daß diese Maßregel auf Anordnung der höchsten Stelle in der preussischen Staatsverwaltung ausgeführt worden ist. Der Grundsatz der preussischen Verfassung: die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei, ist wie so mancher andere Verfassungsgrundsatz in bürgerlichen Staaten eine hohe Phrase. Das hat uns schon zur Genüge der Fall Kronz gezeigt. Je wissenschaftlicher, das heißt gründlicher und sachlicher die Aufklärungsarbeit der Arbeiterklasse betrieben wird, je gefährlicher erscheint sie den Herrschenden. In dieser Maßregel erscheint aufs neue der alte Geist, der Preußen vor hundert Jahren an den Abgrund brachte und der noch jetzt in den maßgebenden Kreisen herrscht und den Haß und die Verachtung aller Aufgeklärten und Freienden gegen ein Staatswesen hervorruft, in dem die leitenden Gesichtspunkte der inneren Politik die engherzigsten, feindseligsten und kulturfeindlichsten sind.

Es ist derselbe Geist, der vor nahezu sechzig Jahren das preussische Volk zur Empörung und auf die Barricaden trieb; es ist derselbe Geist, der Ferdinand Freiligrath in seinem berühmten Gedicht „Abschiedsworte der Neuen Rheinischen Zeitung“ zum 10. Mai 1849 die zornigen Worte in die Feder diktierte:

Kein offener Rieb in offener Schlast
Es fällt die Rücken und Läden,
Es fällt mich die schleichende Riebertacht
Der schmutzigen West-Ralmüden!

Die neue Blochherrlichkeit wird mit dieser Maßregel gegen unsere Parteigenossen sozusagen inaugurirt. Man hat offenbar an der entscheidenden Stelle die Forderung, daß der Liberalismus selbst die gefährlichsten Polizeimaßregeln in den Kauf nimmt, um die Blochherrlichkeit nicht zu gefährden. Diese unsere Auffassung wird durch die Haltung der liberalen Presse bestätigt.

Nun, wir haben die Gewalttätigkeit des Fürsten Bismarck überwunden, wir überwinden auch die Blochära des Fürsten Bülow. Der preussisch-deutschen Reaktion wird in der Blochära unter dem Gespött der ganzen Kulturwelt ein scheinliberales Mäntelchen umgehängt, das niemand täuscht.

Wir haben gegen eine solche Totengräberarbeit, die die Gewalttätigkeit an ihrem System vollziehen, nichts einzuwenden.

Parteigenossen! Dem Druck von oben haben wir den Druck von unten entgegenzusetzen. Maßregeln, wie die gegen die genannten Genossen, müssen unseren Mut, unsere Arbeitslust und unsere Opferwilligkeit nur steigern; sie befestigen nur unsere Ueberzeugung, daß die herrschenden Zustände nicht bleiben können, nicht bleiben dürfen.

Unsere Parteigenossen haben überall und namentlich dort, wo es sich um die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den Landtag handelt, sich um so nachdrücklicher für die kommenden Kämpfe vorzubereiten.

Parteigenossen! Männer und Frauen! Die Fahnen hoch! Geht allerwärts ohne Zögern an die Arbeit!

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, im September 1907.

Der Parteivorstand.

Bebel. Eberhardt. Ebert. Gerich. Nollenbuhr. Müller.
Pfanntuch. Singer. Wengels.

Parteigenossen! Die Konstituierung des Parteivorstandes ist erfolgt. Alle für uns bestimmten Zuschriften sind mit der Adresse:

W. Pfanntuch, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 69,

zu versehen.

Alle Geldsendungen sind dagegen nur an den Parteikassierer

A. Gerich, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 69,

zu richten.

Zur Kontrolle des Parteivorstandes und als Beschwerdeinstanz ist die aus 9 Mitgliedern bestehende in § 24 des Organisationsstatuts vorgesehene Kontrollkommission gewählt. Alle Zuschriften, Beschwerden usw. für dieselbe sind an

A. Raden, Gohlis bei Dresden,

zu adressieren.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß die Adresse des Bildungsausschusses wie früher lautet:

G. Schulz, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 3.

Parteigenossen! Eine bis in das Detail durchgebildete Organisation ist Voraussetzung durchschlagenden Erfolgs. Wir ersuchen die Genossen deshalb dringend, dem Ausbau der Organisation die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Von jeder Adressenänderung in der Kreis- oder Bezirksleitung sowie den Landesvorständen, ist dem Parteivorstand unverzüglich Mitteilung zu machen.

Der Parteivorstand.

Julius Motteler †

Am Morgen des 29. September starb nach längerem, schwerem Leiden unser alter Julius Motteler, der „rote Postmeister“, nachdem er am 18. Juni d. J. das neunundsechzigste Lebensjahr vollendet hatte.

Mit ihm ist wiederum einer unserer ältesten Genossen, einer der ältesten in der deutschen Arbeiterbewegung ins Grab gestiegen.

Julius Motteler wurde als Kind benittelter Eltern in Ehlingen in Württemberg geboren. Er genoss eine gute Erziehung, widmete sich später dem Kaufmannsstand und erlernte praktisch ein Jahr lang die Tuchweberei, um in dem gewählten Fach „firm“ zu sein. Anfang der sechziger Jahre kam Motteler nach Crimmitschau in Stellung. Die politische Bewegung ging zu jener Zeit hoch und die Arbeiterbewegung, die damals überall mit der Gründung von Arbeitervereinen einsetzte, ergriff auch die Crimmitschauer Arbeiter. Julius Motteler war einer der ersten, der sich der proletarischen Bewegung anschloß und in den Crimmitschauer Arbeiterverein eintrat, wo er sofort eine leitende Stellung erhielt. Er erwies sich nicht nur als ein gewandter Redner, sondern auch als Befähigtensmensch ersten Ranges, der, mit einer künstlerischen Ader ausgestattet, dabei witzig und geistreich, sich sehr rasch die Sympathien aller erwarb.

Diejenigen, die Motteler in den letzten Jahrzehnten seines Lebens kennen lernten, können sich keine Vorstellung machen von dem jungen Motteler, der mit seinem Enthusiasmus für alles Große, mit seiner Opferfreudigkeit und der Heiterkeit

seines Wesens die Herzen eroberte. 1863 machte er als Delegierter des Crimmitschauer Vereins auf dem Stiftungsfest des Leipziger gewerblichen Bildungsvereins die Bekanntschaft Bebel's und einige Jahre später die von Liebknecht und Rob. Schweichel, zu denen er in intime freundschaftliche Beziehungen trat.

An der lebhaften Agitationsarbeit innerhalb der Arbeiterkreise, die mit dem Auftreten Lassalles im Jahre 1863 begann, beteiligte sich Motteler mit der ganzen Lebhaftigkeit seines Naturells, zunächst als Gegner der Lassalleschen Bewegung. Unermüdblich hielt er Reden und Vorträge in Vereinen und Versammlungen und betrieb die Gründung von Arbeitervereinen, die zu jener Zeit namentlich innerhalb der Gebiete, die heute den 16., 17., 18. und 19. sächsischen Reichstagswahlkreis bilden und im angrenzenden Thüringen ins Leben gerufen wurden. Drei jener Bezirke, der 17., 18. und 19. sächsische Wahlkreis, wurden denn auch bei den Wahlen im Jahre 1867 erobert. Die Beteiligung an dieser Wahl-agitation kostete Motteler seine Stellung; sein Chef konnte nicht verhindern, daß der 18. sächsische Wahlkreis, Crimmitschau-Zwickau, der jungen sächsischen Volkspartei, wie sie sich damals nannte, zugefallen war, ein Sieg, der in erster Linie Mottelers Verdienst war. Motteler gründete nunmehr eine Spinn- und Webgenossenschaft in Crimmitschau, deren kaufmännischer Leiter er wurde. Es charakterisiert seinen Idealismus, daß er damals versuchte, in Süddeutschland und der Schweiz eine Anzahl Schneidergenossenschaften unter den Genossen ins Leben zu rufen, die von seiner Spinn- und Webgenossenschaft die Tuche bezogen. Er hoffte so nach zwei Seiten in diesen Genossenschaften der Bewegung eine Stütze zu geben. Hier hatte ihm aber sein Idealismus einen Streich gespielt; er unterschätzte die geschäftlichen und sozialen Existenzbedingungen dieser Genossenschaften. Mehrere gingen nach kurzer Zeit mit großen Verlusten für das Mutter-geschäft ein, und als infolge der Haltung, die Liebknecht und Bebel in deutsch-französischen Kriegen im Reichstagswahlkreis eingenommen hatten, sich die Erbitterung der Bourgeoisie gegen alles richtete, was mit der Partei in Verbindung stand, wurde der Spinn- und Webgenossenschaft der Bankrott gefürchtet und sie wurde gezwungen, zu liquidieren. Motteler opferte bei diesem Zusammenbruch sein Vermögen, um mit Ehren aus der Affäre zu kommen. Er selbst stand auf der Strafe. Er trat nunmehr in die Leipziger Genossenschaftsdruckerei ein, in der „Der Volksstaat“, das Zentralorgan der 1869 gegründeten sozialdemokratischen Arbeiterpartei gedruckt wurde. 1874 wählte ihn der 18. sächsische Wahlkreis zu seinem Vertreter in den Reichstag; seine Hauptbetriebe in jener Periode richtete sich gegen die Kinderarbeit, die damals in den Fabriken seines Wahlkreises ganz besonders stark verbreitet war. 1877 wurde er aufs neue gewählt, als aber 1878 unter dem Akzentatschreden Bismarck den Reichstag auflöste und eine Paß gegen die Partei einsetzte, ähnlich der von 1907, erlag er seinem liberalen Gegner.

Das Sozialistengesetz und die ihm folgende Unterdrückung aller sozialistischen Preßzeugnisse veranlaßte bekanntlich die Gründung des „Sozialdemokrat“ in Zürich. Julius Motteler übernahm 1880 die Leitung der Expedition des Blattes und in dieser Stellung erwarb er sich Verdienste, die ihm die Partei niemals vergessen wird. Hier erwarb er sich auch den Scherznamen der rote Postmeister, der ihm mit Stolz erfuhr. Und in der Tat konnte kein Besserer an seinem Posten stehen. Auf viererlei kam es hier an. Auf Kaltblütigkeit, Scharfsinn, Fingigkeit und intensives Mißtrauen gegen jeden, der sich als Reuling den geheiligten Räumen der Expedition, mit denen zugleich seine Privatwohnung verbunden war, am Oberen Wolfbach in Zürich näherte. Die genannten Eigenschaften waren notwendig, weil die Heraus-schaffung des Blattes über die Schweizer Grenze nach Deutschland sich von Jahr zu Jahr schwieriger gestaltete. Längs der Schweizer Grenze, von Lindau bis nach dem Elß, stand ein Heer von Beamten, das im Abfangen des „Sozialdemokrat“ seine vornehmste Tätigkeit sah. Immer neue Kombinationen für den Schmugglerdienst mußten gefunden werden, um diesem Beamtenheer die ersuchte Beute fern-zuhalten. Aber mit dem Beamtenheer an der Grenze begnügte man sich in Deutschland nicht. Ein Heer von Polizeispizeln in allen möglichen Gestalten überschwebte die Schweiz und speziell Zürich und suchte sich in die Züricher Parteioorganisation und in die Druckerei und Expedition des „Sozialdemokrat“ Eingang zu verschaffen. Unter diesen Spizeln befanden sich auch nicht selten Parteigenossen, die dem Klange des Metalls, das die deutsche Polizei reichlich spendete, nicht widerstehen konnten. Die Stellung Mottelers war eine sehr verdienstvolle, aber auch eine sehr aufregende, die Nerven von Stahl erforderte und schließlich auch diese ruinierte. Diese Stellung, die Motteler bis 1888 in Zürich und dann, nach der Ausweisung des „Sozialdemokrat“ aus der Schweiz, in England bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Ende September 1890, bekleidete, hat die Kräfte des Angenehm zähen und widerstandsfähigen Mannes stark angegriffen. Er konnte die Stellung so lange auch nur dadurch ausfüllen, daß eine Anzahl zuverlässiger Genossen ihm zur Seite stand, die die mit ihm getroffenen Dispositionen zur Ausführung brachten. Wer in den achtziger Jahren als Parteigenosse in Zürich verkehrte, weiß, daß der Hauptunterhaltungstoff in den dortigen leitenden Kreisen die Erzählung der Abenteuer bildete, die die Verbreitung des

„Sozialdemokrat“ und der sozialistischen Geistes immer wieder zeitigte und die Motzler in unmaßnahmlcher Weise humorvoll zu schildern verstand.

Nach 20jähriger Abwesenheit von der Heimat wurde Julius Motzler mit Eduard Bernstein, dem langjährigen Redakteur des „Sozialdemokrat“, und Genossen Tauscher, dem Vorkämpfer der Bruderei, die Rückkehr nach Deutschland ermöglicht. In den letzten Jahren seines Lebens beschäftigte sich Motzler mit der Sammlung älterer sozialistischer Schriften, die er mit Eifer betrieb. 1903 wählte ihn Leipzig zu seinem Vertreter in den Reichstag. Bei den Wahlen dieses Jahres wurde er abermals als Kandidat der Partei aufgestellt, er verzichtete aber dann auf diese Stellung, da die Folgen eines Sturzes, den er vor einigen Jahren in der Nacht auf dem Heimweg erlitt, seine Gesundheit schwer geschädigt hatte und er sich den Anstrengungen der Wahlkämpfe nicht mehr gewachsen fühlte. Im Laufe dieses Sommers nahmen die Schwächezustände zu. Auf dringendes Anraten seines Arztes entschloß er sich widerwillig zu einem Aufenthalt in der Sommerfrische — die er früher nie aufgesucht hatte — in der Nähe Leipzigs. Es war zu spät. Ein Gehirnschlag, der sein Bewußtsein trübte und ein schweres Hämorrhoidalleiden, das sich einstellte, zwangen seine Frau, ihn einer Heilanstalt zu übergeben, in der er am 29. September früh nach tagelangen unsäglichen Schmerzen verstarb. Der Tod war eine Erlösung für ihn.

Motzler hinterläßt eine trauernde Gattin, mit der er mehr als dreißig Jahre in glücklicher Ehe lebte, die seine Freuden und Leiden teilte und ihm tapfer zur Seite stand. Ein Kind aus dieser Ehe — ein Knabe — starb, noch ehe es das schulpflichtige Alter erreichte.

Die Partei wird das Andenken Julius Motzlers allezeit in Ehren halten; er hat wacker gekämpft und gestritten als ein Soldat der sozialistischen Bewegung, für die er, wenn es gefordert worden, sein Herzblut hergegeben hätte.

Die Beerdigung des roten Postmeisters findet am Mittwoch nachmittag in Leipzig statt. Um 1/3 Uhr versammeln sich die Genossen im Rautheon; um 3 Uhr setzt sich von dort aus der Trauerzug in Bewegung. Abends 8 Uhr findet im Volkshaus eine Trauerfeier statt.

Candtagswahlreformen in Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Das Wahlreformproblem pocht an die Tore der Landtage. Nachdem das Volk in der Reform der Wahlordnung für das Abgeordnetenhaus sein Recht im Reich erklämpft, seinen Anspruch im Staate durchgesetzt hat, geht es nun daran, die ständischen, auf Privilegien rühmlichster Art aufgebauten Landtage zu modernisieren und sich sich und Stimme in ihnen zu erklämpfen. Daß es unmöglich ist, im Staate das allgemeine und gleiche Wahlrecht als Grundgesetz zu geben, in den Ländern aber an Wahlformen festzuhalten, die mehr oder minder völliger Entwertung der breiten Arbeitermassen gleichkommen, das ist eine Wahrheit, der sich in Oesterreich niemand verschließt. Die Landtagsherren selber vermögen sich nicht der Erkenntnis zu entziehen, daß die Landtage ihre Geltung und Bedeutung im Verfassungsleben nur erhalten können, wenn sie sich den demokratischen Tendenzen anpassen und als Volksvertretung wenigstens erscheinen. Eine Einsichtslosigkeit, wie sie der herrschenden Klasse etwa in Preußen eigen, dürfte in Oesterreich nicht einmal mehr bei der galizischen Schlachta angetroffen werden.

Die österreichischen Landtage haben in der Geschichte des österreichischen Konstitutionalismus einmal eine große Rolle gespielt; sie hatten in der österreichischen Verfassung ursprünglich das Primat inne, was sich schon in den Worten der ersten Verfassungsurkunde, des Oktoberdiploms vom Jahre 1860, ausdrückt, welche verkündet, daß vom Monarchen das Recht, Gesetze zu geben, Gesetze abzuändern und aufzuheben, fortan „nur unter Mitwirkung der gesetzlich versammelten Landtage beziehungsweise des Reichsrates“ ausgeübt werden wird. — Die Landtage standen in erster Linie, und der Reichsrat war nur eine Delegation der Landtage; wurden doch die Abgeordneten zum Reichsrat nicht unmittelbar von den Wählern gewählt, vielmehr von den Landtagen aus ihrer Mitte nominiert. Tatsächlich ist das österreichische Verfassungsleben von 1861 bis 1873 von dem Kampfe der Länder gegen das Reich erfüllt, in welchem Kampfe es eines der schärfsten Mittel war, daß diese Landtage die Ernennung von Abgeordneten in den Reichsrat überhaupt verweigerten! Erst im Jahre 1873 befreite sich der Staat von dieser Vormundschaft der Länder, stellte er sich auf eigene Füße, indem er das unmittelbare Reichswahlrecht schuf: daß die Abgeordneten zum Reichsrat von den Wählern unmittelbar gewählt werden, der Reichsrat von den Räten der Landtage unabhängig wurde. Von da an ist es mit der Bedeutung der Landtage rasch bergab gegangen, und heute sind sie recht unbedeutende, ziemlich hilflose und gar nicht gefährliche Landesversammlungen geworden, denen jeder Ehrgeiz, gegen den „zentralistischen“ Staat zu rebellieren, geschwunden ist. Gesiegt hat aber der Staat über die Länder vornehmlich durch die wirtschaftliche Entwicklung; indem diese die zwei modernen Klassen hervorbrachte, die Bourgeoisie und das Proletariat, und indem diese Entwicklung ein großes Wirtschaftsbereich bedingt und die Grenzen und Schranken der Länder demoliert; streben die Länder, da der Staat alle Steuerquellen in Beschlag nahm und ihnen nur ein bescheidenes Zuschlagsrecht überläßt, doch alle in Schulden (es wird jetzt eine eigene Aktion zur Sanierung der Landesfinanzen geplant), und die Landtage müssen froh sein, wenn ihnen zwischen den Sommerferien und der Herbstsession des Reichsrates eine bescheidene Logung bewilligt wird.

Dennoch könnten die Landtage im österreichischen Verfassungsleben eine ganz nützliche Tätigkeit entfalten, auf zwar kleinen, aber doch fruchtbarem Felde ernstlich arbeiten. Vorbedingung dafür ist jedoch, daß sie von der modernen Kraft der Demokratie belebt werden. Deshalb ist die Reform ihrer Verfassung, die Wahlreform, auch eine Bedingung ihrer Entwicklung. Heute beruhen die Landtage durchwegs auf den vier Kurien, die vor der Wahlreform auch die Grundlage des Abgeordnetenhauses waren: der Kurie des großen Grundbesitzes, der Handelskammern, der Städte und der Landgemeinden, die in den Ländern noch schärfer ausgeprägt und durch allerlei ständische Ueberreste (z. B. Virilstimmen für die großen Pfaffen) „ausgestaltet“ sind. Nur in einigen (bisher vier) Ländern ist diesen Privilegienkurien die von Barent erfundene allgemeine Wählerklasse, die unter dem Namen „fünfte Kurie“ so berücksichtigt geworden ist, angefügt worden, und zwar nur in dem bescheidenen Ausmaße, wie es sich aus dem früheren Verhältnis der fünften Kurie zu den privilegierten Kurien im Abgeordnetenhause (72 zu 353 Abgeordneten) ergab. In der „Anfügung“ dieser echten Wählerkurie haben sich bisher auch die Landtagswahlreformen erschöpft; mit den Forderungen der Zeit sich auf die billige und deshalb bequemste Weise abzufinden, war bisher der Landtagsreform Anfang und Ende.

Das ist nun heute, wo die Kurien im Reichsrate ausgerollt worden sind, natürlich unmöglich; wenn auch die Privilegierten nicht gänzlich aus den Landtagen geschwächt werden können, so muß doch der Kern der Landtagswahlordnungen das allgemeine und gleiche Recht werden, müssen die Privilegien auf ein bescheidenes Maß herabgedrückt werden. Es ist nämlich nicht ganz leicht, die Kurien in den Landtagen abzuschaffen und wäre nur unter gewaltigen Kämpfen möglich, vor denen einerseits das geringfügige Objekt abstreift, zu denen aber die Städte- und Landgemeindegewählten, die ja auch Privilegierte sind, natürlich keine Lust haben. Die Abänderung der Landtagswahlordnung kann nämlich nach den Landesverfassungen nur in Anwesenheit von drei Vierteln aller Mitglieder eines Landtages erfolgen: die Höchstprivilegierten, die Großgrundbesitzer- und Handelskammerabgeordneten haben es daher überall in der Hand, durch bloßes Nichterscheinen, also auf die unverfänglichste Weise, das Zustandekommen jeder Reform zu hindern, die ihre Vorrechte antastet. Die Wahlreformen in den Landtagen würden sich also notgedrungen in der Richtung bewegen müssen, daß die Parastatuten des Großgrundbesitzes (die in den meisten Landtagen übrigens ziemlich ungeschicklich gemordet ist) vorläufig verschont bleibt, aber sonst der Landtag auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts aufgebaut wird.

Bisher hat sich dieser Gedanke zu einer Vorlage nur in Niederösterreich, dem Lande der Christlich-Sozialen, verbreitet. Hier soll folgende Wahlreform ins Leben treten: Die Kurie der Großgrundbesitzer, Handelskammern und Virilsten, insgesamt 23 Abgeordnete unter 112, soll intakt bleiben. Die Stadt Wien soll 38 Abgeordnete im allgemeinen Wahlrecht wählen. Das flache Land soll 41 Abgeordnete in einer Zensurkurie und 10 Abgeordnete in einer allgemeinen Wählerklasse wählen. Der Wert der Reform besteht also darin, daß für die Hauptstadt das allgemeine Recht eingeführt wird, die Teilung der Wählerschaft in eine privilegierte und in eine allgemeine Kurie unterbleibt — ein Werk, dem schon als vorbildliches Muster seine große Bedeutung zukommt. Allerdings haben die Christlich-Sozialen nicht verabsäumt, auch hier ihre tüdliche verlogene Natur zu offenbaren: sie wollen die Allgemeinheit des Wahlrechts in Wien durch die Bedingung der Gemeindegemeinschaft abschwächen, wenn nicht aufheben; denn Wahlrechtserfordernisse wie Heimatsberechtigung in der Gemeinde oder Steuerleistung (welche nach dem österreichischen Gemeindegemeinschaftsbegriffen) sind schon Erfordernisse, bei denen vom allgemeinen Recht nicht geredet werden kann. Es ist aber anzunehmen, daß der entschiedene Einspruch der Wiener Arbeiter — und man weiß, daß die Wiener Arbeiter sehr entschlossen zu protestieren wissen — das tüdliche Attentat auf das allgemeine Recht zunichte machen und daß die Wahlreform die Allgemeinheit und Gleichheit des Wahlrechts wenigstens in Wien wirklich entfalten wird. Jedenfalls befindet sich das allgemeine und gleiche Wahlrecht auch für die Landtage auf dem Marsche, und daß es bald ans Ziel gelangt, das wird die nächste Leistung der Sozialdemokraten in Oesterreich sein.

Allgemeines Landtagswahlrecht für Wien!

Wien, 21. September. (Fig. Ver.)

Der niederösterreichische Landtag hat die Wahlreform in einer einzigen Sitzung erledigt, und das wichtigste Ergebnis dieser Verhandlung ist, daß die christlich-soziale Mehrheit in der Hauptfrage, in der Frage der Allgemeinheit des Wahlrechts für Wien, den Rückzug angetreten hat und den Plan, das allgemeine Wahlrecht durch die Bedingung der Gemeindegemeinschaft (Heimatsberechtigung in Wien oder Zahlung einer direkten Steuer) zu verfälschen, fallen ließ. Nichtiger: fallen lassen mußte; denn ohne das allgemeine Wahlrecht in Wien, ohne dieses Minimum einer Wahlreform, wäre die Vorlage, ob sie der Landtag auch mit der größten Majorität beschließen hätte, nicht möglich gewesen, wäre sie nie Gesetz geworden, hätte sie die Zustimmung der Regierung, die Sanktion der Krone nicht finden können. Leicht ist dieser Verzicht den Christlich-Sozialen, denen die Wahlen die Lust an dem allgemeinen Wählen so grundlich verdorben haben, nicht geworden, und mit allzu großer Zurechnung verlassen sie die schützende „Kurie“ nicht, die sie vor dem Angriff der breiten Massen so sorgfältig behütet hat. Aber da auch ihre Parteiinteresse an die Wahlreform geknüpft ist, die die Mandate und mit ihnen die Gelegenheit zur Versorgung reichlich vermehrt, und da ihre politische Reputation durch das Fiasko sehr beschädigt worden wäre, das ein Scheitern der Aktion bedeutet hätte, so mußten sie den bitteren Willen schlucken, mit dem den Arbeitern in der Hauptstadt des Reiches nun auch das allgemeine und gleiche Wahlrecht zum Landtage gegeben wird.

Dies ist die Bedeutung der Wahlreform, die im übrigen ein Präzedenzfall von besonderer Unauferbarkeit darstellt, und diese Bedeutung ist sicherlich nicht gering. Die Mandate der Stadt Wien sind noch nicht der niederösterreichische Landtag, und der niederösterreichische Landtag wäre nur einer unter siebzehn: aber dennoch bedeutet die Einführung des allgemeinen Landtagswahlrechtes in Wien, daß in die Mauer der Kurienlandtage Bresche geschlagen worden ist, daß die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des allgemeinen Wahlrechts nun auch für die Landtage, die Ueberflüssigkeit und Unsinnigkeit der Kurien auch für die Landesversammlungen an Wien, also einem nicht zu übersehenden Beispiel, demonstriert wird. Die 48 Abgeordneten, durch welche Wien im niederösterreichischen Landtage fortan vertreten sein wird, werden nun gewählt im allgemeinen und gleichen Wahlrecht: die Teilung der Wählerschaft in eine Steuerkurie und eine Welterkurie ist beseitigt, das Wahlrecht ist allgemein geworden, und jedem Wähler eignet dasselbe Recht. Die Reform für Wien wird ihre verbende und beweisende Kraft für alle Länder üben, und so liegt ihre wahre Bedeutung darin, daß die Möglichkeit ihrer Abfindung mit dem allgemeinen Wahlrecht der allgemeinen Kurie neben der Steuerkurie aus dem Gebiete der Landtagswahlreform schlechthin beseitigt ist. Wohl ist gestern nur ein Anfang gemacht worden; aber ein Anfang ist gemacht, von dem aus weitergekämpft und weitergebaut werden kann und werden wird.

Sonst ist die niederösterreichische Wahlreform allerdings ein Denkmal jener spezifischen Sabotage der christlich-sozialen Partei; so unbedeutend allerdings hat sich das Korrigieren der Wahlreformen, das man „Wahlgeometrie“ nennt, wohl noch niemals ausgetobt als in dieser christlich-sozialen Reform. Der niederösterreichische Landtag, der jetzt 78 Mitglieder zählt, wird nach der Reform aus 127 Mitgliedern bestehen, für welche übermäßige Vermehrung auch nicht die geringste Notwendigkeit sprach. Von diesen Abgeordneten gehören 23 den eigentlichen Privilegierten an (Großgrundbesitzer, Handelskammern und Virilsten), deren Mandate durch die Landesverfassung fast unangreifbar gemacht sind, da diese Abgeordneten — wie gesagt — durch ihre bloße Anwesenheit imstande sind, jede Reform zu hindern, und sicherlich werden sie doch stets die einzigen Hindernisse

die ihre Vorrechte antasten. 58 Abgeordnete werden im allgemeinen Wahlrecht gewählt, und zwar sämtliche 48 der Stadt Wien und 10 im Lande. Das Land behält nebstdem noch eine alte Städte- und Landkurie mit 46 Mandaten in welcher die Wahlberechtigung an eine Steuerleistung von 10 Kronen geknüpft ist.

Die besondere Kunstfertigkeit der Christlich-Sozialen zeigt sich in der Verteilung der Mandate. Wien besteht bekanntlich aus 21 Gemeindebezirken, die in ihrer Bevölkerungszahl sehr ungleich sind, und zwar sind die proletarischen Bezirke sehr groß, die kleinbürgerlichen und bürgerlichen beträchtlich kleiner. Die Reform gibt nun den einzelnen Bezirken eins bis sechs Mandate; den großen aber wenige, den kleinen viele Mandate. Mit welcher zynischen Unbedürftlichkeit diese „Wahlgeometrie“ in der christlich-sozialen Reform praktiziert wird, sollen zwei Zahlen illustrieren: Bei den letzten Reichsratswahlen haben zwölf Gemeindebezirke eine christlich-soziale, neun Gemeindebezirke eine sozialdemokratische Mehrheit erlangen. Wie ist nun das Verhältnis der Bevölkerungszahl und Mandatzahl der christlich-sozialen Bezirke zu den sozialdemokratischen? Die Bezirke mit christlich-sozialer Majorität haben 826 400 Einwohner und erhalten 36 Mandate! Die Bezirke mit sozialdemokratischer Majorität haben 701 300 Einwohner und erhalten 12 Mandate!! Oder: In den christlich-sozialen Bezirken kommt ein Abgeordneter auf rund 23 000 Einwohner! In den sozialdemokratischen Bezirken kommt ein Abgeordneter auf rund 58 000 Einwohner!! Man begreift, daß diese „Wahlgeometrie“ den „glänzenden Sieg“ der Christlich-Sozialen schon in das Wahlgesetz hineinbringt! Wozu als besondere Unbedürftlichkeit noch die Einführung der Listenwahl kommt. — Von den 21 Stadtbezirken erhalten nicht weniger als fünfzehn mehr als ein Mandat; aber die Gemeindebezirke werden nicht, wie es selbstverständlich sein sollte und in der Reichsrats-Wahlordnung für das ganze Reich und ausnahmslos geschah, in Wahlbezirke geteilt, sondern wählen in einer Wahl alle Abgeordnete. Diese schon jenseits aller politischen Moral stehende Erwürgung der Minoritäten, die vor allem die Liberalen trifft und einer vollständigen Nullifizierung dieser einst herrschenden Partei gleichkommt, ergibt in der Bilanz zugunsten der Christlich-Sozialen einen Raub von wenigstens zwölf Mandaten: was sich im Verzeichnis wahlgemeinlicher Kurien schon sehen lassen kann! Aus einer in der Zahl der Wähler sehr bescheidenen Mehrheit weiß die christlich-soziale „Wahlgeometrie“ eine überwältigende Mehrheit der Mandate zu schinden! Sie haben eben die „Künste der Gesetzgebung“ in der Hand und mißbrauchen sie rücksichtslos zu ihrem Parteivorteil.

Dennoch wird der künftige Landtag, in den statt des einen Sozialdemokraten vielleicht zehn einzuziehen werden, ein anderer Landtag sein, als es der niederösterreichische in seiner ganzen bisherigen Geschichte war. Zwar ist auch der eine Sozialdemokrat, Genosse Seitz, in seiner Tätigkeit im Landtage wahrlich nicht unbemerkt geblieben, aber eine reguläre sozialdemokratische Opposition wird das zweideutige, korrupte Treiben der Christlich-Sozialen oft durchkreuzen können. Die Sozialdemokraten, die in den Landtag kommen, werden den Landtag und seine Verfassung bald zu ändern wissen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. September 1907.

Eine märchenhafte Anekdote.

Wie eine Anekdote erzählt, soll ein morgenländischer Fürst einmal von seinem Hofnarren verlangt haben, er möge eine Entschuldigung erfinden, die schlimmer sei als eine arge Tat. Der Hofnarren schlich sich hinter den Thron des Fürsten und ließ ihn dorthin die Wade. Als der morgenländische Serenissimus daraufhin den Hofnarren grimmig ansah, wie er sich unterstehen könne, eine solche Frechheit zu begehen, antwortete der Narr demütig: „Verzeiht, allgerühmtester Herr! Ich glaube, es wäre Hochober Gemahl.“

An diese Anekdote erinnert uns die heutige Entschuldigung der „Freisinnigen Zeitung“. Nur daß das brave Blatt des Herrn Wiener natürlich einen unfreiwilligen Witz macht.

Wir hatten von dem Blatte, das sich so paßend gegen unseren Vorwurf des Wahlrechtsfahnders verhielt, verlangt, es möge unsere Vorwürfe des schamlosen Kuhhandels doch einfach dadurch entkräften, daß es Mindestforderungen nenne, von denen der Freisinn unter keinen Umständen abweiche. Was entgegnet darauf die „Freis. Ztg.“? Unter allerlei Viehwürdigkeiten, wie „nichts-nützige Unterstellungen“, „Verleumdungen“ des „Vorwärts“, verweigert sie die Nennung der Minimalforderungen damit, daß sie doch nicht so töricht sein werde, Minimalforderungen zu stellen, um nicht einer möglichst weitgehenden Wahlreform vorzubeugen!

Das ist wirklich eine märchenhafte Entschuldigung, die die des Hofnarren weit in den Schatten stellt!

Dem: entweder bildet sich der Freisinn ein, Regierung und junkerliche Reaktion würden mehr Wahlrecht bewilligen, als selbst der Freisinn zu hoffen und zu fordern wagt, oder die Minimalforderungen des Freisinn würden so sehr selbst unter dem, was die Agrarier und der agrarische Konterpart leisten geneigt sind, zurückbleiben, daß sich der Freisinn durch vorzeitiges Ausbeuten der Karten bis auf die Knochen zu blamieren fürchten müßte!

Wir hatten dem Freisinn vorgeworfen, daß er sich von den Agrariern allzuviel abhandeln lassen werde. Der Freisinn vertahrt sich aber gegen diese „nichts-nützige Unterstellung“ damit, daß ja möglicherweise das ostetische Junkertum wahrheitsfreundlicher sein könne als der Freisinn selbst!

Das Urteil im Noeren-Prozess.

Die am Sonnabend erfolgte Verurteilung Geo Schmidts zu 100 Mark Geldstrafe haben wir bereits mitgeteilt. Das Urteil selbst ist so ausgefallen, daß es sowohl von den Gegnern des Zentrums, wie vom Zentrum ausgeschlachtet werden kann.

Jämmerlich benehmen sich natürlich wieder die freisinnigen Blätter. Sie begeistern Noeren, weil es ihm nicht gelungen ist, in allen Punkten einen völligen Wahrheitsbeweis zu erbringen. Ein Lückenloser Wahrheitsbeweis läßt sich selbst bei Prozessen, denen Vorgänge in Deutschland selbst zugrunde liegen, fast niemals erbringen. Wie wäre das da möglich bei einem Prozeß, der sich um koloniale Gerichtsbarkeit dreht!

Das muß auch die freisinnige Presse wissen, auch die „Post. Ztg.“, die hämisch über Noeren herfällt. Als ob das den Müller-Sagan und Blatz anders ergangen wäre, falls sie ebenfalls den Wahrheitsbeweis für ihre Kolonialkritik im Reichstage hätten erbringen sollen. Aber der Freisinn wird ja sobald nicht wieder in kolonialen Entüllungen

machen, deshalb kann die Freisinnspresse getrost auf Koeren herumpannen!

In dem Urteil selbst ist das Kölner Gericht mehrfach zu einem non liquet gekommen oder hat aus formalen Gründen überhaupt auf wichtige Feststellungen verzichtet. So auf die wichtigste Feststellung, ob Geo Schmidt überhaupt berechtigt war, die 40 Eingeborenen zur Zwangsarbeit zu pressen. Das Gericht erklärte, diese Frage bedürfe überhaupt „keiner Entscheidung“, weil Schmidt nicht behauptet habe, daß Koeren in dieser Beziehung wider besseres Wissen gehandelt habe. Das Urteil unterliegt deshalb gar nicht, ob Schmidt zur Verhängung der Prügelstrafe berechtigt war, sondern nur, ob die Prügelstrafe vor schrifts-widrig grausam ausgeführt worden sei. Aber auch in diesem Punkte gelangt es zu keiner Feststellung, da sich die Zeugenaussagen, deren Glaubwürdigkeit auf beiden Seiten nicht zu beanstanden seien, diametral gegenüberstehen. Man sieht, wie sich Geo Schmidt „rehabilitiert“!

Als festgestellt erachtete das Gericht, daß Geo Schmidt unehrenhaft die Mädchen zum nächtlichen Tanze kommandierte; nur die Strafordrohung wird dem schwarzen Ausrufer Schmidts zur Last gelegt. Auch die tolle Weibervirtschaft Geo Schmidts, sein Narenstreiben gilt als festgestellt. Die Notzucht-affäre gegen die minderjährige Abjao und andere Mädchen wird als nicht festgestellt erachtet. Auf eine Untersuchung über die rechtswidrige Verhaftung der Missionare hat sich das Gericht aus formalen Gründen gleichfalls nicht eingelassen.

Die Reinigung des Schmidt ist also, trotz der hämischen Glossen der Freisinnspresse gegen Koeren, völlig vorbeigelungen!

Das hindert aber natürlich die „N. N. Westf. Ztg.“ nicht, zu verlangen, daß der „verdiente“ Kolonialpasha Geo Schmidt schleunigst wieder für den kolonialen Dienst angestellt werde! Das Blatt handelt dabei freilich ganz logisch: solche Leute wie Peters und Geo Schmidt eignen sich am besten für die Kolonialpolitik, wie sie unser kapitalistisches Ausbeutertum für notwendig hält! —

Das bayerische Budget.

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten wandte sich der Finanzminister v. Pfaff am Sonntagabend, nachdem er von seinem Standpunkte aus, die allgemeine Finanzlage charakterisiert hatte (siehe den Artikel „Das bayerische Budget“ in der Sonntagsnummer), der Erörterung des Budgets für 1908/09 zu. Das ordentliche Budget schließt, wie er ausführte, ohne Erhöhung der direkten Steuern mit rund 518 Millionen ab, also mit 45 Millionen mehr als jetzt. Das außerordentliche Budget erfordert rund 51 Millionen; dazu werden noch Beträge für Eisenbahnneubauten und für die pflanzlichen Bahnen kommen. Der Minister hob eine Reihe von Einzelposten aus den Ministerialtafeln hervor und bemerkte, daß der Etat der Eisenbahnen trotz vermehrter Aufwendungen mit einem Ueberschuß von rund 60 1/2 Millionen abschließt, das bedeute in Mehr von 18 Millionen. Nach Bereinigung der Aufwandsposten und des Personalaufwandes könne der Eisenbahnetat noch 7 1/2 Millionen Ueberschuß an die Staatskasse abführen, ebenso liefere die Postverwaltung, der Forstetat und andere Etats einen erheblichen Mehrüberschuß. Der außerordentliche Etat enthalte erhebliche Kosten für die Bergwerksverwaltung, sechs Millionen für die Bergwerksverwaltung des Telephonnetzes und große Summen für Neubauten. Das Budget enthalte in jedem Ressort eine große Reihe neuer Forderungen, trotzdem könne noch von dem Ueberschuß des ordentlichen Budgets der Betrag von 5 1/2 Millionen für die Aufbesserung der Beamtengehälter verwendet werden, deren Notwendigkeit von allen Seiten anerkannt sei. Es handele sich dabei um mehr als 65 000 Beamte und Bedienstete. In dem neuen Gehaltsregulativ werde die Zahl der Gehaltsklassen vermindert, das Anfangsgehalt erhöht und eine rasche und ausgiebige Gehaltsvorrückung festgesetzt.

Der Minister betonte sodann die Notwendigkeit einer durchgreifenden Steuerreform, deren ersten Schritt die Einführung der Einkommensteuer bilden solle, doch könne der Staat vorläufig daneben noch nicht ganz auf die Ertragssteuer verzichten. Die Ueber der allgemeinen Einkommensteuer noch bestehenden Steuerarten sollen aber ganz erheblich ermäßigt werden. Den Gemeinden solle die ganze Hundesteuer zugewiesen werden, auch sollen ihnen neue Einnahmequellen eröffnet werden durch Gefühls- über die Warenhaussteuer, Wertzuwachssteuer und andere Maßnahmen. Da die ganze Steuerreform neue Gesehentwürfe umfasse, werde die endgültige Fertigstellung noch einige Zeit erfordern. —

Eine deutsche Edelmannbestie.

Am 8. September berichteten wir eingehend über die seltsame Ermordung des lettischen Revolutionärs Kozhau durch Baron Kopp und Henkel und legten dar, daß die von uns gegebene Darstellung jederzeit vor Gericht erhärtet werden kann. Die „Post“ erwidert jetzt in ihrer Nummer vom 28. September auf unseren Artikel. Sie überschreibt die Erwidrung „Sozialdemokratische Lügen“ und leitet sie mit den Worten ein: „Man schreibt uns aus Riga“. Die angebliche Zuschrift an die „Post“ ist ein wortgetreuer Abdruck aus der satism bekannten „Dina“, Zeitung vom 25. beziehentlich des „Rigener Tageblatt“ und der „Baltischen Tageszeitung“ vom 27. September, in Wahrheit also keine „Zuschrift“ an die „Post“. In den baltischen Blättern, deren Behauptungen die „Post“ als „Zuschrift“ an sie bezeichnet, wird der Hergang bei der Ermordung Kozhau's so telegraphisch, wie er bereits früher von den Blättern der baltischen Edelmannleute erlogen war. Neu wird in der Erwidrung hinzugefügt:

„Die wahre Quelle für den „Vorwärts“ ist der „Verband lettischer Sozialdemokraten“, der unter dem Titel „Deutsch-baltische Edelmannbestien“ aus London ein Flugblatt verbreitet, das den obigen angeblichen Vorfall mit allen erlogenen Details enthält, den „Reinigen und Denken“ nachschreibt und dem „lieben Freund und braven Streiter“ die Versicherung weiteren Kampfes gibt. Auch deutsche Blätter sind aus London (Stadtteil Poylan) ein Exemplar dieses elchastischen Machwerks übersandt worden.“

Weder ist das bezeichnete Flugblatt unsere Quelle gewesen, noch überhaupt uns bekannt. Ob ein solches Flugblatt existiert, wissen wir nicht. Existiert es, so wäre damit, da unsere Quelle eine andere und absolut einwandfreie ist, der gleichfalls von solchem Flugblatt nichts bekannt ist, erwiehelt, daß genau dieselbe Schilderung, wie die von uns gegebene, auch noch durch andere als den uns zu Gebote stehenden Zeugen erwiehelt werden kann. Die „Post“ nahm wohl an, wenn sie die „wahren Quellen“ — die baltischen Zunkerblätter — für ihre unrichtige Sachdarstellung genannt hätte, daß selbst ihre Leser dieser Quelle den Glauben versagt hätten und dichtete deshalb ihren Abdruck in eine „Zuschrift aus Riga“ um.

Hat die „Post“ andere Quellen für die von ihr versuchte Vertuschung der gräßlichen an Kozhau verübten Greuelthat: heraus damit. Daß unsere Darstellung jederzeit vor Gericht erhärtet werden kann, ist bereits am 8. September von uns betont und ist übrigens den dem Morde an Kozhau nahestehenden Personen durchaus bekannt.

„Die Heuchelei im Haag.“

Die Nichtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung über die Haager Konferenz wird von keinem geringeren bürgerlichen Organ als der „Times“ bestätigt. Unter dem Titel: „Hypocrisy at The Hague“ („Die Heuchelei im Haag“) sagt sie:

„So lange es sich um die Verhinderung frommer Wünsche oder um die Ausarbeitung von mehr oder weniger theoretischen Plänen handelt, so sind die auf der Konferenz vertretenen Mächte gerne bereit, höchst veredelte humanitäre Beschlüsse abzulegen; aber sobald es zur Behandlung praktischer Fragen kommt, die etwas mehr als Worte verlangen, da schlägt die Mehrheit ihre Beschlüsse in den Wind. Humanität ist nicht Geschäft. Oder wie die Deutschen sagen: „In Geldsachen hört die Gemächlichkeit auf.“ Den schlagendsten Beweis der Heuchelei, von der man im Haag in vielen Dingen geleitet ist, gab die Konferenz bei der Behandlung der Fragen über die Anwendung von Minen im Seekriege. . . . Im letzten ostasiatischen Kriege war nicht schrecklicher als die Verhinderung, die diese höllischen Maschinen lange nach Beendigung des Krieges in der Handelsmarine angestrichelt haben. Wobei zu bedenken ist, daß dieser Krieg lokalisiert war und sich in einem fernen Winkel der Erde abspielte. Wie verheerend werden erst solche Minen wirken, wenn sie in einem Kriege zweier Seemächte auf den verkehrreichsten Meeren angewendet würden! . . . Die Konferenz, die gerne bereit ist, den Insassen von Luftballonen das Schweben von Explosivgeschossen zu verbieten — eine Möglichkeit, die nicht so schnell realisiert werden dürfte, — wollte nichts tun, um den grausamen Wirkungen vorzubeugen in Situationen, die bereits eine praktische Bedeutung haben. . . . Das geschah in der Sitzung vom letzten Donnerstag. Gestern wurde die Konferenz wieder eröffnet mit einem Austausch von solbungsvollen Komplimenten über den ethischen Einfluß und die friedliche Mission dieser großen Versammlung der zivilisierten Staaten der ganzen Welt.“

Unter Genosse Quack, der wegen Verleumdung der Haager Konferenz aus Württemberg ausgewiesen wurde, war derselben Meinung, nur hatte er sie etwas derber ausgedrückt. —

Herr Theodor Barth ist, wie das Mosse-Blatt meldet, von seiner Amerikafahrt zurückgekehrt. Ob er sich nunmehr wieder an der Politik beteiligen wird, wird nicht mitgeteilt.

Ostafrikanische Zwangsarbeit!

Wie die Eingeborenen in den Kolonien zur Zwangsarbeit gepreßt werden, beweist folgender Bericht des Scherblattes:

„Wilmhelmsdal, 29. September. Der gestrige gefellige Abend in Wilmhelmsdal gestaltete sich zu einem ganz besonders interessanten Ereignis. Die hiesigen Anwohner Hedde, Gubbe, Philipp und Alrich trugen dem Staatssekretär Dornburg im Namen und im Auftrage ihrer Kollegen Wünsche und Beschwerden vor. . . . In der so wichtigen Arbeiterfrage ist der Bezirk Wilmhelmsdal den anderen Bezirken durch Ausgabe von Arbeitskarten seitens des Bezirksamts etwas (?) voraus. Durch diese Karten sind die Eingeborenen genötigt, 90 Tage im Jahre für irgend einen Europäer zu arbeiten, wodurch sie von Arbeiten für das Gouvernement befreit werden. Gouverneur von Moschberg verspricht, daß diese Einrichtungsbestimmungen bestehen bleiben sollen.“

Das ist Arbeitsknechtschaft der nacktesten, unehrlichsten Art! Die 90 Tage Zwangsarbeit fallen natürlich in die Zeit, wo auch die Eingeborenen Erntearbeiten zu verrichten haben. Trotzdem müssen sie dann 90 Tage fröhnen!

Sorrief die „Erziehung“ der Eingeborenen zur Arbeit, zur „Kultur“ aus! Nicht die Erziehung zur Arbeit zum eigenen Vorteil, die durch angemessene Zahlung für geleistete Arbeitsprodukte erfolgreich angeregt werden könnte — wozu es nicht einmal eines kolonialen Protektorats bedurfte! — sondern zur Fronarbeit für die weißen Kolonialausbeuter! —

Ungarn.

Der Massenstreik am 10. Oktober.

Bisher sind beim Sekretariat der sozialdemokratischen Partei aus zirka 100 Städten und Gemeinden Berichte über Versammlungen eingelaufen, laut denen die Arbeiterkassen am 10. Oktober für das allgemeine Wahlrecht streiken wird. Außerdem sind noch etwa 120 Volksversammlungen in verschiedenen Gegenden des Landes angemeldet, die sich sicherlich gleichfalls für den Massenstreik erklären werden.

Auch bürgerliche Kreise stehen der Massenunterbrechung zum Teil nicht unsympathisch gegenüber. Ein einflußreiches Mitglied des Landesbundes der Fabrikindustriellen zum Beispiel beantragte, daß der Ausschuß des Landesbundes die Arbeitgeber auffordere, sie möchten die Arbeiter nirgends hindern, am 10. Oktober am Massenstreik teilzunehmen.

Die Handelsgewerbeten, selbst die unorganisierten, werden sich dem Streik anschließen, und in der Gesamtkaufmannschaft Budapests ist eine Bewegung im Zuge, wonach am 10. Oktober sämtliche Kaufläden geschlossen bleiben sollen.

Auch der Zentralausschuß der sozialdemokratischen Partei Kroatiens und Slavoniens richtete „An die arbeitende Nation“ eine Proklamation, welche ähnlichen Inhalts ist wie die der ungarischen Partei. Die Sozialdemokratie Kroatiens-Slavoniens wird ihre Solidarität mit der ungarischen Sozialdemokratie durch eine für Sonntag, den 6. Oktober, in Agram abzuhaltende öffentliche Monsterversammlung, an der Delegierte aus allen Organisationen des Landes teilnehmen, dokumentieren.

Die Regierung verhält sich bisher im allgemeinen gegenüber dem Massenstreik passiv, nur bei den Eisenbahnarbeitern macht sie Schwierigkeiten. Die klassenbewußten Eisenbahnarbeiter von 33 Städten beschlossen nämlich, an der Kundgebung vom 10. Oktober teilzunehmen. Der Handelsminister verfügte nun, daß die Arbeiter unter Hinweis auf die Dienstpragmatik darauf aufmerksam zu machen sind, daß ihre Arbeitseinstellung Entlassung nach sich ziehen würde! — Sollte die Regierung die Dienstpragmatik in Anwendung bringen wollen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß sich alle Eisenbahnarbeiter solidarisch erklären und die Herausforderung des Handelsministers mit einem Gesamtstreik beantworten. . . .

Frankreich.

Der reisende Renegat.

St. Charmond (Dep. Loire), 20. September. (M. Z. B.) Minister Briand hielt heute im sozialistischen Verbande des Wahlkreises eine Rede, in der er sagte, gegenwärtig, wie bisher, sei eine Mitarbeit der sozialistischen Partei mit den anderen Parteien der Linken eine unerläßliche Bedingung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Die französische sozialistische Partei müsse, ohne sich von den anderen Republikanern

zu trennen, ihre Bemühungen dahin richten, ihr Ideal zur Geltung zu bringen. Man dürfe nicht Sozialismus und Revolution mit einander verwechseln. — Den Republikanern erwiderte er, daß die Sozialisten jederzeit bereit seien, Frankreich zu verteidigen und daß es ein Verbrechen wäre, sich von demselben abzuwenden, wenn es bedroht sei. Der Hervéismus sei keine Lehre der Sozialisten, sondern der Anarchisten. Ihre widerstehen sich die schärfsten Sozialisten. Die deutschen Sozialisten hätten „jemand, der für die Ideen Hervés eintrat, aus der Partei ausgeschlossen“. Nachst der Frage des Patriotismus würden es die Fragen des Parlamentarismus und des allgemeinen Wohls sein, mit denen sich die geeinigten Sozialisten gegenüber dem Eindringen der Anarchisten zu beschäftigen hätten. — Briand sagte weiter, daß die Arbeiterklasse von gewalttätigen Bewegungen nichts zu erwarten habe; sie könnten im Gegenteil Anlaß zu reaktionären Schritten werden. — Die Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der die Erklärungen Briands gebilligt und die antipatriotischen Thesen zurückgewiesen werden. Briand nahm hierauf an einem allgemeinen Bankett teil.

Dieser Volksliche Bericht scheint nicht übel gefärbt zu sein. Nichtsdestoweniger zeigt er mit wünschenswerter Deutlichkeit, mit wie plumpen demagogischen Kniffen der biedere Briand „gearbeitet“ hat. Die Stelle von dem „jemand, der für die Ideen Hervés eintrat (und) aus der Partei ausgeschlossen wurde“, spricht ja Bände! Sie soll den Eindruck erwecken — und sie hat auf die mit den deutschen Verhältnissen nicht vertrauten französischen Zuhörer Briands natürlich auch den Eindruck gemacht, als ob der „jemand“ (Friedberg) aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil er Hervés Ideen vertrat. . . .

Uns scheint, der raffinierteste Jesuitenhäuptling könnte von diesem Briand noch viel, sehr viel lernen.

Im Anschluß an die oben wiedergegebene Meldung dürfte für unsere Leser auch noch die folgende von Interesse sein:

Touluse, 30. September. Der radikale Kongreß schloß gestern seine Tagung mit der Annahme einer Tagesordnung, worin erklärt wird, daß infolge der antipatriotischen Reden einer Anzahl seiner Führer sowie durch die Abtötung des Kongresses von Nancy die sozialistische Partei den Bundesvertrag mit der radikalen Partei aufgelöst hat und daß die radikale Partei mit den geeinigten Sozialisten nicht mehr Hand in Hand gehen kann.

Persien.

„Konstitutionelle“ Vorspiegelungen.

Teheran, 30. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Mit Bissen und Wollung des Schahs erschienen 25 der angesehensten Sirdars, Emire und Edeln im Parlament und erklärten dort, daß sie unentwegt zur Konstitution und dem Parlament hielten. Die anwesenden Abgeordneten und Ulemas beglückwünschten sie zu diesem Entschluß. Die Sitzung wurde unter allgemeinen Beifallsausdrücken und Hochrufen auf den Schah und das Parlament geschlossen. Man glaubt allgemein, daß sich die Lage besser werde. — Ruzd el Mulk ist zum Handelsminister, Reyer el Mulk zum Unterrichtsminister ernannt worden.

Die russische Revolution.

Neue Gärung im Heere?

Die Tage von Odessa und Sewastopol sind noch in der Erinnerung aller, die bisher die wechselvollen Ereignisse der russischen Revolution mit Aufmerksamkeit verfolgt haben. Man hat von den Matrosen der Schwarzmereflotte, von den revolutionären Soldaten Südrusslands lange nichts mehr gehört — bis auf die letzten Tage, da allerlei gerücht noch unsichere Meldungen über neue Unruhen an die Öffentlichkeit bringen. Auf einigen Kriegsschiffen sollen wieder Meutereien vorgekommen, mehrere Offiziere sollen getötet, andere verwundet, Artilleristen von der Landbefestigung sollen mit den revoltierenden Matrosen im Bunde, einige Kriegsschiffe unter dem Kommando der siegreichen Revolutionäre in See gestochen, und es soll gar die Stadt Odessa in Furcht sein, daß ihr ein Bombardement aus den Feuerschiffen der „roten“ Schiffe drohe.

U diese und weitere ähnliche Meldungen hüllen sich — wie gesagt — einstuweilen noch in Dunkel; denn die russische Telegraphenzensur läßt natürlich keine Meldung durchschlüpfen, die der werten Regierung nicht in den Kram paßt. Nur folgende amtliche Mitteilung dürfte bisher die Grenze passieren:

Sewastopol, 29. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute früh drangen drei unbekannte, in Offiziersuniform gekleidete Personen in die Kaserne des Reichsigen Regiments und erklärten der wachhabenden Kompanie, daß ihr Kommando getötet und die Offiziere festgenommen worden seien. Sie forderten dann die Wache auf, unermüdetlich die entworfenen Offiziere zu befreien. Der Feldwebel erstattete seinen Vorgesetzten Meldung über das Erscheinen der Unbekannten. Diese begaben sich auf den Hof und der Kompanieoffizier rief aus: „Glaubt ihnen nicht, das sind Verräter!“ Die Eindringlinge gaben hierauf mehrere Schüsse ab und verzwunden den Bataillonkommandeur sowie den Kompanieoffizier. Letzterer befehlt dem Tambour, Alarm zu schlagen. Sämtliche Offiziere liefen, sobald sie die Schüsse hörten, auf den Hof; gleichzeitig nahm das Regiment in vollster Ordnung Aufstellung. Die Eindringlinge suchten schnell einen Ausweg zu erreichen und wurden, da sie behaupteten, daß sie die Schießenden verletzten, von der Wache durchgefallen. Die Verfolgung verlief ergebnislos. Die Lage des Kompanieoffiziers ist hoffnungslos.

Merkwürdig, höchst merkwürdig, daß „drei unbekannte, in Offiziersuniform gekleidete Personen“ ein ganzes Regiment aktionsunfähig machen können! Die nächsten Tage dürften genauere Einzelheiten über die mysteriösen Vorkommnisse bringen. Man sagt: „Wo Rauch ist, da ist Feuer“ — und zwischen dem Geschwafel der amtlichen Depesche aus Sewastopol scheinen uns in der Tat revolutionäre Blämmchen emporzuzüngeln.

Bäterchen begnadigt seine Verbandsbrüder.

Petersburg, 30. September. (Russ. Korr.) Die Charlowische offizielle Gubernements-Zeitung bringt eine Mitteilung folgenden Wortlautes, die charakteristisch ist für das Verhalten der Behörden den Bogromisten gegenüber:

Auf Grund der Fährnisse des Verbandes des russischen Volkes sind die drei Herren Kopytov, Golowinow und Kukin, welche vom Charlowischen Bezirksgericht wegen der Ermordung des revolutionären Juden Schoeb verurteilt wurden, begnadigt und aus dem Gefängnis entlassen worden.

Gewerkschaftliches.

Und willst Du nicht mein Bruder sein . . .

Wiederholt hatten wir schon Gelegenheit, auf den Terrorismus „Christlicher“ Gewerkschaftler gegenüber den Mitgliedern der freien Gewerkschaften hinzuweisen. Auf neue zeigt dies wieder ein Fall, der sich in einer christlichen Gärtnerverammlung in Französisch-Buchholz bei Berlin abspielte. Unter den zu dieser Versammlung geladenen Gästen befanden sich auch zwei Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins (freigewerkschaftlicher Richtung). Diese wollte der Beamte des „Christlichen“ Deutschen Gärtnerverbandes, Müller, für seine Organisation gewinnen. In dem sich dabei ergebenden Diskut über beide Verbände wurde der christliche Beamte

Waller derartig erregt, daß er einem der beiden Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins erklärte, ihn an den Schind und zu lassen und hinauszuberufen. Auf die „christliche“ Phrase „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, wirft dieser Vorfall jedenfalls ein bezeichnendes Schlaglicht.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Elektromonteur!

Die Firma Guinrecht aus Hamburg versucht, für die Ausführung ihrer Berliner Montage hiesige Elektromonteur und Hilfsmonteur zu engagieren. Da unsere Hamburger Kollegen bei dieser Firma wegen Nichtanerkennung des Tarifs sich im Streit befinden, so ist es Pflicht jedes Kollegen, etwaige Arbeitsangebote bei der Firma Guinrecht zurückzuweisen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Tarifbewegung im Töpfergewerbe Berlins

Wird, wenn es nicht noch bis Mitte dieser Woche zu einer Einigung kommt, zu einem allgemeinen Kampf führen. Die Gehilfenchaft will sich bei den immer mehr steigenden Preisen aller Lebensbedürfnisse selbstverständlich nicht statt Verbesserung eine bedeutende Verschlechterung ihrer Lohnverhältnisse gefallen lassen. Die Unternehmer haben nun zwar ihre Tarifvorlage insoweit abgeändert, daß die Bezahlgungen, statt bis zu 40 Proz. „nur“ bis zu 30 Proz. betragen, aber sie haben zugleich beschlossen, diesen Tarif am 1. Oktober allgemein einzuführen und die Gehilfen zu entlassen, die sich dem entgegenstellen, also eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen. Bei den letzten gemeinsamen Verhandlungen kamen die Gehilfenvertreter den Unternehmern so weit entgegen, daß sie anfragten, wie sich die Unternehmer zu einer Verlängerung des alten Tarifs auf weitere zwei Jahre stellen. Aber auch das wurde rundweg abgelehnt. Die Unternehmer bestanden auf Anerkennung ihrer Vorlage, ließen wohl durchblicken, daß sie „vielleicht“ noch etwas ablassen würden, aber erst wollte man die Anerkennung des, wie gesagt, um bis zu 30 Proz. reduzierten Tarifs. Darauf eingegangen, waren die Gehilfenvertreter selbstverständlich nicht berechtigt. So scheiterten die Verhandlungen auch diesmal. Nun hat jedoch am Sonnabend eine Versprechung zwischen dem Obermeister Thiele und dem Verbandsvorsitzenden Drunzel stattgefunden. Hier machte Herr Thiele den Vorschlag, daß am Mittwoch nochmals eine Verhandlung zwischen den Vertretern beider Parteien stattfinden solle, nachdem am Montag eine Innungsversammlung sich mit der Tariffrage beschäftigen werde. Der alte Tarif solle dann vorläufig bis zum Mittwochabend, also bis zum 2. Oktober, verlängert werden. Inzwischen fand am Sonntagvormittag eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale des Töpferverbandes statt, in der Segawa den Bericht der Lohnkommission gab. Als der Redner den Vorschlag, am Mittwoch nochmals zu verhandeln, vortrug, machte sich eine lebhafteste Entrüstung in der imposanten Versammlung geltend, die den großen Saal der Brauerei Königsplatz am Schönhauser Tor bis auf den letzten Platz füllte. Man hatte es offenbar gründlich satt, sich noch länger von den Unternehmern hinhalten zu lassen. Der Redner empfahl jedoch in der unheimlichen Resolution, auf diesen Vorschlag einzugehen.

In der lebhaften Diskussion sprachen sich mehrere entschieden dafür aus, am 1. Oktober in den Generalstreik zu treten. Andere, unter ihnen der Verbandsvorsitzende Drunzel sowie Mitglieder der Lohnkommission, des Filialvorstandes und des Gesellenausschusses, ermahnten jedoch die Versammlung, nochmals auf Verhandlungen einzugehen, entsprechend dem allgemeinen Brauch in der Gewerkschaftsbewegung, solange wie nur irgend möglich auf friedlichem Wege eine Einigung anzustreben. Die Versammlung nahm dem auch schließlich die folgende Resolution an:

Die von zirka 2500 Töpfern besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Töpfer, Filiale Berlin, beschließt: um der Deffektivität zu beweisen, daß die Töpfer Berlins endlich bestrebt sind, auf friedlicher Basis einen neuen Tarif zustande zu bringen, von einer Arbeitsruhebesetzung am 1. Oktober Abstand zu nehmen und noch einmal mit den Unternehmern zu verhandeln. Sie erwartet aber, daß der Obermeister Thiele sein gegebenes Wort, daß der neue Unternehmerarif am 1. Oktober nicht in Kraft treten soll, einhält. Gleichzeitig kann von einer Verständigung nur die Rede sein, wenn die Unternehmer ihren neuangebotenen Tarif, der einen Abzug von bis zu 30 Proz. bedeutet und jeder Verständigung hohen Sprich, zurückziehen und einem Tarif zustimmen, welcher zwei Jahre Gültigkeit hat und dem bisher bestehenden mindestens gleichkommt. Sollte wider Erwarten dies nicht eintreffen, so ist vom Donnerstag, den 2. Oktober ab der Generalstreik als beschlossene zu betrachten, damit jeder Verschleppung der Bewegung von Seiten der Unternehmer vorgebeugt ist.

Die Kollegen werden verpflichtet, sich mit ihrer Arbeit so einzurichten, daß sie am Mittwoch, den 2. Oktober, fertiggestellt ist, damit am Donnerstag früh auf der ganzen Linie die Arbeit eingestellt werden kann. Gleichzeitig ist es notwendig, daß die Kollegen, wenn ihnen der Unternehmerarif zur Anerkennung vorgelegt wird, dies energisch zurückweisen und dem Bureau melden, damit sofort die nötigen Schritte eingeleitet werden können.

Am Donnerstagvormittag wird eine neue Mitgliederversammlung stattfinden, die sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen befaßt. Es wurde der Antrag gestellt, hierzu auch die Lokalorganisierten Töpfer einzuladen. Das wurde jedoch abgelehnt, nachdem Segawa erklärt hatte, daß die Lokalisten von Anfang an zu den Tarifverhandlungen geladen waren, sich aber nicht darum kümmerten.

Achtung, Schuhmacher! Der Schuhfabrikant G. Klaus, Stallschreiberstraße 4, entließ am vorigen Sonnabend sämtliche Zwicker und vier Maschinisten. Die Entlassung der Zwicker begründete er mit der Aufstellung einer Heberholmaschine, und bemerkte dem Fabrikationschef gegenüber, denjenigen, welche er noch gebrauchen könne, werde in einigen Tagen per Post Mitteilung zugehen. Für die entlassenen Maschinisten konnten sichhaltige Gründe nicht angeführt werden. Arbeitsmangel ist keineswegs vorhanden, denn schon am Sonntag suchte Herr Klaus in einem hiesigen Platte neue Arbeitskräfte. Fast sämtliche Entlassenen sind schon jahrelang in diesem Betriebe tätig, und ist daher die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß diese Massenentlassungen nur vorgenommen werden, um später Lohnreduzierungen durchzuführen. Wir ersuchen daher, den Zugang fernzuhalten.

Schuhmacherverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Tarifbewegung der Steinhaner.

Die im Zentralverband der Steinhaner organisierten Steinhaner nahmen in einer stark besuchten Mitgliederversammlung den Bericht über den Stand der Verhandlungen zum Tarif entgegen. Es wurde berichtet, daß seit der letzten Versammlung eine Sitzung mit den Arbeitgebervertretern stattgefunden habe, in der leider auch diesmal nichts Positives zu erreichen war. Es wurde schließlich eine Subkommission gewählt, in der die Beratungen fortgesetzt werden sollen. In der sehr erregten Diskussion wurde betont, daß es scheint, als wollten die Unternehmer durch ihre Verschleppungstaktik lediglich den Abschluß eines Tarifs hintertreiben. Die Tarifverhandlungen haben im November 1906 begonnen, und es sei nicht einzugehen, welche Arbeiten seitens der Subkommission erledigt werden sollen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, nunmehr sofort mit den einzelnen Firmen in Unterhandlungen zu treten, um eventuell den Abschluß des Tarifs durch partielle Streiks zu erzwingen, da die als solide bekannten Firmen die im Tarif geforderten Löhne bereits zahlen. Am Dienstag, den 8. Oktober, sollen in einer Versammlung bei Sachse weitere Maßnahmen beschlossen werden.

In der Schloßfabrik von Kurh u. Kupfner, Reinickendorferstraße 53, ist es zum Ausstand gekommen, da den Arbeitern eine Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil veranw.:

Teuerungszulage verweigert wurde. Die Arbeiterinnen fangen jetzt mit einem Wochenlohn von 7 M. an und verlangen 9 M., die Arbeiter erhalten jetzt einen Minimallohn von 23 M. und verlangen mindestens 24 M. Zugang von Arbeitern und Arbeiterinnen der Branche ist fern zu halten.

Deutsches Reich.

Moskafelder aus der Niederlausitz.

Senftenberg, den 30. September. (Fig. Ver.)

Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln des Terrorismus und der Ueberredungskunst auf die Streikenden einzuwirken, um sie ins alte Joch zurückzutreiben. Den Beweis, daß es den Herren höflich unter den Nägeln brennt, liefert folgende

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß im Laufe der allerersten Tage bereits die erste große Anzahl von Arbeitern hier eintrifft, welche als Ertrag für die ausständigen Arbeiter den vom Ausstand betroffenen Werken zugeteilt werden sollen. Nach der Einstellung dieser Erstarbeiter wird es ausgeschlossen sein, den größten Teil der streikenden Arbeiter wieder zu beschäftigen. Diejenigen ausständigen Arbeiter, welche auf eine Wiederbeschäftigung in ihrer letzten Arbeitsstelle rechnen, werden daher gut tun, sich allerfrühestmöglich bei dem Betriebsführer zu melden und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Bahnbeamte als Polizei.

Am Sonnabend wollte der Bezirksleiter Adamel des Bergarbeiterverbandes vom Bahnhof Senftenberg abreisen. Im Wartesaal trifft er eine Anzahl angeworbener Polen. Ein Bahnaufsicht kommt hinzu und verbietet ihm die Unterhaltung mit den Leuten. Darauf aufmerksam gemacht, daß der Wartesaal ein öffentlicher Ort sei und jeder sich dort unterhalten könne, mit wem er wolle, erklärte der Beamte, dann müsse er sich dazwischen setzen, bis Polizei käme. Sprach und tat! bis ihm dann der Gendarm „abließ“. Doch aller Liebe Mühe war umsonst: die Arbeitswilligen reisten wieder ab, ohne daß sie nur den Wartesaal verlassen hatten. Es war dem Genossen Adamel unmöglich, den Namen des übereifrigen Beamten zu erfahren, obgleich er sich an den Bahnhofswirt und an drei Beamte wendete. Der Gendarm heißt Schulz VII.

Ein Denunziantenstückchen.

In einem Wagen IV. Klasse befanden sich Arbeitswillige. Eine Genossin trat herzu, versuchte die Leute in der höflichsten Form aufzuklären und ließ sich u. a. von einem der Ankommanden das Verbandsbuch geben. Als der Zug in Senftenberg hielt, sprang der ledige Postbote Schneider, stationiert in Senftenberg II, der die Fahrt im Wagen in Zivil mitgemacht hatte, heraus, ging zum Gendarmen und denunzierte die Frau, sie habe Arbeitswillige von der Arbeit abhalten wollen! Tatsächlich wurden denn auch die Personalien der Genossin notiert. Unter den Fahrgästen herrschte allerfrühestmögliche Entrüstung wegen dieses Denunziantenstückchens.

Die Arbeitswillige transportiert werden.

Sonntagvormittag traf ein Trupp wahrscheinlich in Obereschleien geworbener und für die Bergbaugewerkschaft Louise II. Neurostolle bestimmter Arbeitswilligen ein. Sie wurden — 35 Mann stark — auf 2 Wagen verladen, Gendarmen setzten sich dazu; Schuppenketten unter dem Arm, die Hand am Säbelknopf, folgten „Veritene“, so daß 11 Gendarmen den Trupp begleiteten. Im schärfsten Trab ging die Kavalkade ab. Als sie durch die Schranke der Bahnhofstraße gefahren waren, wurden die Schlagbäume heruntergelassen und die Straße gesperrt. Wie die wilde Jagd ging es dem Neurostollen zu. In Sauvo war Frauenversammlung. Die Anwesenden wurden durch das ungewöhnlich starke Geräusch der vielen galoppierenden Pferde aufmerksam — den Zug sehen und Radfahrer ihm nachsehen war ein Auf Umwegen wurde der Zug überholt, die Leute trotz stärkster Bedeckung aufgeschreckt und werden diese jedenfalls nicht arbeiten. Schlimmste Erregung bemächtigte sich aber angeichts des Schauspielers der überfüllten Versammlung. Ueberhaupt ist eine Gärung in der Bevölkerung wie nie vorher.

Augenblicklich weilt ein Vorarbeiter hier, der nebst 20 Mann in Baldoie, einem Orte im Territorium Velfort in Frankreich, für Neurostolle um einen Wochenlohn von 40 M. geworden wurde. Der Mann depescherte seinen Kollegen sofort ab und erklärte, den Agenten in Frankreich verklagen zu wollen. — Die 35 Mann, die gestern das größte Aufsehen erregten, haben die Werkskassernen in der Nacht bereits verlassen und sind früh mit dem ersten Zuge abgereist, ohne sich irgendwo zu melden.

Die Knappschafftskrankeklasse hilft ebenfalls den Unternehmern Arbeitskräfte zutreiben. Wer sich krank meldet, muß entweder ins Krankenhaus — oder er wird für gesund und arbeitsfähig erklärt. Außerdem ist im Krankenhaus selbst „fürchterliche Kasperlung“ gehalten worden und sämtliche Kranke, die halbwegs konnten, wurden wieder zur Arbeit geschickt. So sind alle Faktoren vereinigt, um sich der Arbeiterschaft entgegenzusetzen.

Die Grubenherren in Niederschlesien gestehen jetzt indirekt ein, daß die Situation infolge der massenhaften Kündigungen der Arbeiter sich ernst geworden ist. Da ihre in der bürgerliche Presse lancierten Schimpfartikel und Mißmacherechnungen über „hohe Löhne“ nebst den üblichen Verleumdungen der „Streikbeyer“ und „roten Agitatoren“ nicht mehr ziehen, wenden sie sich jetzt direkt an „ihre“ Arbeiter. Sie erlassen eine „Bekanntmachung“, die das dreiste mit ist, daß je von prophanen Kapitalisten gegen Arbeiter geleistet wurde. Darin behaupten die Herren mit gottesfürchtiger Frechheit, die Bewegung der Vergleute sei „von der sozialdemokratischen Partei“ inszeniert und zwar, weil die Partei befürchte, den Reichstagswahlkreis Waldenburg bei der nächsten Wahl zu verlieren! Es wird weiter in diesem Dokument behauptet, die sozialdemokratische Partei sei im Kreise Waldenburg im Rückgange begriffen, und um nicht den letzten sozialdemokratischen Wahlkreis, den Schlesien noch habe, zu „gefährden“, inszeniere sie (also die Partei!) die Lohnbewegung!

Es verlohnt sich nicht, ernstlich auf diese absurden Stillblüten kapitalistischen Wahnsinns einzugehen. Wenn der Schwindel so bid aufgetragen wird, richtet er sich selber.

Interessant ist aber noch, wie der Troß der Prohen doch in etwas nachzugeben sich herbeiläßt. Sie erklären jetzt, nachdem sie sehen, wie ernst es den Vergleuten mit ihren Kündigungen ist, daß sie bereit seien, wenn auch nicht mit der Lohnkommission, so doch mit den Arbeiterausschüssen zu verhandeln. Ja, noch mehr: Man will sogar den Arbeitervertretern Einblick in die Geschäftsbücher der Verwaltungen gewähren, damit sich die Arbeiter überzeugen, daß — die Herren „nicht imstande“ (!) sind, höhere Löhne zu zahlen! Nun, die Arbeitervertreter werden Einblick nehmen und den Herren dann eine Rechnung aufmachen, die frei von Zahlenjonglierereien und Börsenjobberadditionen die wahre Lage der Arbeiter widerspiegelt.

Drollig und natd dazu läßt sich in der Leihpresse der Grubenherren, wie z. B. der „Schles. Fg.“ vom Sonntag, ein wütender Schimpfartikel gegen die „verheßten“ Bergarbeiter, der u. a. folgenden Satz enthält:

„Wie wenig den Agitatoren an dem Wohl der Arbeiter liegt, läßt sich daraus ersehen, daß sie angesichts der bestimmten Erklärung der Gruben, nach Lage der Verhältnisse zurzeit Lohnreduzierungen überhaupt nicht bewilligen zu können, immer weiter versuchen, die Arbeiter zu derartig hohen Forderungen zu veranlassen, deren Nichtbewilligung unter den vorgetragenen Verhältnissen von vornherein außer Zweifel steht. Die Agitatoren wissen genau, daß die Gruben augenblicklich, namentlich auch angesichts der starken Anwerbung westfälischer Prohen im hiesigen Gebiet, mit ihren Löhnen so hoch gegangen sind, wie eben nur möglich, um stärkeren Abwanderungen nach Westfalen vorzubeugen. Trotzdem wird aber weiter gekämpft, um die Verleghaften weiterhin zu verhegen und Mitglieder zu gewinnen.“

Diese Ereignisse beweisen aufs neue, daß es der Sozialdemokratie nur darauf ankommt, ihre Stellung in dem bei der letzten Reichstagswahl nur mit Mühe behaupteten Wahlkreis zu festigen.“

Das Blatt verkündet damit den ersten Paragraphen des zukünftigen Kapitalistengesetzbuches, der da lautet: „Wenn ein Unternehmer sagt, er kann Arbeiterforderungen nicht bewilligen, so haben die Arbeiter das zu glauben und das Maul zu halten. Zuwiderhandelnde werden zum Lesen der Kapitalistenblätter verurteilt.“ Es ist doch gut, daß der Humor bei dieser Auffassung einigermäßen auf seine Rechnung kommt.

Ausland.

Die Aufnahme der Arbeit.

Antwerpen, 29. September. (Fig. Ver.)

Die Scharfmacherdekorationen der Föderation haben weder ihr selbst genügt, noch den Hafenarbeitern geschadet. Denn ihre Tiraden werden keinen Menschen überzeugen, daß sie „gesiegt“ hat, so wenig wie es ihr gelungen ist, die Doker damit irrezuführen, daß man sie als die vom Bürgermeister und den „bezahlten Führern“ Genossin führten hinsetzte und zu erregen suchte. Die neuerlich bestätigten Zusagen des Bürgermeisters sowie die Zusagen der Einzelunternehmer an die Streikführer setzen im Gegenteil die Absichten der „Föderation“ erst recht in die richtige Beleuchtung. Die Arbeiter haben demnach in voller und berechtigter Zuversicht die Arbeit aufgenommen und außer einigen Tugend „Gelben“, die die „Föderation“ für alle Fälle als „Reserve“ anständig läßt, ist Antwerpen von den Engländern geföhrt und die einheimischen Doker sind vollzählig an der Arbeit. — In einem recht bezeichnenden Gegensatz zu den scharfmacherischen und giftigen Kundgebungen der Föderation, die Unmut, Bitterkeit und schließlich Arbeitsunlust zu erzeugen berechnet waren, ruft die sozialistische Dokerarbeiterorganisation, indem sie auf die errungenen Erfolge verweist, die Hafenarbeiter auf, nun allen guten Willen an die Arbeit zu setzen und zu zeigen, daß sie die Aufbesserung auch verdienen. In der Tat sahen in den ersten Tagen die englischen Stellvertreter mit sichlicher Verbunderung den spielenden Bewegungen der belgischen Arbeiter zu, die, wie allerlei statistische Aufstellungen während des Streiks bezeugten, das drei-, vier- und mehrfache noch leisten als die aus den Spelunken Londons geholten Engländer. Was die „Föderation“ nicht hindert zu erklären — sie versendet ja jeden Augenblick ihre „Communiqués“ wie eine richtige Regierung — daß sie bei der geringsten Unebenheit wie Vorkottage, Veränderungen in der Arbeitszeit usw. den Unternehmern sofort die als Reserve zurückbehaltenen Engländer zur Verfügung stellen würde.

Indes, trotz der Aufhegereien der „Föderation“ wird die ungeheure Arbeitsmaschinerie des Hafenbetriebes bald im allgewohnten Geleise laufen und nicht zuletzt — o Ironie des Kapitalismus! — dank dem ruhig-energischem Eingreifen der Führer und der Organisation, die auch den errungenen Sieg den Dokern gegen alle Intrigen und allen bösen Willen zu schätzen wissen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Wahnsinn der kapitalistischen Produktion.

Köln, 30. September. (B. L. V.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Hagen: In der heute hier abgehaltenen Sitzung der Feinblechwalzwerke wurde einstimmig beschlossen, den Betrieb im Oktober vorläufig auf acht Tage einzustellen, ferner nach Abwiderung der bestehenden Bezugs- und Lieferungsverpflichtungen den Betrieb gänzlich einzustellen, wenn die jetzigen ungünstigen Marktverhältnisse sich nicht bessern sollten.

Landtagswahl in Neuchâtel.

Gera, 30. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Wahl zum Landtage wurden die Genossen Leven und Wetterlein gewählt. Die Genossen Wötiger und Drechsler kommen in Stichwahl. Ein Kreis ist unbesetzt geblieben.

Die Furcht vor der Demonstration.

Budapest, 30. September. (B. L. V.) Die Direktion der Staatsbahnen gibt bezüglich der für den 10. Oktober geplanten sozialistischen Kundgebung für das allgemeine Stimmrecht eine Verordnung bekannt, in welcher den Angestellten der Staatsbahnen unter Berufung auf die Dienstpragmatik erklärt wird, daß für den erwähnten Tag sowie für den vorangehenden oder folgenden Tag kein Urlaub gewährt wird. In der genannten Verordnung wird hervorgehoben, daß die Eisenbahndirektion berechtigt ist, die Arbeitseinstellung mit sofortiger Entlassung zu bestrafen und daß die Angestellten oder Mitglieder des Organisationsausschusses nicht wieder in den Eisenbahndienst aufgenommen werden können. Wie verlautet, haben die Direktion der Privatbahnen eine gleiche Verordnung erlassen.

Eisenbahners Tod.

Gleiwitz, 30. September. (B. L. V.) Auf dem Personenbahnhofe setzte sich der Rangierer J. Billa, auf dem Trittbrett stehend, zu weit vorüber und erschmetterte sich an einer vorstehenden Laterne den Kopf. Er war sofort tot.

Untergegangener Dampfer.

Geestemünde, 30. September. (B. L. V.) Der hiesige Fischdampfer „Weg“ ist mit der gesamten Besatzung von 11 Mann bei Island untergegangen.

Das Vaterland in Gefahr.

Leipzig, 30. September. (B. L. V.) Auf Veranlassung des Reichsgerichts wurde die Nr. 33 des anarchischen Organs „Der freie Arbeiter“ vom 21. September d. J. wegen des Leitartikels „Anarchismus und Antimilitarismus“ beschlagnahmt.

Ein ungetreuer Rentner.

Essen, 30. September. (B. L. V.) Der Direktor der Sparkasse in der Stadt Niece, Mathias Jizkowitz, ist flüchtig geworden. Er hat Unterschlagungen in Höhe von einer Viertelmillion Kronen begangen. Die Sparkasse ist in Konkurs geraten. Ihre Verbindlichkeiten betragen über eine halbe Million.

Schiffskollision.

Provincetown (Massachusetts), 30. September. (B. L. V.) [Auf deutsch-antantischen Kabel.] Der Kreuzer „Des Moines“ kollidierte während eines Sturmes mit dem Probantenschiff „Glacier“; ein Offizier wurde dabei getötet, mehrere Matrosen wurden über Bord geschleudert.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Fünfte deutsche Nationalkonferenz der internationalen Bekämpfung des Mädchenhandels.

Am Donnerstag und Freitag vergangener Woche tagte in Düsseldorf der in der Ueberschrift bezeichnete Verein unter Vorsitz des freikonservativen Abgeordneten von Dirlsen. Der Kampf gegen die Mädchenhändler, wie er von Leuten geführt wird, die auf derselben moralischen und politischen Tiefe stehen wie ein Peters, ist lediglich ein Scheinkampf. Hohle Sittlichkeitspredigten, aber keinerlei Taten zur Hebung der Ursachen der Prostitution. Im Gegenteil, Leute von dem politischen Standpunkte des Vorsitzenden, mit ihren Bestrebungen gegen bessere Schulbildung, gegen Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, für Verschlechterung der Ernährungsweise und Lebenshaltung der großen Menge, für Auswanderung der Kinder zu gewerblicher und ländlicher Arbeit, gegen Arbeiterschutz und für Arbeitertrag vergrößern die Hauptursachen der Prostitution und damit auch des schandvollen Mädchenhandels.

Die Haltung von Bordellen und die Duldung von Bordellen in Deutschland ist nach den Darlegungen in der Presse, im Reichstag und in der Literatur sowie nach der Anschauung des Reichsgerichts eine mit schwerer Strafe bedrohte Handlung, die hochwürdigen Herren Pastoren, Majore, Regierungsbeamte des Vereins wissen das. Aber sie waren weit entfernt, Verstrafung der Bordellinhaber und ihrer polizeilichen Dulder mit Entschiedenheit zu verlangen. Aus den Verhandlungen, insbesondere aus dem sehr kenntnisreichen Referate des Lizenzialen Bohm ergibt sich, daß die Bordelle in Deutschland von hochgestellten Stützen der Gesellschaft gehalten, unterstützt und geduldet werden. Der Referent Lizenzial Bohm ließ sich über das Thema wie folgt aus:

Bordelle und Mädchenhandel

Es könne heute nicht seine Aufgabe sein, die ganze Frage der Prostitution, der Reglementierung und Vordellierung aufzurollen, er wolle sich lediglich mit dem Zusammenhang von Bordellen und Mädchenhandel beschäftigen. Es gebe drei verschiedene Formen der Prostitution in Deutschland. Erstens eine geistige Prostitution. Diese sei in den mittleren, ganz besonders aber in den größeren Städten Deutschlands stark vertreten. Nach den geringsten Schätzungen habe sie den zehnfachen Umfang der polizeilich beaufsichtigten Prostitution. Die zweite Form sei die reglementierte, das heißt die von der Polizei beaufsichtigte Prostitution, die sich frei bewege auf der Straße, in Balliolalen, Nachtcafés, Kneipen, in der eigenen und in der Wohnung der sie dingenden „Herren“ im Absteige- und Kuppelquartier. Die dritte Form sei die reglementierte polizeilich beaufsichtigte Prostitution, die zugleich von der Polizei gezwungen werde, in bestimmten, polizeilich konzeptionierten Bordellquartieren, Häusern, Straßen, Stadtteilen Wohnung zu nehmen, die sich dort von den Kunden aussuchen lasse und nur dort ihr Gewerbe ausüben dürfe. Für die Befriedigung eines Zusammenhanges zwischen Prostitution und Mädchenhandel komme nur die letzte Form der Prostitution in Betracht. Die konzeptionierten Bordelle seien, obwohl sie als weithin zerstreut wirkende Westküsten am Volkskörper erwiesen seien, anscheinend schon längst mit dem Volksleben ver wachsen. Der Bürgermeister, welcher in einer kleinen Stadt der Provinz Sachsen die Konzeption zu dem dortigen Bordell erteilt habe, könne Mitglied der Provinzialstände sein. Ein Kammerdirektor, der in einer anderen Stadt den Vertrag der Brauerei, die das Bordell finanzierte, unterschrieben habe, sei Mitglied des Gemeindefiskusrats. (Hört! hört!) Die allergrößten Herren in der Stadtverwaltung von Bremen bedien und vertreten das dortige Bordellsystem. In der Ausdehnung der Bordelle über Deutschland sei deutlich der Beweis des französischen-napoleonischen Einflusses am Anfang des vorigen Jahrhunderts zu erkennen. Schlesien, Posen, Ostpreußen, Westpreußen, das östliche Pommern und Brandenburg seien fast ganz von Bordellen frei. Dagegen habe im Königreich Sachsen und Provinz Sachsen fast jede kleine Stadt ihr Bordell. In der Provinz Hannover kämpften die Bordellunternehmer augenblicklich einen energischen Kampf. Sie haben in Celle, Horneln und einigen anderen Orten festen Fuß gefaßt. Die Hochburgen der Bordelle seien Köln, wo ein ganzer Stadtteil von Bordellen durchsetzt sei, in Hamburg, wo ebenso wie in Frankfurt a. M. die Bordellanlagen sich an verschiedenen Punkten befinden. Ferner seien als Hauptbordellstädte in Deutschland zu nennen: Lübeck, Kiel, Altona, Hamburg mit Cuxhaven, Bremen mit Bremerhaven und Geestemünde, Magdeburg, Halberstadt, Braunschweig, Dortmund, Essen, Aachen, Düsseldorf, Mannheim, Straßburg i. E., Karlsruhe, Stuttgart und vor allem Nürnberg. Von besonders gefährdeten Universitätsstädten seien Greifswald, Halle, Leipzig, Braunschweig, Karlsruhe, Freiburg und Straßburg zu nennen. In den meisten dieser Städte seien bis 200 Mädchen kaserniert; in Hamburg, Köln, Frankfurt seien diese Zahl weit überschritten. In Nürnberg umfasse die Bordellanlage 18 Häuser, die zum Teil Doppelhäuser seien mit zweihundertdreißig Fenstern. Schon von den wogierenden Prostituierten zehnten Jubälter, Zimmervermieterinnen, Konfektions- und Wäschegeflüster große Verdienste. Bei der bordellierten Prostitution lassen sich die Umsätze ziemlich kontrollieren. Der Verdienst der Bordellinhaber sei ganz ungeheuer. In einer kleinen Stadt des Königreichs Sachsen sei ein Bordellhaus im Werte von höchstens 20000 M. mit über 100000 M. Hypothek belastet.

In Kiel sind gewöhnlich 100 Mädchen tätig. Während der Saison sind es mehr, die Saison ist die Kieler Woche. (Heiterkeit.) Die „mustergültigste“ Bordellstraße hat Bremen. Wenn dort ein Mädchen in das Bordell aufgenommen werden möchte, wendet es sich an das Stabamt, wird vorgemerkt und, wenn durch Krankheit oder Tod eine Stelle frei wird, benachrichtigt, daß sie die Wohnung beziehen kann. (Bezeugung.) Jedes dieser Mädchen muß täglich 15 Mark Pension bezahlen. Da 70 Mädchen in der Straße wohnen, müssen täglich mindestens 1050 M. umgesetzt werden.

In einer Stadt Schleswig-Holsteins sei ein Haus im Werte von 50000 M. mit 150000 M. Hypothek belastet. Die Hypothekengläubiger seien meist Braneretten, Weinhandlungen, aber auch ehrliche Bürger der betreffenden Städte. Der hohe Preis der Bordelle erkläre sich aus dem ungeheuren Gewinn, der in ihnen erzielt werde. In einer böhmischen Grenzstadt, wo der Gast nur 1 Krone bezahle, betrage die Abendinnahme an gewöhnlichen Tagen 2—300 Kronen. In einem 20 Kronen-Haus erreiche die Einnahme an gewöhnlichen Tagen 1500—2000 M. Ein Nebenverdienst eines Bordell-Inhabers von 100000 M. jährlich gehöre keineswegs zu den Seltenheiten. Darum gehe hervor, mit wie hohen Mitteln die Bordellbesitzer operieren, um sich neue Mädchen zu beschaffen. Es ist gerichtsnotorisch, daß die Unternehmer bis zu 1000 Dollar für ein Mädchen bezahlen. Alles kommt ja wieder ein, wenn nur dem Kundenkreis neue jugendliche Ware zugeführt wird, wie kürzlich die Tochter eines Arztes aus Thüringen in einem Karlsruher Bordell, um die sich die Studenten kämlich rissen. (Hört! hört!) „Laßt die Mädchen arbeiten“, ist die bekannteste Nebenart zur Abhilfe. Aber ist ein Mädchen einmal in den Händen eines Bordellbesizers so ist ein Entrinnen un-

möglich. Die Mädchen werden nicht etwa verkauft, sondern von einem Bordell ins andere verschleppt. In die Bordelle hinein kommen die Mädchen meistens durch Unerfahrenheit, Genußsucht und Lusthaft. Das Einfallslos für den Mädchenhandel nach Deutschland sind die Königreiche Sachsen und Bayern. Die meisten Mädchen kommen aus Böhmen, Wien und Ungarn. Zuerst werden sie in den sächsischen Bordellen untergebracht, dann kommen sie in die Bordelle des Westens. Also der Mädchenhandel steht nicht nur im engsten Zusammenhang mit dem Bordellwesen, sondern wird dadurch ermöglicht und allein im Zusammenhang mit dem Bordellwesen getrieben. In Frankreich schafft man die Bordelle ab, dort, wo es zu spät ist, wie die ständige Abnahme der Geburten beweist. Vielleicht ist es bei uns noch möglich, durch die Abschaffung der Bordelle unsere Volksträfte zu erhalten und Volk und Jugend sittlich reifer zu machen. (Lebhafte Beifall.)

In der Besprechung stimmten die Redner sämtlich dem Vortragenden bei.

Fraulein Pappirh-Verlin: So sehr sie auch die Jubälter verdamme, so verdienen diese doch noch bisweilen mildernde Umstände, niemals aber die Mädchenhändler und Bordellwirte. — Frau Krulenberg-Kreuznach: Es sei auf die Mütter einzurwirken, daß sie ihren Söhnen und Töchtern eine sittliche Erziehung geben. — Pastor Priefer-Wünchen: Er sei mit den Ausführungen der Vortragenden vollkommen einverstanden, er wisse nur nicht, ob nach Aufhebung der Bordelle die Prostitution noch mehr werde auf die Straße gedrängt werden!

Lizenzial Weber (M.-Gladbach): Der Minister des Innern habe ihm versprochen, die Bestrebungen des Komitees, die Reglementierung und Kasernierung aufzuheben und die Verstrafung Mütter und Weiblicher wegen wissenschaftlicher Krankheitsübertragung zu unterstützen. Die wissenschaftliche Uebersetzung müsse mit aller Schärfe bestraft werden. Noch zu bessernde Mädchen seien in eine Verbesserungsanstalt, andere in ein Asyl zu bringen, damit sie nicht auf der Gasse und in der Gasse ihr Leben beschließen. Notwendig sei es auch, die Einladungen in die Anniernierneipen, die ganz besonders den Passanten der Berliner Friedrichstraße massenhaft in die Hand gedrückt werden, als Beileitung zu Unsitlichkeiten zu bestrafen. Auch sei der Schmutz-literatur größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Kriminalkommissar v. Tressow-Verlin: Er könne mitteilen, daß das Bordellwesen stark zurückgehe. In Paris haben sich die öffentlichen Häuser trotz der Zunahme der Bevölkerung ganz wesentlich vermindert. Die öffentlichen Häuser seien nicht mehr zeitgemäß. Er habe im Auftrage des Ministers des Innern eine Reihe europäischer Städte besucht. In Rotterdam habe man die Bordelle und auch die Zwangsreglementierung aufgehoben und eine öffentliche Klinik errichtet, die zahlreich von Männern und Frauen in Anspruch genommen werde. Eine derartige Einrichtung verdiene Nachahmung.

Es sprachen noch Pastor Wagner-Köln, Pastor Durkhardt-Verlin, Pastor Linke-Augsburg. Von allen Rednern wurde bemerkt, daß die Bordelle keineswegs geeignet seien, die Strafen von der Prostitution zu säubern. Liz. Weber (M.-Gladbach) teilte mit, daß in Preußen, Sachsen, Bayern usw. wieder neue Bordelle in großer Zahl errichtet werden.

Fraulein Paula Müller-Hannover befristvortete folgenden Antrag:

1. An die Minister des Innern der deutschen Bundesstaaten die Bitte zu richten, den Polizeiverwaltungen die Genehmigung zur Einführung der Kasernierung der Prostitution zu versagen, da die Kasernierung der Prostitution, abgesehen von den sittlichen, hygienischen und rechtlichen Schäden, stets den Mädchenhandel verursacht und begünstigt wird.

2. An die Herren Justizminister der deutschen Bundesstaaten die Bitte zu richten, die Staatsanwaltschaften dahin anzuweisen, daß eine strengere Handhabung des § 180 R.-St.-G. in bezug auf die Kasernierung der Prostitution eingeführt wird.

Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Heinrich: Er habe in die Debatte nicht eingegriffen, weil die Erwägungen, die der Minister angestellt, noch nicht zum Abschluß gelangt seien. Im übrigen sei der Minister des Innern genötigt, sich mit dem Kultusminister in Verbindung zu setzen. Er wolle nur bitten, in dem Antrage 1 die Worte: „in geeigneter Weise“ einzuschalten.

Der Antrag gelangte schließlich in dieser Fassung zur Annahme. Abgeordneter v. Dirlsen erklärt als die einstimmige Ansicht der Konferenz, daß das Bordellwesen die Hauptquelle des Mädchenhandels sei, und daß der Transport der Mädchen von dem einen in das andere Bordell ebenfalls als Mädchenhandel angesehen werde.

Um diese Erkenntnis zu zeitigen, war wahrlich eine Konferenz nicht erforderlich. Die Verhandlungen der Konferenz zeigten mit klarster Deutlichkeit, daß die herrschende Klasse weit davon entfernt und unfähig ist, den wirtschaftlichen Ursachen der Prostitution auf den Grund zu gehen, die Quellen des schmachvollen Mädchenhandels zu verstopfen, ja, daß sie nicht einmal die zum Himmel schreienden Verbrechen, die von Mädchenhändlern begangen werden, zu bestrafen gewillt ist, wiewohl diese Verbrechen, zu denen das Halten und Dulden von Bordellen gehört, vom bestehenden Strafrecht mit Strafe bedroht sind. Ergebnissadressen an den Kaiser, mit denen der Kongreß begann und schloß, vermögen über die innere Hohlheit der Verhandlung nicht hinwegzutäuschen.

Verein für Sozialpolitik.

(Telegraphischer Bericht.)

Unter zahlreicher Beteiligung begann am Montag in Magdeburg die auf drei Tage berechnete Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik. Anwesend sind Oberpräsident der Provinz Sachsen v. Bilmowski, Oberbürgermeister von Magdeburg Dr. Lenke und eine Reihe höherer Regierungsbeamter. Von bekannteren Teilnehmern sind zu erwähnen die Professoren Schmoller, Adolf Wagner, Gierde und Albrecht aus Berlin, Staatsminister a. D. Fehr, v. Berlepsch, Generalsekretär Soetbeer, Geh. Landesökonomierat Voelbling, Stadtrat Fischeb-Verlin, Stadtrat Fiesch-Franfurt a. M., Reichstagsabgeordneter Robert-Magdeburg. — Professor Schmoller-Verlin eröffnet die Versammlung als Vorsitzender des Ausschusses mit einer Begrüßung der Gäste und führt dann aus: Der Verein für Sozialpolitik blide heute auf eine 30jährige Tätigkeit zurück. Seine Gründung falle in die große Zeit, als das Deutsche Reich eben neu ausgerichtet worden war, als die deutsche Politik ihren ungeheuren Siegeslauf begann, als die deutsche Sozialdemokratie anfing, sich als große politische Partei zu organisieren und als große soziale und sozialpolitische Fragen auf der Tagesordnung standen und die deutsche Wissenschaft diesen Fragen gegenüber mit einer über hundert Jahre alten Theorie gegenüberstand, die geboren war zu einer Zeit, welche es zu tun hatte mit Despotismus und Merkantilismus. Die Mieser Adam Smith, Ricardo und andere waren abgelöst worden von einem kleinen Geschlecht von Epigonen, die nicht fähig waren, die Führerschaft zu übernehmen. Da glaubte man mit der Gründung des Vereins eine Stelle schaffen zu müssen, die eine neue Art, die Probleme wissenschaftlich aufzufassen, vorbereitete, und die bemüht war, in dem klaffenden Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern das verschönderte Moment der Sozialreform einzuführen und einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Und da ist es auch nicht geringes, was wir erreicht haben. Heute haben sich die Dinge so gewendet, daß es scheinen könnte, als ob der Verein überflüssig sei. Doch ist das nicht der Fall. So Erhebliches wir geleistet haben, die Probleme der Sozialreform liegen noch vor uns. Wir sehen es an den beiden wichtigen Fragen, die auf unserer diesmaligen Tagesordnung stehen, wie viele bedeutsame Fragen noch zu lösen sind. Und so sind wir entschlossen, trotz mancher

Gegensätze und Widersprüche, die naturgemäß auch in unseren Reihen vorhanden sind, weiter unter der Fahne des Vereins zu marschieren. Neben den öffentlichen Fragen liegt der Hauptwert unserer Tagung darin, daß sie einen Austausch der Meinungen bringt, namentlich zwischen den Universitätslehrern, und dann ist das wichtigste: der Verein ist zu einer Akademie der sozialpolitischen Wissenschaft geworden. Er hat Erhebliches in seinen Vorarbeiten für unser öffentliches Leben und für die Gesetzgebung zuwege gebracht.

Nach Ergründung der in den letzten zwei Jahren verstorbenen Vereinsmitglieder, zu denen Dr. v. Rottenburg gehörte, durch Erleben von den Plänen, wählte die Versammlung den Staatsminister a. D. Freiherrn von Berlepsch zum Vorsitzenden.

Begrüßungsreden hielten der Oberpräsident v. Bilmowski, Oberbürgermeister Dr. Lenke, Magdeburg und der Vorsitzende der Magdeburger Handelskammer Kommerzienrat Arnold.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Die berufsmäßige Vorbildung der volkswirtschaftlichen Beamten spricht Prof. Dr. Karl Bücher-Leipzig. Er hebt einleitend hervor, daß über diese Frage entgegen den sonstigen Gepflogenheiten des Vereins keine Erhebungen veranstaltet worden sind. Dagegen hat der Deutsche volkswirtschaftliche Verband eine Umfrage veranstaltet, die allerdings erst vor 14 Tagen bekannt geworden ist. Der in rascher Entwicklung begriffene Stand der volkswirtschaftlichen Beamten erscheint zurzeit bei weitem noch nicht genügend abgeschloffen und einheitlich durchgebildet, und bereits eine gleichmäßige Ausgestaltung und Regelung der beruflichen Ausbildung zu gestalten. Eine solche kann nur soweit in Frage kommen, als es sich um die Erlangung der für die allgemeinen Aufgaben der betreffenden Berufsstellen erforderlichen wissenschaftlichen Befähigung handelt. Zu diesem Ziele können sehr verschiedene Wege gangbar sein, und es erscheint ebensowenig angezeigt, den ausgesprochenen Talenten pedantische Regeln vorzuschreiben, als die in Betracht kommenden Körperschaften sich verbieten lassen werden, einen tüchtigen Mann zu nehmen, wo sie ihn finden. Dagegen muß es auch diesen erwünscht sein, bei der Stellenbesetzung über die Art und das Mindestmaß der nachzuweisenden wissenschaftlichen Befähigung sowie über den zu ihrer Erlangung bei mittlerer Begabung notwendigen Bildungsgang genau unterrichtet zu sein. Endlich besteht ein erhebliches allgemeines Interesse an der gründlichen Durchbildung dieser Gruppe von mittelbaren Staats- und Privatbeamten. Es ist heute allgemein anerkannt, daß die große Masse dieser Beamten einer akademischen Ausbildung bedarf, deren Mittelpunkt und Grundlage das Studium der politischen Ökonomie und der verwandten Fächer der Staatswissenschaften bildet. Zur Erlangung derselben ist ein Hochschulbesuch von mindestens sechs Semestern erforderlich. Vor Beginn des Studiums ist die Maturität einer neunklassigen Mittelschule nachzuweisen. Von dem Betriebe eines allgemein bildenden volkswirtschaftlichen Unterrichts auf den Mittelschulen hat das akademische Studium keine wesentliche Förderung zu erwarten. Als diejenige Hochschule, welche dem Volkswirt die vielseitigste Ausbildung ermöglicht, wird die Universtität anzusehen sein. Daneben kommen für spezielle Berufsstellungen auch ganz besonders fachliche Hochschulen in Betracht, Handelshochschulen, volkswirtschaftliche Landesschulen und das Polytechnikum. Der Vortragende geht dann in einzelnen auf die Aufgaben der Ausbildung speziell ein. Den Abschluß des Studiums wird voraussichtlich auch in Zukunft die Doktorpromotion bilden. Immerhin kann die Aufstellung einer Prüfungsordnung, in der das Maß der in den einzelnen Fächern zu stellenden Anforderungen genau festzustellen wäre, durch eine aus Theoretikern und Praktikern zusammengesetzte freie Kommission versucht werden.

Als zweiter Referent zu demselben Thema sprach Handelskammerpräsident Dr. Behrendt-Magdeburg. Er kommt zu folgenden Schlussfolgerungen: Die neuerdings unter dem Begriff praktische Volkswirte zusammengefaßten Beamten von wirtschaftlichen Körperschaften, freien Vereinen usw. bilden noch keine durch überall deutlich erkennbare Grenzen von anderen Berufen abgegrenzte Berufseinheit. Trotzdem ist es angebracht, daß wir, die in den modernen Formen des Wirtschaftslebens groß werden, untersuchen, welche Forderungen sie etwa an die Universtitäten, die Stätten ihrer wirtschaftlichen Vorbildung, zu stellen haben. Redner geht jedoch ebenfalls auf die eingeleiteten praktischen Vorschläge ein. Wie überall im Leben schließlich Charakter und Anlage, vor allem die Lust zur ruhigen Arbeit und zum Vorwärtskommen die Hauptsache sei, so sei dies auch für den praktischen Volkswirt der Fall. Den Hauptwert des geforderten akademischen Studiums würden die Juristen haben, denen man nicht mehr den Vorwurf rein formaler Bildung machen könnte. Doch würde dadurch auch das Ansehen des Standes der praktischen Volkswirte gehoben, insbesondere der wünschenswerte Lebergang von einem Verufe zum anderen erleichtert werden. Die Forderung der Einführung eines Kameral-Abschlußexamens auf Grund einer etwa dreijährigen Praxis bei den Handelskammern, Landwirtschaftskammern usw. sei diskutabel.

Der Korreferent vertritt die Ansicht, daß für eine ganze Reihe von Verwaltungsbeamten das juristische Studium unerlässlich sei, so zum Beispiel bei der Bearbeitung der Anträge, bei Gesetzesvorlagen. Wenn z. B. Juristen das Vorfengesetz gemacht hätten, würde es eine ganz andere Form erhalten haben, während es heute nicht nur wirtschaftliche Fehler, sondern auch juristische Ungeheuerlichkeiten aufweise. Der Jurist werde nicht um seiner selbst willen bevorzugt, sondern wegen seiner besseren Verwertbarkeit. Der Jurist dürfe allerdings dem volkswirtschaftlichen Denken nicht weikfremd gegenüberstehen und nicht rein formalistisch ausgebildet sein, wie es heute der Fall sei. Deshalb sei eine Verbindung zwischen volkswirtschaftlichem und juristischem Studium notwendig. Diese Gemeinsamkeit des Studiums werde dem Informalismus vorwommenden sogenannten Affektivismus überwinden und auch den Volkswirten die soziale Gleichstellung mit den Juristen weit eher bringen als alle anderen Versuche auf diesem Gebiete.

In der Diskussion wünscht Geheimer Landesökonomierat Voelbling, Geschäftsführer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, daß vor dem Hochschulstudium eine praktische Vorbildung der volkswirtschaftlichen Beamten stattfinde, wie es bei den Landwirtschaftskammern der Fall sei. Prof. Dr. Fiesch-Franfurt bestreitet, daß für die größere Masse der volkswirtschaftlichen Stellen der Jurist geeigneter sei. Im Gegenteil, für viele Stellen sei gerade volkswirtschaftliche Bildung notwendig, und nur eine gewisse allgemeine Kenntnis auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens brauche der Nationalökonom, während er über privatrechtliche Fragen gar nicht zu entscheiden habe. Wenn man aber nicht eine Reform des juristischen Examens durchführe, dann werden alle Bestrebungen einer größeren volkswirtschaftlichen Vorbildung der Juristen zwecklos sein. Stadtrat Fischeb-Verlin tritt im wesentlichen dem Vorredner bei. Die heutigen Verwaltungsbeamten seien viel zu sehr mit juristischen Kenntnissen belastet, die sie gar nicht verwerten können. Den Verwaltungsbeamten fehle zu sehr die staatswissenschaftliche Grundlage und die Kenntnis des volkswirtschaftlichen Lebens. Es sei allerdings nicht zu leugnen, daß auch dem Nationalökonom die juristische Bildung mangle. Aber man müsse auch berücksichtigen, daß die Kenntnis der Rechtsgebiete, die für unsere Verwaltung in Frage kommt, bei dem Juristen, wenn er in die Verwaltung eintrete, gleichfalls sehr gering sei. Wenn man über mangelhafte Gesetze klage, so verweise er darauf, daß es gerade die Juristen seien, welche eine Auslegung der Gesetze geben ohne jede Kenntnis des volkswirtschaftlichen Lebens, und wie sie ein Nationalökonom niemals begreifen könne. Warnen müsse er daher, daß man dem Nationalökonom nun auch noch die Kenntnis der Pandekten und Realbücherei zumute. Gerade das „rückwärtliche Berlin“ (türkische Heiterkeit) habe von dem Grundfah, nur Juristen in der Verwaltung anzustellen, ab-

Hand genommen. Gerade die Kommunen werden immer mehr genötigt, Rationalökonomie anzustellen, je mehr ihre Aufgaben wachsen und je mehr Betriebe sie in eigene Verwaltung nehmen. Bei einem etwaigen Beschlusse sollte man sich dahin aussprechen, daß die Verwaltungsbeamten genügende staatswissenschaftliche Vorbildung besitzen.

Dr. Bergius, Sekretär des Handelsvertragsvereins, hält im Gegensatz zu den Referenten und den meisten Diskussionsrednern juristische Vorbildung durchaus nicht für ausschlaggebend. Die volkswirtschaftliche Bildung müsse aber mehr eine praktische sein. In den Parteien, wirtschaftlichen Vereinen und charitativen Vereinigungen habe sich oft genug gezeigt, daß die Juristen eine geradezu rührende Hilfslosigkeit an den Tag legten. Geh. Hof Prof. Sieckmann-Berlin: In der Frage des Rechtsstudiums der Beamten stimme er dem Grundgedanken der beiden Referenten zu. Das Ideal wäre allerdings die Ausbildung auf beiden Gebieten, dem juristischen und volkswirtschaftlichen. Aber dieses Ideal liege noch in weiter Ferne. Daß der Jurist mehr als bisher sich volkswirtschaftliche Kenntnisse aneignen müsse, habe er stets betont, ebenso die Vorbildung unserer Verwaltungsbeamten manche Lücken aufweise. Aber darauf wolle er hier nicht eingehen, denn das stehe nicht auf der Tagesordnung. Es werde aber vielleicht ein dankenswertes Thema für eine spätere Versammlung sein. Die nationalökonomische Vorbildung der Verwaltungsbeamten und der staatliche Verwaltungsdienst werde aber immer auf juristisch-Grundlagen beruhen müssen, wenn wir nicht in den Kolonialstaat verfallen wollten. Wenn aber den Verwaltungsbeamten juristische Vorbildung empfohlen werde, so müsse sie ausgehen von privatrechtlichen Grundbegriffen. Höchst gefährlich sei jedenfalls die juristische Halbgebildung bei einem volkswirtschaftlichen Beamten. (Beifall.) Reichstagsabgeordneter Dove (Sonditus der Rechten der Berliner Kaufmannschaft) pflichtet den Ausführungen Prof. Sieckmanns bei. Er ergänzt dieselben durch einige Beispiele aus der Praxis. Das Wort: Germania docet! (Deutschland lehrt!) müsse übersehen werden mit: Deutschland mache Lehrpläne. (Weiterleit.) Man könne sich heute sehr leicht populär machen in Deutschland, wenn man auf die Juristen schimpfe, und auf die Stadt Berlin. (Große Heiterkeit.) Die großen Städte hielten sich jetzt schon eine doppelte Garnitur von Juristen und Volkswirten, aber entbehren könne man die Juristen nicht. Der Formalismus sei etwas sehr Notwendiges. Seinem Blodgenossen und Kollegen Fischel wolle er erwidern, dasjenige, was die wirtschaftlichen Interessengruppen an sozialem Empfinden haben, verdanken sie allein ihren Beamten. Reichlich habe man in Berlin den sehr bedauerlichen Beschluß in der Zuwandererfrage gefaßt. In der Kommission habe man zum Zwecke der Verbüßung mit dem Begriff Rückwirkung operiert. Da seien es gerade die sozial gesinnten Juristen gewesen, die sich dagegen wandten. Wenn Fischel sagt, wir haben ein schönes Vorgesetz gemacht, aber das Reichsgericht hat es uns verschlimmert, dann glaube ich, daß sie sich beide in den Ruhm teilen können. (Weiterleit.) Vielleicht wäre das Gesetz auch anders geworden, wenn Sie unsere Gerichte besser gekannt hätten. Wir sollten uns freuen, daß es Berufe gibt, in denen tüchtige Leute unterkunft finden, aus welchem Beruf sie auch kommen mögen. (Beifall.) Prof. Knapp-Strasbourg: Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil hier auf einen Punkt bisher nicht hingewiesen ist. Ich bin seit 1872 Mitglied und spreche heute zum ersten Male. (Weiterleit.) Ich wolle darauf hinweisen, daß der Hauptwert der Univeritätsbildung in der wissenschaftlichen Durchbildung, in der Heranbildung des logischen Denkvermögens liegt. Glauben Sie nicht, daß man nur dazu Jurisprudenz studiert, um zu wissen, was im Bürgerlichen Gesetzbuch steht. Die Verbindung der Rationalökonomie mit der Jurisprudenz ist notwendig, sonst bilden wir nur hülsenlose Praktiker heraus. Dr. Soetbeer, Generalsekretär des Deutschen Handelsvereins, spricht aus einer 20jährigen volkswirtschaftlichen Beamtenpraxis heraus in demselben Sinne wie der Vortredner. Prof. Dr. v. Halle-Berlin gibt die Ergebnisse der vom Deutschen volkswirtschaftlichen Verband in dieser Frage erhobenen Umfrage bekannt. Er tadelt, daß die Beamten der Arbeiterverbände die Anfrage nicht beantwortet hätten. Die Herren Legien und Wolfenbutter hätten sich nicht einmal die Mühe genommen, zu antworten. Sie seien wohl der Meinung, daß sie hier nichts zu lernen hätten, und daß das Trifolium, das jetzt die Kurse für Arbeiterbeamte in Berlin abhalte, Franz Mehring, Rosa Luxemburg und Stadthagen, die geeignetste Instanz für die Ausbildung sei.

Der Redner behauert weiter, daß man sich bei der Umfrage nicht an die Arbeitgeber und Verbände, wie wirtschaftliche Kartelle gewandt habe. — In der weiteren Debatte nahm noch das Wort Geheimrat Professor Dr. Adolf Wagner-Berlin: Den Wert der juristischen Ausbildung schätze er so hoch, daß er meine, daß sie beim Rationalökonomien stärker als bisher betont werden müsse. In der formal-juristischen Ausbildung haben wir eine logische Schulung, die ganz unentbehrlich ist. Bedauerlich ist, daß die historische Richtung in der Rationalökonomie heute darauf zu wenig Rücksicht nimmt. Einige Gebiete könnten bei der juristischen Ausbildung ausbleiben, aber die künftige praktische Rationalökonomie könne die Kenntnis der rechtlichen Grundlage nicht entbehren. Die Folge des Fehlens einer formal-juristischen Bildung sei, daß die Gesetze, die unsere Parlamente schaffen, häufig so schlecht ausfallen. Aufgabe der akademischen Lehrer wird es sein, auf eine Reform des Examen hinzuwirken. Es muß auch gesagt werden, daß die allgemeine Ausbildung der preussischen Beamten nicht genüge. Es ist eigentlich unerhört, wie in dem führenden deutschen Staate die theoretische Ausbildung der Beamten vernachlässigt wird. Sie steht weit zurück hinter fast allen größeren deutschen Staaten. Die Ausbildung in dieser Richtung ist eine weit vielfältigere. Bei uns wird zu wenig verlangt, namentlich heute, wo die Arbeiterklasse nicht selten so bedeutend juristische Aufgaben stellt, muß weit mehr gefordert. (Vehementer Beifall.) Ich glaube, daß diese beiden Referate uns ganz vortreffliche Grundlagen geben. Lehrpläne brauchen wir nicht auszuarbeiten, aber die Anregungen können wir dankbar anerkennen. (Vehementer Beifall.) Es sprechen noch Prof. Rosin-Freiburg, Prof. Walld-Berlin und eine Reihe von Beamten volkswirtschaftlicher Vereine. Prof. Harff-Jena weist darauf hin, daß auch die Verwaltungsbeamten redaktionell ausgebildet sein müssen. Manche Beamte könnten nicht einmal den Kurszettel einer Handelszeitung lesen. Generalsekretär Krüger-Berlin hält für nötig, daß auf den Gymnasien etwas mehr volkswirtschaftliche Unterweisung stattfinde. Es sei eine kaum glaubliche Tatsache, daß in Berlin von 15 Abiturienten nur 5 den Unterschied zwischen Reichstag und Abgeordnetenhaus kannten. (Weiterleit.) Generalsekretär Hartmann vom Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter verweist darauf, daß es Arbeiter gebe, die befähigt seien, denen aber die Mittel fehlten, sich akademisch auszubilden. Diesen solle man nicht die Möglichkeit entziehen, Verwaltungsstellen im Arbeiterversicherungswesen zu bekleiden. Auch Georg Bernhard-Berlin ließ durch folgende Darlegungen seine Licht leuchten: Obwohl er nicht mehr der sozialdemokratischen Partei angehöre, halte er sich für verpflichtet, Wolfenbutter gegenüber den Angriffen des Professor Halle in Schutz zu nehmen; wenn keine Antwort gegeben worden sei auf diese Frage, so liege das daran, daß die Arbeiterbewegung kein Interesse daran habe. Die Arbeiter hätten ihre eigene Schule in Berlin, an der Bernheim, Calwer und er, Redner, obwohl nicht mehr zur Partei gehörig, Lehrer seien. Das sei ein Beweis, daß das von Halle erwähnte Trifolium nichts zu sagen habe. Ein Wunsch wurde nicht geäußert. Auf der heutigen Tagesordnung steht das Thema: „Verfassungs- und Verwaltungsorganisation der Städte“, über das in erster Linie Geh. Justizrat Prof. Dr. Loening-Halle sprechen wird.

Ein etwas weniger hohes Niveau als der Verein für Sozialpolitik in dieser Diskussion zeigte, hätten wir nach den früheren verdienstvollen Arbeiten einiger seiner Mitglieder denn doch erwartet. Das Verdienstvolle, was der Verein tat, war die Unterlassung eines Beschlusses durch eine Versammlung, deren Redner offenbar, wie hoch sie von sich denken und wie wenig sie ein Recht hierzu haben.

Erwiderung.

Auf den Artikel „Davids Revision der Kolonialbeschlüsse“ brauchte ich kein Wort zu erwidern, wenn der „Vorwärts“ meinen Artikel über das „Ergebnis der Kolonialdebatte“, gegen den sich jene Auslassungen wenden, zunächst abgedruckt hätte. Die Leser wären dann in der Lage, sich ein selbständiges Urteil über meine angeblich „vom Standpunkt der Partei abweichende Ansicht“ zu bilden und ich brauchte nicht zu fürchten, daß sie die schiefe und irreführende Darstellung, die der „Vorwärts“ vom Inhalt meines Artikels gibt, für bare Münze nähmen.

Es ist mir gar nicht eingefallen, „eine prinzipielle Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik“ auszusprechen. Der kapitalistischen Kolonialpolitik gegenüber vertritt mein Artikel vielmehr genau denselben ablehnenden Standpunkt, den ich in Stuttgart, in Essen und überall vertreten habe. Die Jitterung der Rainzer, Amsterdamer und Pariser Kolonialresolutions gegen mich ist darum vollkommen sinnlos. Warum es sich im ersten Teil meines Artikels dreht, ist die prinzipielle Anerkennung einer sozialistischen Kolonialpolitik. Ich stelle dort die Weibelsche Reichstagsklärung, den Passus betr. Kolonialpolitik aus dem Wahlauftrag der Reichstagsfraktion und den Stuttgarter Delegationsantrag nebeneinander und behaupte, daß sich jene drei Fassungen dem Sinne nach vollkommen decken. Als die in allen Fassungen gleichermaßen enthaltenen Grundgedanken bezeichne ich folgende:

1. Die Sozialdemokratie anerkennt die Notwendigkeit, die Naturkräfte aller Länder zu heben und zu entfalten.
2. Die Sozialdemokratie betrachtet es als eine zivilisatorische Pflicht der Kulturvölker, die Eingeborenen unentwickelter Gebiete zu Kulturmenschen zu erziehen.
3. Die Sozialdemokratie verwirft darum nicht prinzipiell jede Kolonialpolitik; sondern sie stellt der kapitalistischen, aus gewinnfüchtigen Motiven und mit brutalen Gewaltmitteln betriebenen Kolonialpolitik eine sozialistische Kolonialpolitik gegenüber, die jene Kulturmission mit humanen Mitteln zu betreiben hat.

Gegen diese Thesen, in denen ich unsere positive Stellungnahme zum kolonialen Problem umschrieben finde, müßte der „Vorwärts“ polemisieren, wollte er eine sachliche Kritik üben. Er erwähnt diese in meinem Artikel sehr markant herausgehobene prinzipielle Präzisierung nicht einmal, geschweige denn, daß er den Versuch machte, sie sachlich zu widerlegen. Statt dessen spricht er um meinen Artikel herum und sucht mich in Gegensatz zu der Weibelschen Erklärung — aus der ich doch zu allererst die Anregung zu dem Stuttgarter Antrag entnommen habe — zu bringen.

Was weiter den zweiten Teil meines Artikels betrifft, so stelle ich dort die Frage, ob die „Abkündigung der Kolonien“ — was im internationalen Sinne nur heißen kann: plötzliche Zurückziehung der Verwaltungs- und Rechtsbeziehungen der Mutterländer aus den kolonialen Gebieten mit halbwilliger Bevölkerung — eine von uns zu erhebende Forderung sei. Ich beantworte diese Frage mit Nein. Der „Vorwärts“ verschweigt die Begründung dafür.

Statt dessen erklärt er, die Sozialdemokratie fordere „die Befreiung der kapitalistischen Kolonialpolitik“, sie wolle „durch ihren prinzipiellen Kampf der Kolonialpolitik so rasch als möglich den Voraus machen“. Dunkel ist der Rede Sinn. Soll das heißen, wir erheben die „Abkündigung der Kolonien“, in dem oben erwähnten internationalen Sinn, als Forderung an den Gegenwartsstaat? Dann soll das der „Vorwärts“ klar aussprechen, und wir werden darüber zu diskutieren haben. Oder soll es nur heißen, wir verlangen, daß die Behandlung der Eingeborenen und die ganze Kolonisationsmethode in unserem Sinne humanisiert werde? Dann sind wir alle einverstanden.

Als Ziel einer solchen kolonialen Humanisierungspolitik bezeichne ich die Emanzipation der Kolonien. Sie kann nicht durch einen Sprung, sondern nur durch schrittweise Selbstständigkeit erreicht werden. Aus dieser Erwägung heraus sage ich, fordere auch die A. M. S. R. d. A. M. R. Resolution nicht die „Abkündigung der Kolonien“, sondern „für die Eingeborenen das Recht von Freiheit und Selbstständigkeit, das ihre Entwicklung vertragen kann“. Auf welchem Wege aber diese allmähliche Emanzipation zu erstreben sei, das lasse ich am Schlusse meines Artikels in folgenden Worten zusammen:

„Schaffung sicherer Rechtsgarantien für die Eingeborenen, Heraufbildung derselben durch Schulen, durch landwirtschaftliche und gewerbliche Unterweisungsanstalten, Heranziehung derselben zur Rechtspflege, zur Verwaltung und Besetzung, Fortbildung der kolonialen Verfassung bis zur völligen Selbstverwaltung — das sind die Mittel und Wege einer positiven, sozialdemokratischen Kolonialpolitik. In diesem Sinne haben wir unsere hohe Kulturmission den tiefer stehenden Völkern gegenüber zu erfüllen. Und das ist keine bloße Zukunftsaufgabe. Im Interesse der Eingeborenen und des Fortschritts der Gesamtkultur haben wir heute schon nach Möglichkeit unseres Einflusses mit aller Energie eine „sozialistische Kolonialpolitik“ zu betreiben.“

Der „Vorwärts“ wird nun vielleicht einwerfen: Aber das haben wir ja auch seither schon getan und niemand ist dagegen, auch weiterhin in diesem Sinne mit aller Energie zu arbeiten. Das ist auch meine Meinung. Eine Meinungsverschiedenheit über unsere Pflicht, im Interesse der Eingeborenen auch heute schon koloniale Reformforderungen zu erheben, ist nicht vorhanden. Nur hinsichtlich der prinzipiellen Begründung dieser Reformtätigkeit herrschen Meinungsverschiedenheiten respektive Unklarheiten. Diese Unklarheiten aber sind nicht auf meiner Seite.

Eduard David.

Genosse David hätte gewünscht, daß wir seinen ganzen Artikel abgedruckt hätten. Daran hinderte uns schon der Umstand, daß der Raum des „Vorwärts“ auch noch anderen Zwecken zu dienen hat, als dem Austrag von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei. Der „Vorwärts“ hat es trotzdem jederzeit für seine Pflicht gehalten, Ansichten, gegen die er sich wendete, so ausgiebig wie irgend möglich zum Wort kommen zu lassen.

Wenn David aber behauptet, wir hätten seine Ausführungen in irreführender Weise wiedergegeben, so müssen wir dem widersprechen.

David erklärt, es sei ihm gar nicht eingefallen, „eine prinzipielle Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik“ auszusprechen. Er habe nur die prinzipielle Anerkennung einer sozialistischen Kolonialpolitik gefordert. Dabei wiederholt David seine Auffassung, daß die Sozialdemokratie nicht die Abkündigung der kapitalistischen Kolonialpolitik fordern dürfe. Das ist eben die prinzipielle Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik! Denn daß die kapitalistischen Staaten bei allen Erfolgen sozialdemokratischer Reformarbeit keine sozialistische Kolonialpolitik treiben werden, wird ja wohl auch David zugeben!

Kun sucht sich David damit herauszureden, daß seine Anerkennung dieser kapitalistischen Kolonialpolitik insofern doch keine prinzipielle sei, als diese Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik nur eine „Forderung an den Gegenwartsstaat“ sei.

Das von und wiederholt angezogene Beispiel mag ihm die Unhaltbarkeit dieses Scheinarguments beweisen. Wir haben auch für die kapitalistische Gesellschaft ein Gegenwartsprogramm aufgestellt. Aber nirgends in unserem Programm steht, daß wir den Kapitalismus „nicht prinzipiell und für alle Zeiten“ bekämpfen, ein Satz, den David als theoretischen Fundamentalsatz an die Spitze der Stuttgarter Kolonialresolution gestellt haben wollte! Im Gegenteil: unser Programm beginnt mit der prinzipiellen Verwerfung des Kapitalismus!

Und wie der Sozialismus prinzipiell die kapitalistische Produktionsweise verwirft, so verwirft er auch die kapitalistische Kolonialpolitik! Auch bereits für den Gegenwartsstaat! Die von uns gestern zitierten Resolutionen von Mainz, Paris und Amsterdam sollten doch David hinsichtlich darüber aufgeklärt haben! Nur soweit diese prinzipielle Forderung nicht realisierbar ist, ist sie bestrebt, die Defizitlücken der Kolonialpolitik wenigstens nach Möglichkeit zu mildern!

David jedoch steht auf dem Standpunkt, daß die Kolonien nicht nur deshalb nicht aufgegeben werden könnten, weil die Sozialdemokratie dazu einwilligen nicht die politische Macht besitze, sondern auch deshalb nicht, weil die Eingeborenen zunächst noch durch Bevormundung zur Selbstständigkeit erzogen werden müßten. Das ist, sofern Worte überhaupt einen Sinn haben, eine prinzipielle Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik. Und das war zu beweisen.

Die erneute Vorklauberel über die „sozialistische“ Kolonialpolitik im Sinne einer Kolonialpolitik des siegreichen Sozialismus schenken wir dem Genossen David.

Dieser Streit um des Kaisers Bart wäre wirklich Zeitvergeudung.

Parteitag der süddeutschen Volkspartei.

Am Sonnabend ist in Konstanz der Parteitag der Deutschen Volkspartei zusammengetreten. In dieser Partei kämpfen die ehrlichen Demokraten wenigstens noch gegen die Staatsmannsucht ihrer Führer, der Herren Bayer und Haugmann. Herr Bayer redete links und redete rechts. Der Bloß sei zwar, meinte er, an sich den liberalen Herzen zuwider, doch beruhe vorläufig alle Hoffnung der Liberalen auf politischen Fortschritt nur auf diesem Bloß. Eine konservativ-liberale „Paarung“ sei unmöglich, denn es seien zu große prinzipielle Gegensätze vorhanden. Das schließe aber nicht aus, daß man sich, wie auch schon in der Vergangenheit, zur planmäßigen Verfolgung gewisser Ziele vereinigen könne.

Herr Bayer wünscht also für die Schutztruppe des Regierendes abfolutismus, den Bloß, einen neuen Namen. Das Wort „Paarung“ gefällt ihm nicht, aber die Sache will er mitmachen. Jedoch die Hoffnung auf politischen Fortschritt kann Herr Bayer ruhig begraben. Nach dem Parteitag der freimüthigen Volkspartei haben die Junker es wahrlich nicht nötig, die Laubendünste, die ihnen gratis — nein, gegen eine Wörzenreform — angetragen worden sind, noch politisch zu honorieren. Die Herren Fischel, Müller und Konjorten haben ja ausdrücklich erklärt, daß sie die preussische Wählerreform vor allem verfechten wollen gegen ihre — Anhänger, gegen die Sozialdemokratie, beileibe aber nicht gegen ihre Gegner, die Junker und ihre Geschäftsstelle, die preussische Regierung.

Herr Bayer hat gewiß recht, wenn er das preussische Dreiklassenwahlrecht die „schlimmste politische Krankheit Deutschlands“ nennt; aber eben deswegen genügen zur Herstellung der Gesundheit nicht elende Kurpfuschereien, wie sie die Nationalliberalen und Freikonservativen und im Innern ihrer Seele auch die Herren Fischel und Müller wünschen, sondern nur die Radikalheilung: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.

Sehr wenig demokratisch scheint es uns zu sein, wenn Herr Bayer seine optimistische Bloßbeurteilung auf Hoffnungen stützt, die er auf die Krone setzt: „Wälow werde wahrlich nicht so bald zurücktreten, denn die höhere Stelle, die der Reichskanzler mit seiner Verantwortlichkeit bedeckt, habe wohl nicht infolge einer bloßen Augenblickslaute neue Bahnen in der inneren Politik eingeschlagen.“

Das ist echter deutscher Liberalismus! Aller Segen kommt von oben! Die ganze Geschichte des deutschen Liberalismus ist die ewige Enttäuschung dieser Hoffnungen. Nicht von der eigenen Kraft, nicht von der Zusammenfassung aller demokratischen Elemente und dem unablässigen rücksichtslosen Kampf gegen jede Reaktion erwartet man den politischen Fortschritt, sondern die Verschleidenheit soll zur Belohnung von der kaiserlichen Gnade ein paar politische Freiheiten erhalten, etwa wie Kommerzienräde für reichliche Aktienpenden einen Orden.

Herr Bayer kommt wirklich immer mehr auf das Niveau der Fischel und Müller herunter! Aber freilich, worauf soll Herr Bayer denn noch hoffen? Ruß er doch selbst gestehen: „Leider ist es heute noch ganz verfehlt, zu glauben, daß süddeutsches Wesen und demokratischer Geist im Norden maßgebend geworden ist.“ Wenn dem aber so ist, und diesmal hat Herr Bayer sicherlich recht, wozu denn der Bloß?

Es ist nicht nur das Verdienst Herrn Benedeks, diese Frage neu aufgeworfen zu haben, sondern sie auch in richtiger Weise beantwortet zu haben. Benedek meinte, auch er stehe dem Bloß föhlig bis ans Herz hinan gegenüber. Konservativ und Liberal seien unvereinbare Gegensätze wie Feuer und Wasser. Der Bloß sei sicherlich eine vorübergehende Erscheinung, hoffentlich werde er aber rasch vorübergehen. Für die nächste Reichstagsession werde man ja noch abwarten müssen, was der Bloß leiste. Er glaube aber nicht, daß er irgend etwas Befriedigendes und Erfreuliches für die liberale Sache wirken werde. Die angekündigten Reformen seien sämtlich keine rein politischen Fragen. Es seien keine Fragen, in denen man dem Liberalismus entgegenkomme, sondern es seien durchweg nur Staatsnotwendigkeiten, die die Regierung ohnedies auf irgend einem Wege hätte durchführen müssen. Ein wirklicher Fortschritt im freisinnigen Sinne werde auch in Deutschland nur durch die Zusammenfassung aller liberalen und demokratischen Elemente einschließlich der Sozialdemokratie und im Kampfe gegen die Konservativen erreicht werden können.

Deutschland müsse entweder liberal oder reaktionär regiert werden. Der Bloß bedeute zwar die Befreiung vom Zentrumsjoch, aber ihm sei im Herzen ein babilischer Zentrumsmann immer noch lieber als ein konservativer Junker aus Ostpreußen. Die Junker seien die grundsätzlichen, erbittertesten und gefährlichsten Feinde des politischen Fortschritts. Diese paar hundert Familien, die die Linke der Gesetzgebung in der Hand haben, weil sie alle Stellen der Verwaltung besetzen, und die durch die Kamaxilla auch das Ohr des Monarchen hätten, seien die größte Gefahr für Deutschlands politische Zukunft. Die politische Wisere in dem hochentwickeltesten deutschen Volke komme daher, daß es in Deutschland noch nicht wie in Frankreich und England gelungen sei, die Klust zu überbrücken, die zwischen dem bürgerlichen Liberalismus und der Arbeiterdemokratie bestche. Jeder Tag, an dem der Bloß des Fürsten Wälow noch bestche, schiebe die Erreichung dieses besten Zieles länger hinaus und vertiefe die Klust zwischen Demokratie und Liberalismus noch mehr.

Was Herr Benedek mit diesen Worten skizzierte, ist nicht nur christliche Politik, es ist auch die einzig Erfolg versprechende Politik. Aber eben deswegen fürchten wir, daß Herr Benedek innerhalb des bürgerlichen Liberalismus wenig Erfolgsgeschäft finden wird, denn die Herren Fischel und Müller sind zu einer ehrlichen und

energisches Politikkämpfer. Nicht durch die fortwährende Propagierung einer Einigung aller sogenannten „liberalen Elemente“, sondern in der Sammlung der demokratischen Elemente des Bürgertums und ihrem Anschluß an den Kampf der Sozialdemokratie um die demokratische Entwicklung in Deutschland und Preußen liegt die Zukunft der deutschen Demokratie!

Ob diese Entwicklung in Deutschland noch möglich ist, wollen wir nicht entscheiden. Die Erfahrung wird's lehren. Aber für diejenigen, die außerhalb der Sozialdemokratie ein Interesse an der demokratischen Entwicklung haben, für die ist es politische Pflicht, sich dieser Aufgabe zu unterziehen!

Soziales.

Zum Kampf der Hausagrarier gegen Wohnungsfürsorge.

Eine Affäre gegen die Wohnungsfürsorge ritten die hannoverschen Hausagrarier in einer Sitzung der städtischen Kollegien vom 27. September. In Hannover besteht seit gut einem Jahrzehnt eine Wohnungsordnung, die gar nicht den Verfall der Hausbesitzer hat. Sie verhindert diese angenehmen Herrschaften zum Beispiel, sogenannte Wohnungen mit 10-15 Kubikmeter Luftraum pro Kopf des Bewohners (womit nach dem Ergebnis der antilastigen Wohnungsuntersuchung vom Jahre 1904 fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung sich begnügen mußte) weiter zu vermieten und so das gesundheitsliche und städtische Elend dieser Höhlenbewohner in blinkendes Gold umzuwandeln.

Für die armen Hausagrarier legte sich Bürgermeister Dr. Meyer ins Zeug. Die Wohnungsordnung sei gar nicht rechtswirksam. Sie verstoße gegen das Prinzip der — Freizügigkeit, und ähnliche logische Vorurteile führte der Justizrat auf, um die Wohnungsordnung, deren Rechtswirksamkeit ein Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts anerkannt, juristisch totzureden. Der preußische Wohnungsgesetzentwurf, der ja auch Entwürfe geblieben ist, habe die Hauswirte auch milder angefaßt als die kommunale Wohnungsordnung. Damit hat er recht. Jener Entwurf wollte ja auf dem Umwege der Begünstigung des Baues kleiner Wohnungen den Grundbesitzern sogar ein Extrabonifikat zuschanden, und es war nur die blindwütige Borniertheit der Hausagrarier, die sie sogar dieses Gesezes als ein Attentat auf ihr wohlverdienendes Unrecht ablehnen ließ. Der hannoversche Sozialpolitiker Meyer verbißte die Welt zuguterletzt mit der klaffenden Frage: „Wo gehen die Säuglinge besser, in den Säuglingsheimen, die nach allen ärztlichen Vorschriften eingerichtet sind, oder in der Kammer des Arbeiters?“ Und die noch verlässendere Antwort, die er sich gleich selber gab, lautete, die „Vorsehung“ (!) habe es „so gefügt“, daß auch aus den engen Wohnungen und Straßen der Altstadt gesunde Menschen hervorgingen! Wir glauben, selbst die modernen, reaktionär entarteten Kerle, die jemals ihre honorarigen Nasen in die Massenquartiere der Großstadt gesteckt haben, werden über die hausbesitzlichen Ansichten des hannoverschen Juristen die Köpfe schütteln. Selbst im dunkelsten Hannover gibt es kein Wohnungselend! Drohte der hausagrarische Vorkämpfer zum Schluß. Er beantragte, auf die Wohnungen, die bei Inkrafttreten der Wohnungsordnung bereits vorhanden gewesen, deren Bestimmungen nur Anwendung finden zu lassen in Fällen öffentlich-rechtlichen Interesses, und zweitens, die Wohnungsinpektion künftig ausüben zu lassen durch ehrenamtliche „Wohnungspfleger“ und „Wohnungspfegerinnen“; erst wenn Rat, Ermahnung und Belehrung erfolglos waren, solle zwangsweise Abstellung von Mängeln zulässig sein.

Vom Magistratsrat wurde der Justizrat der Hausagrarier eine erfreuliche Abfuhr. Senator Dr. Blathner entgegnete ihm, die „Erdbitterung“ der Hausbesitzer sei erklärlich, wenn sie die Mieter in den eklektesten Quartieren hausen ließen und dann erleben müßten, daß die Stadt nicht dulde und dagegen die nötigen sanitären und baulichen Anordnungen treffe. Gebe es doch Hausbesitzer, die jahrelang ihre Wohnungen immer mehr geteilt hätten, und sei es durch Erweiterungen, nur um mehr Mietsätze herauszuholen, ganz unbelümmert um den gesundheitslichen Schaden des Mieters. Einer habe auf diese Weise 18 Prozent Verzinsung erzielt und vernachlässigt dabei die allerhöchsten Anforderungen! — Stadtdirektor Tramm meinte, die Stadt treffe höchstens der Vorwurf, nicht schon längst gegen das Wohnungselend Schritte unternommen zu haben. In Alt-Hannover hätten in der Tat himmelstreichende Zustände geherrscht (Sie herrschen auch noch; die Wohnungsordnung hat eben nur den Wert eines Palladiums!) Manche Veißer hätten die Mietpreise ständig gesteigert, aber 10-20 Jahre lang nichts für ihren Besitz aufgewandt und ihre Häuser total verkommen lassen. Eine Ansicht, wie die, die allen verfallenen Häusern und Straßen wären ebenso „gesund“, wie die („bessere“) Höhenpollernstraße, sei einfach nicht diskutabel. Der Antrag Meyer wurde vom Magistrat einstimmig, von den Bürgerverordneten bei Stimmengleichheit mit der ausschlaggebenden Stimme des Vorhalters abgelehnt.

Von einer sozialen Vorkämpferin zur Bekämpfung des Wohnungswunders und von dem Bau billiger Wohnungen in städtischer Regie will aber auch der wohnungsfürsorgliche Magistrat nichts wissen. Denn das wäre ja ein „Mittelmittel“, das heißt: es könnte helfen, und alles „Mittel“ ist in Preußen verpönt.

Danziger Kommunalreform.

Die freisinnige Sozialpolitik feierte jüngst im Danziger Stadtparlament eine ihrer glänzendsten Triumphe. Die Kommune Danzig wird vollständig von einem kanonischen und flotten liberalen Bürgertum beherrscht, den Wasserhändler und Badenstrümpfer mit etwas Rationalismus in trauter Harmonie verbunden. Diesem freisinnigen Kommunalschlöbchen ist eine unbedeutende oppositionelle konservernante Gruppe beigefügt. Der Danziger Freisinn hat die uneingeschränkte Gelegenheit, den Beweis für die soziale Vorzuglichkeit des praktischen Liberalismus zu liefern. Die Folge ist, daß die Kommune Danzig in sozialer Rückständigkeit fast unerreichbar dastehet. Einrichtungen, die heute in einer Großstadt zu den unbestrittensten Selbstverständlichkeiten gehören, müssen in Danzig erst durch die Triebkraft der Besätze der konservativen Aufsichtsbehörde durchgeführt werden! Selbst ein städtischer Arbeitsnachweis primitivster Art gelangte erst vor einigen Jahren auf diesem Wege zur Einführung. In Rücksicht auf die Interessen der „liberalen“ privaten Grundeigentümer, wird dort aber Gebude nicht vermittelt. Und selbst den Gastwirtgehilfen wird zum Schutz des Agentenprofitiers der dringend gewünschte portulatische Fahrbeitsnachweis verweigert.

Abgleich das skandalöse Danziger Wohnungselend weltbekannt ist und selbst ein leidenschaftlicher, von seinen Zunftgenossen aber als quersüchtiger Eigenbröckler bemitleideter Kommerzienrat den Rathausbesitzern häufig die entsetzliche Anflage vorbringt, daß die elenden Wohnungszustände in Danzig jährlich 800 Menschenleben mehr als in anderen Großstädten fordern, rührt das kommunale Mandatsternum auch nicht einen Finger für die Armen, die in den skandalösen Wohnhöhlen specklich und moralisch verkommen. Dafür erhöhen aber die sozialliberalen Beherrscher der Kommune den Leiharbeitslohn von 12 auf 18 Proz. Als einzige Wohnungsreform hat liberaler Art wird in Danzig noch, was selbst im gebildeten Lande Preußen wohl ohne Beispiel dastehet, eine Wohnungsteuer erhoben und so der Steuerzuschlag von 190 Proz. auf 214 Proz. erhöht! Das gleichwertige Gegenstück dieser erhabenen Freisinnigkeit zeigt sich ferner in dem zifra 500.000 M. und ähnlichen Liebesgaben, die den betrachteten Spekulanten der famosen „Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke“ — selbstverständlich „auf dem Aar des Vaterlandes und der selbstlosen Arbeiterfreundlichkeit“ — geopfert wurden.

Der leitende Geist dieser vornehmen Kommunalwirtschaft ist der Landtagsabgeordnete Münsterberg, der in der Berliner Junkerkammer sitzende Neben und das an der Prostitution begagnete soziale und politische Unrecht zu halten pflegt. Diesem fährt der weiblichen Freisinn nicht durchsund tollwütig der Stadtwir-

ordnendens-fieher und Landtagsabgeordnete der männlichen Linie, Keruth, zur Seite.

Einen besonders drastischen Beweis für ihren Heferrändigen Gah gegen die bescheidensten sozialen Forderungen lieferte die in Danzig herrschende Freisinnlichkeit am 24. September. Seit etwa einem Jahr ist in Danzig endlich mit Ach und Krach die sonntägliche Geschäftszeit, außer für die großen freisinnigen Handelsproben, deren Ausbeutungsberechtigt fursorglich und unbefähigt blieb, durch Ortsstatut mit wenigen Ausnahmen auf den Sonntag beschränkt. Den Inhabern einiger größeren Konfitürengeschäfte mittel diese Regulierung aber durchaus. Unter Führung eines der ersten Freisinniger, dem Vorkämpfer der freireligiösen Gemeinde, suchten sie den Regierungspräsidenten gegen die Sonntagsruhe scharf zu machen. Sie fielen erfolglos ab, nachdem eine Umfrage unter den vorhandenen 35 Geschäften der Branche keine Mehrheit für die gewünschte Mittagsverkaufszeit ergab. Darauf wurden der Magistrat und die Stadtverordneten neuerdings mit der Zumutung betraut, die kümmerliche Sonntagsruhe wieder umzusetzen. Nur 11, also noch nicht einmal ein volles Drittel der Geschäfte, forderten durch eine Petition auch die Mittagsverkaufszeit von 11½ bis 1½ Uhr. Gegen diese Forderung sprach in der Stadtverordnetenversammlung, außer dem Stadtrat Mayer und dem Bürgermeister kein einziger Freisinniger. Ein Konserverfabrikant betonte, daß nur Profitgier die Triebfeder der Petenten war. Die sozialen Paradedoktrinen der warmherzigsten Volkstreuehmlichkeit, Münsterberg und Keruth, hatten kein Wort zum Schutze der Sonntagsruhe übrig! Mit dem liberalen Zentrumskandidat und dem Gros der Konservativen stimmten dafür aber die Herren Münsterberg und Keruth die Sonntagsruhe nieder. Als die namentliche Abstimmung, weil die Zahl der Freisinnigen, welche aus agitatorischen Gründen sitzen bleiben mußten, doch etwas zu genau bemessen war, nur zur Stimmengleichheit führte, gab Herr Keruth der verhassten Sonntagsruhe mit der ihm als Vorkämpfer zuzurechnenden entscheidenden Doppelstimme endgültig den Todesstoß. Die Interessen der jetzt vom Freisinn besonders lebhaft umwordenen kaufmännischen Angestellten wurden von der Versammlung so hoch eingeschätzt, daß man sie aus lauter Warmherzigkeit überhaupt nicht erwähnte.

So hört der „sozialgetaufte Liberalismus“, dort wo er seine erhabenen Grundsätze praktisch betätigen kann, die Arbeiterschaft darüber auf, daß er nichts anderes als die Klassenpartei des Handels- und Börsenkapitals und damit die unentwegte Schutztruppe des verhassten Mandatsternums und der tollsten Ausbeutung ist.

Wohlfahrteinrichtungen.

Eine prinzipielle Entscheidung traf gestern das Gewerbegericht in Vorbes, indem es die Eisenhütte Phönix verurteilte, zwei Drittel der zu der Pensionklasse gezahlten Beiträge einem ausgeschiedenen Arbeiter zu erheben. Das eine Drittel ist für die Verwaltungskosten in Bezug gebracht. Die Verhältnisse liegen hier gleich wie bei der Firma Krupp. Das Gewerbegericht in Reimsheim hat bekanntlich die Pensionklasse für ersatzpflichtig erklärt, das Gewerbegericht in Essen jede Entschädigung abgelehnt.

Aus Industrie und Handel.

Bereinigtes König- und Laurahütte.

Das mit 27 Millionen Mark Aktienkapital arbeitende Unternehmen erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 8.878.547 M. Die Abschreibungen wurden auf 4.700.839 M. bemessen; die Dividende beträgt 14 Proz. In den letzten 10 Jahren mußten sich die Aktionäre mit folgenden Entbrenungsdividenden begnügen:

	Proz.		Proz.
1897/98	13½	1902/03	11
1898/99	15	1903/04	11
1899/00	16	1904/05	10
1900/01	14	1905/06	12
1901/02	10	1906/07	14

Die Gesamtsumme der in den aufgeführten 10 Jahren gezahlten Dividenden beträgt 33.615.000 Mark, die Abschreibungen in derselben Zeit belaufen sich auf 37½ Millionen Mark. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stellt sich im Jahresdurchschnitt auf rund 20.000 Mann. Da in den 10 Jahren rund 78 Millionen Mark Ueberflus herausgewirtschaftet wurden, entfällt auf den Kopf der Arbeiter pro Jahr ein Ueberflus von 390 M. Jedenfalls ein ganz anständiger Durchschnitt.

Preisermäßigung für Halbzeug. Daß die Lage auf dem internationalen Eisenmarkt abgesehen hat und mit weiterer Abminderung gerechnet wird, ist nach der Haltung des deutschen Stahlverbandes nicht anzunehmen. Anders fällt das Urteil aus, wenn man das Vorgehen des belgischen Verbandes würdigt. Wie gemeldet wird, hat der belgische Stahlverband am 30. September folgende Preisermäßigungen vorgenommen: für Barren von 115 auf 110 Fr., für Ruppen von 127 auf 120 Fr., für Knäuel von 135 auf 127,50 Fr.; die Preise für Träger blieben unverändert 167,50 Fr. — Da der deutsche Verband am 10. Oktober eine Sitzung abhält, dürfte er sich angesichts der vorstehenden Meldung doch wohl dazu entschließen, die bisher abgelehnten Ausfuhrvergütungen zu genehmigen.

Der Handelsverkehr der Schweiz. Soeben gelangt der vom Vortrat der schweizerischen Handels- und Industrieverein erlatete Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1906 zur Veröffentlichung. Danach betrug der Gesamtexport im genannten Jahre 2543,9 Millionen Frank, hat sich mithin gegen das Vorjahr um 104,7 Millionen Frank — 4,1 Proz. gehoben. Die Einfuhr wies mit 1469,1 Millionen Frank einen Zuwachs von 89,2 Millionen Frank — 6,5 Proz. auf, die Ausfuhr mit 1074,8 Millionen Frank eine Zunahme von 105,5 Millionen Frank — 10,8 Proz. Den wesentlichsten Anteil an dem schweizerischen Handel nahm Deutschland mit 756,4 Millionen Frank — 30 Proz. des Gesamthandels. Dieser Anteil hat sich seit dem Vorjahre noch vergrößert. 1905 betrug der Gesamtexport der Schweiz nach Deutschland nur 672,8 Millionen Frank — 28,6 Proz. des schweizerischen Gesamtexports. Gegen 1905 hat er sich um 83,6 Millionen Frank gehoben, d. h. 12,4 Proz. Dabei hatte die deutsche Einfuhr nach der Schweiz von 440,8 Millionen Frank auf 479,5, also um 38,7 Millionen Frank — 8,8 Proz. zugenommen, die Ausfuhr von der Schweiz nach Deutschland von 229 Millionen Frank auf 276,9 Millionen Frank. Das macht eine Steigerung um 44,9 Millionen Frank gleich 19,4 Proz. Nichts Deutschland ist Frankreich am Handel mit der Schweiz mit 890,9 Millionen Frank am stärksten beteiligt. Sein Handel ist insgesamt etwas zurückgegangen gegen das Vorjahr, weil die Einfuhr nach Frankreich aus der Schweiz um 10 Millionen nachgelassen hat. In weiterer Reihe folgen dann Großbritannien und Irland mit einem Gesamtexport von 261,8 Millionen Frank, Italien mit 247,3 Millionen Frank, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 195,2 Millionen Frank, Oesterreich-Ungarn mit 155,5 Millionen Frank, Rußland mit 104,2 Millionen Frank usw. Der Handelsverkehr mit den vier Grenzländern der Schweiz umfaßte über zwei Drittel des Gesamthandels.

Aus der Frauenbewegung.

„Die Arbeiterin“.

Als offizielles Organ der Nationalföderation der englischen Arbeiterinnen ist die erste Nummer dieser Zeitung erschienen. Die „Arbeiterin“ soll dazu dienen, Einigkeit zu predigen, die Arbeitsverhältnisse zu verbessern und alle Fragen zur Diskussion zu stellen. Die Bezug auf die Interessen und die Wohlfahrt der Frauen haben. Die erste Nummer enthält einen Artikel von Sir Charles Dillie, eine biographische Skizze von Gertrud Lawdell, eine kurze

Erzählung, Gedichte, Gewerkschaftsnachrichten und einen Artikel der Herausgeberin Miss Mary Macarthur, in dem sie unter anderem sagt:

Seid Ihr außerhalb der Organisation, tretet ein; dies ist Eure Pflicht gegen Euch und die anderen. Warte nicht und bist Du erst Mitglied, ruhe nicht eher, als bis alle Eure Kameraden und alle Eure Bekannten, die für Lohn arbeiten Eurem Beispiel folgen und ebenfalls eintreten. Ich lege hauptsächlich allen Indifferenten diese Mahnung ans Herz, denn kürzlich fragte ich einen Mann, der sich als Sozialist ausgab, welcher Gewerkschaft er angehört, worauf er erwiderte — keiner!

Der ersten Nummer liegt eine Reproduktion des Bildes „Heilige Muttergottes“ bei, das im letzten März für die Heimarbeitersammlung in Chicago gemalt war, im Auftrage der Frauengewerkschaftliga von Amerika. Eine Frau, in Lumpen gefüllt, sitzt an einer Nähmaschine, ein Kind an der Brust. Zwei andere, schmucklose, hallbarmte, abgehärmte Kinder, denen das Zeichen der Armut und des Elends auf die Stirn geschrieben ist, spielen daneben. Sie ist eine verheiratete Frau und hat ihren Eherring noch auf dem Finger. — Das ist eine der Heimstätten, die wir ausrotten wollen. Das Bild, obwohl grausam naturgetreu, übertrifft jedoch nicht im geringsten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Niddorf, Mittwoch, den 2. Oktober: Generalversammlung. Vortrag. Genosse Störmer: „Einige Abrisse aus der Entwicklungsgeschichte“. Meinkenborg-Pl. Mittwoch, den 2. Oktober, 8¼ Uhr, bei Gröndler, Doppestr. 24: Generalversammlung. Neuwahl des Gesamtvorstandes.

Versammlungen.

Die in Brauereien beschäftigten Maler und Anstreicher hatten am Donnerstag eine Versammlung, die von der Ortsverwaltung des Malerverbandes einberufen war. Der Tarifvertrag in den Brauereien und unsere Stellung dazu, so lautete das Thema, über das Reich referierte. An der Tarifbewegung der Brauereiarbeiter Anfang des Jahres hatten auch die Maler teilgenommen. Die Organisation der Maler trat aber zurück bezw. versagte die Unterstützung, weil es in langen Verhandlungen nicht gelungen war, die Forderungen der Maler durchzusetzen. Man konnte es nicht verantworten, mit einer Korporation einen Tarif abzuschließen, der in den Lohnsätzen erheblich zurückbliebe hinter den mit den Arbeitgebern des Malerberufs iuristisch vereinbarten. Wenn man sich in den Brauereien mit weniger als den Minimallohnen von 65 Pf. für Maler und 60 Pf. für Anstreicher zufrieden geben hätte, würden die Meister Grund zu Vorwürfen haben. Man sei verpflichtet, den im Gewerbe eingeführten Minimallohn auch da durchzuführen, wo er noch nicht bezahlt werde. Daß in den Brauereien besondere Umstände vorlägen, widerlegt Redner in längeren Ausführungen. Er teilt einen Briefwechsel zwischen der Ortsverwaltung und dem Syndikus des Vereines der Brauereien mit, woraus hervorgeht, daß die Brauereien dabei blieben, nicht mehr zu bewilligen, als sie erst zugestanden hatten. Daß seitens der Organisation inzwischen nichts geschehen sei zur Durchführung der Forderungen der Maler in den Brauereien, erklärt Redner aus der Situation. Man wolle das auf eine günstigere Zeit verschieben. Als solche sei der Herbst auch nicht anzusehen, wegen der bevorstehenden Konjunkturveränderung im Malerberuf. Anfang März oder Ende Februar erscheine als der günstigste Zeitpunkt, die Forderungen durchzusetzen. Bis dahin müsse tüchtige Organisationsarbeit geleistet werden. Ein Teil der Kollegen sei in der Sektion II des Brauereiarbeiterverbandes organisiert, was im Interesse der Einheitsfront nicht gut sei. Indessen hoffe man, daß im Falle eines Kampfes die Kollegen der Sektion II sich den Beschlüssen des Malerverbandes anschließen würden. Die Nichtorganisierten seien dem Malerverbande zuzuführen. Betriebsstörungen, wo die Kollegen ihre Verbandsbücher vorweisen, müßten regelmäßig stattfinden, und die Maler jedes Brauereibetriebes hätten einen Vertrauensmann zu wählen, der im Februar etwa der Ortsverwaltung über die Organisationsverhältnisse usw. zu berichten hätte. Wenn jeder seine Schuldigkeit tue, werde im Frühjahr der Versuch gewagt werden können, die tarifmäßige Sache auch in den Brauereien durchzuführen. — Die folgende Diskussion ergab die Uebereinstimmung der Versammlung mit dem entworfenen Programm.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist Jorden das 52. Heft des 25. Bandes erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Romdiele von Nordern. — Der Essener Parteitag. Von R. Kantel. — Der Marxismus und die neueste Revolution in den Naturwissenschaften. Von Josef Diner-Dones. — Die Weltanschauung. Von Dr. Siegfried. — Das Wesen der Religion. Von Ant. Vornel. — Literarische Rundschau: Karl Volto, Soziale Klippen. Von R. Göttsch.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Programmumheben jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und Jorden Nr. 20 des 17. Jahrganges erschienen. Sie hat folgenden Inhalt: Aufsatz an die Parteigenossen des Reiches zum zweiten preussischen Parteitag. — Aufsatz an die Genossinnen Deutschlands zur außerordentlichen Frauenkonferenz. — Der Parteitag zu Essen. — Weltliche Gewerkschaft in Sachsen. Von E. N. — Ein landwirtschaftliches Kulturbild. Von W. D. — Von der Hamburger Dienstbotenbewegung. Von Helene Koll. — Beschlässe des Parteitages zu Essen. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Mitarbeit der Frauen am Parteitag. — Ernstes und Heiteres vom Kampfe zwischen den „Roten“ und „Schwarzen“ in Bayern. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der rheinischen Textilindustrie. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Verlebensbes. — Familienrat. — Sturmgebunden. Von Franz Diederich. (Gedicht). — Welche Altern. Von Clara Bohm-Schub. — Schmeide. Von Franz Diederich. (Gedicht). — Das Signal. Von B. R. Garsch.

Für unsere Kinder: Herausg. von Robert Reim. (Gedicht). — Von kleinen Leben. Von A. Hendrich. — Der Uhornbaum. Ein Märchen aus Amerika. Von Debe. — O Lieb, so lang du leben kannst! Von Ferdinand Freiligrath. (Gedicht). — Die Winden. Von Heinrich Scharrelmann. — Das verlorene Nickerl. Von Hans Gieseler. — Der Schneiberjung von Krippelich. Von August Kopisch. — Die drei Schweigern. Von Robert Reim. (Schluß). — Der Kapitän. Von Jakob Loewendeg. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 65 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom „Wahren Jakob“ ist und Jorden die 20. Nummer des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden folgenden Bilder: „Was der Partismus erholt“ und „Das verhasste Rot“, sowie die weiteren Illustrationen „Der Lohn der guten Tat“, „Mit Vollbambus voraus!“, „Der Agrarier“, „Rach der Monarchenbewegung“, „Welpenbau“, „Der Zuluskrieger“, „Fahrendes Volk“, „Das Zentrum und der National“, „Aus dem preussischen Hundeleben“, „Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Karlova“, „Preussischer Wahlrechtskampf“, „Die päpstliche Garde“, „Das Weißwollener Mädchen“, „Die Luststunde“, „Die Enten“, von Paul Ueberling, „Winternelle“, von Clara Bohm, „Leuchtendes Beispiel“, „Der Planet“, „Berlone Liebesmühle“, „Die unterirdische Stadt“, von Max Ueberling (Illustriert) und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons „Briefe von der Reise Dornburg“, „Ueber das Leben“ von Anton Hendrich, „Das Nickerl“ (Illustriert) und die Fortsetzung der Abhandlung „Jur Geschichte der Samarra“ von Wilhelm Bloß. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

„Elektron“, Zeitschrift für die Fortschritte der elektrischen Praxis, herausgegeben von Dipl.-Ing. B. Dammann. Erscheint vom 1. Oktober ab in Carl Neumanns Verlag, Berlin W. 8.

Reichlings Berliner Verkehr. Wissenschaften-Rudbuch (Einfacher Planer) Verkehrsmittel. Winterausgabe, 40 Pf. — Reichlings Reichsbuch von Berlin. Kleine Ausgabe 20 Pf., Große Ausgabe 30 Pf.) Verlag A. Reichling, Berlin, Kleinendammstr. 24.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Von Dienstag
den 1. Oktob.
bis
Sonntag
den 5. Oktob.



Glockenform m. Fanne-Hinfaß. 5.65
Elaass-Schleifen-Garnitur



Glockenform m. voller Garnitur. 4.85
Fose und Agraffe



Glockenform mit moderner
changeant. Rosetten- u. Fose-Garnitur 9.85



Neueste Glockenform aus
Fanne mit Taffet-Unterrand, chiker
Seiden-Garnitur und Agraffe 14.25

- Moderne Fantasie-Feder (Perlhuhn-Imitation) 45 Pf.
- Marabout-Imitation weiss oder naturfarbig 65 Pf.
- Straussfeder-Fantasie schwarz, weiss und viele 75 Pf.
moderne Farben
- Hahnenschlappen in 3 Grössen, be- 60, 85, 95 Pf.
liebteste Garnitur
- Eleganter Flügel steilig in schattierten Farben 58 Pf.
- Rosen-Piqué 3 teilig, Seide und Sammet in feinen Farben 42 Pf.
- Elegante Rose mit Laub verbunden in aparte Farben 70 Pf.
- Rosen-Piqué grosse Rose m. Knoepe in den mod. Farben 95 Pf.
- Voller Feder-Pompon in allen modernen Farben 75 Pf.
- Mod. Fantasie-Gestecke 85, 1.25 1.65 1.95
in reicher Ausführung, viele Farben

- Ein Posten eleganter Jabots im Karton 95 Pf.
- Spitzen-Aermel aparte Ausführung 75, 95 Pf.

- Mod. Blusen-Garnituren
aus plissiertem Batist, reich mit 48, 75, 1.35, 1.75
Valencienne-Spitzen garniert

- Spitzen-Träger neueste Taillengarnierung 68, 1.25, 2.45
elegante Ausführung

- Plissierte Bäffchen
aus Batist od. Japon m. weiss od. farbig verziert. Krage 48, 75, 95 Pf.

- Ein Posten Taffelband
Reine Seide, in grossem Farbensortiment, ca. 11 cm breit, Meter 42 Pf.

- Ein Posten Taffet-changeant-Band
ca. 12 cm breit, Meter 48 Pf.

- Garnier-Schleier mit Bordüre in elegant. Ausführung, 95 Pf.
viele Farben, ca. 140 cm lang

- Marabout-Stola imitiert, 3 teilig, naturfarbig 3.95

- Marabout-Stola imitiert, 4 teilig, naturfarbig oder braun 6.75



Capelin-Form mit voller plis-
sierter Taffetrüsche und 2 langen
Strausfedern 13.75



Capelin-Form mit Hinfaßung,
sehr reicher Taffet- und Fantasie-
garnitur 12.50



Capelin-Form mit Taffet-Hin-
fassung, reicher Stoff und Hahn-
schlappen-Garnitur 9.50

Ein Posten Fantasie-Flügel
hervorrag. preisw. in
viel. Farb. 28, 45, 65, 85 Pf.

Ein Posten Straussfedern
nur in schwarz, ca. 35 cm lang
ganz besonders preiswert 1.95

- Damen-Gürtel aus geripptem Gummiband in ver- 48 Pf.
schiedenen Farben ca. 6 cm breit

- Sammet-Gürtel reich pointiert, ca. 6 cm breit, 90 Pf.
in modernen Farben

- Eleg. Damen-Gürtel in japanischen Mustern 1.45
mit Lederumfassung und
lederüberz. Schnalle

Straussfeder-Stola
dreiteilig, in verschiedenen 7.90
Farben

Straussfeder-Boa
volle, schöne Qualität, in di- 8.50
versen Farben

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

(Telegraphischer Bericht.)

Wien, den 30. September.

In dem neu erbauten prächtigen Arbeiterheim in Ottakring ist heute der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zusammengetreten. Anwesend sind 207 Delegierte. Der letzte Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie rief im Oktober 1905 die Vertrauensmänner des österreichischen Proletariats in Wien zusammen. Die gewaltigen Kämpfe um die Wahlreform nahmen die Kräfte auch der deutschen Partei so ausschließlich in Anspruch, daß es im Jahre 1906 nicht möglich war, den deutschen Parteitag einzuberufen. An seiner Stelle fand am 27. und 28. Januar 1907 eine Reichskonferenz statt, die die organisatorischen Vorbereitungen für den Wahlkampf traf.

In der Vorbesprechung, die dem Parteitage am Sonntag, Abend vorausging, wurde als Tagesordnung festgesetzt:

1. Bericht der Parteileitung. Berichterstatter Parteileitung, Staret und Parteikassierer Ellenbogen.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter E. Rieger.
4. Das neue Organisationsstatut der Partei.
5. Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie im Parlament. Berichterstatter Dr. Viktor Adler.
6. Die Wohnungsfrage. Berichterstatter Leop. Binarsky.
7. Die Wahl der Parteileitung.
8. Der Stand der Parteipresse.
9. Das Wahlrecht für die Landtage und die Gemeindevertretung.
10. Der Kampf gegen die Lebensmittelverleuerung. Referent Dr. Karpelès-Wien.

Die Versammlungen des Parteitages sind wie immer auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes einberufen. (Persönliche Einladung, so daß eine polizeiliche Überwachung wegfällt.) Dem Parteitage liegen eingehende Berichte der Fraktion und der Parteileitung vor. Der

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit

des sozialdemokratischen Verbandes umfaßt einen Zeitraum von rund drei Jahren, vom Herbst 1904 bis Sommer 1907. Am Ende dieser Zeitspanne steht noch das Privilegienparlament, am Ende das Parlament des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Diese Gegenüberstellung zeigt am deutlichsten den gewaltigen Schritt nach vorwärts, der sich in der inneren Politik Oesterreichs vollzogen hat. Im Herbst 1904 stürzte der Minister Rieder, an seine Stelle trat Gautsch. Unter ihm brach im September 1906 das Stürmgewitter der russischen Revolution aus. Der 28. November dieses Jahres bleibt für die Geschichte Oesterreichs und der österreichischen Arbeiterbewegung für alle Zeiten denkwürdig. An diesem Tage bekannte sich die Regierung des Herrn v. Gautsch im Parlament zum allgemeinen Wahlrecht, und während Herr v. Gautsch im Sitzungssaal dieses Parlamentes zur Verurteilung ablegte und für Februar 1906 eine Wahlrechtsreformvorlage ankündigte, feierten in allen Industriesteilen Oesterreichs die Arbeiter und auch das Proletariat Wiens — eine vierstellte Million Köpfe — im endlosen Zuge ernst und schweigend am Parlamentsgebäude vorbei. So begann unter dem Eindruck der Siegesnachrichten der russischen Revolution der heroische Wahlrechtskampf der österreichischen Arbeiter. Am 23. Februar 1906 erschien die Wahlrechtsreformvorlage. Sofort setzten die Intrigen der gehässigen Feinde der Wahlreform, besonders der polnischen Schlachta, gegen v. Gautsch ein, und am 2. Mai mußte er seine Demission nehmen. Es kam das kurze Zwischenspiel des Ministeriums Hohenlohe, das einer Intrige der magyarischen Adelsclique erlag und im Juni dem Ministerium Wed Platz machen mußte. Diefem Ministerium war es beschieden, die Wahlrechtsreform durchzuführen. Die neue Regierung, die noch heute am Ruder ist, war ein zur Hälfte parlamentarischer Ministerium, die parlamentarische Regierung erschien als Vorwand des gleichen Stimmrechts. Trotz allem wurde im Wahlrechtsauschuss des Abgeordnetenhauses kostbare Zeit vergeudet. Zweieinhalb Monate wurde im Ausschuss geredet, ohne daß es auch nur zu einer einzigen Abstimmung gekommen wäre. Die Obstruktion der Wahlrechtsfeinde sollte das Reformwerk töten. Freiere v. Wed hielt sein Wort. Aber ob es ihm möglich gewesen wäre, das Werk zu vollenden, wenn die Arbeiterschaft mit verschränkten Armen dem Treiben der offenen und verdeckten Gegner der Reform zugesehen hätte, ist mehr als zweifelhaft. Die Arbeiterklasse holte zum entscheidenden Schlag aus. Die Gesamtkomitee der Partei kündigte an, daß, falls im Wahlrechtsauschuss die Verschleppung fortgesetzt werden sollte, in Wien als letztes Warnungssignal eine dreitägige Arbeitsruhe einträte. Die Entschlossenheit der Arbeiter blieb nicht ohne Eindruck. Der Wahlrechtsauschuss fing zu arbeiten an, langsam und widerwillig zwar, aber es ging doch vorwärts. Das Ende des Jahres 1906 brachte dann den großen und endgültigen Sieg der Wahlreform. Am 1. Dezember 1906 triumphierte das allgemeine Wahlrecht, am 28. Januar 1907 fand die letzte Sitzung des Privilegienparlamentes statt, und am 17. Juni begann die erste Session des Parlamentes des allgemeinen Wahlrechts. Der erste Sessionabschnitt, der bis zum 24. Juli reichte, war fast ausschließlich von politischen Debatten erfüllt. Die Wahlregelung von Staatsbeamten, die deshalb erfolgte war, weil sie für den Reichsrat kandidiert hatten, die trassen Wahlminderbrüche in Galizien und die Frage des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die Landtage bildeten außer der Erledigung des Budgetprovisoriums den politischen Beratungsstoff.

Der Bericht der Parteileitung

gibt zunächst gleichfalls eine Uebersicht über die Wahlrechtsbewegung. Mit besonderer Genugtuung hebt er die volle Einmütigkeit zwischen politischer Partei und Gewerkschaften hervor, die sich im Wahlrechtskampf gezeigt habe; die Lokalkomitees, die den Massenstreik vorbereiteten, wurden überall von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gewählt. In Wien, das dazu am besten war, den ersten Schlag zu tun, wurden alle Einzelheiten, Brände für Brände, sorgfältig beraten. Nur, die großen Aktionen während des Wahlrechtskampfes wurden von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam geleitet. Im Wahlkampf haben die gewerkschaftlichen Organisationen ihre volle Schuldigkeit getan. Andererseits hat der politische Kampf die Massen des arbeitenden Volkes aus träger Ruhe aufgerüttelt und dadurch die gewerkschaftliche Bewegung erheblich gestärkt. So fällt das Wachstum der politischen Macht der Arbeiterklasse zusammen mit dem Erstarken ihrer gewerkschaftlichen Organisationen.

Als der Wahlrechtskampf siegreich beendet war, stürzten sich die Genossen mit Feuerzifer in den Wahlkampf. In allen deutschen Wahlbezirken, außer in zwei tiroler Landgemeinden, in denen keine organisierten Genossen leben, wurden Kandidaten aufgestellt. Der Wahlkampf wurde dazu benutzt, um das ganze Programm der Arbeitermassen zu enthüllen. Keine Forderung des Parteiprogramms blieb in diesem Wahlkampf unberührt. So konnte das große Wert der Erziehung der proletarischen Massen zum Massenbewußtsein, zu sozialistischer Erkenntnis und zu sozialistischem Willen im Wahlkampf wirksam gefördert werden. Während der Wahlbewegung wurden im Auftrage des Zentralwahlkomitees in Wien Flugblätter in einer Auflage von 200 000 Exemplaren gedruckt und im ganzen Reiche verbreitet. Weit größer war die Auflage der von den einzelnen Wahlkreisorganisationen herausgegebenen Flug-

blätter. Das Wahlergebnis zeigte, daß sich die industrielle Arbeiterschaft im ganzen Reiche fruchtig zur Sozialdemokratie bekann, daß breite Schichten der Angestellten und der öffentlichen Beamten sich ihr angeschlossen haben und daß der Sozialismus sich auch bereits den Weg zu Tausenden von Landarbeitern, Kleindauern und Häuslern zu bahnen gewußt hat. Auch in einzelnen Schichten des vom Kapitalismus abhängigen Kleinbürgertums, das in Oesterreich und auch sonst, wo es das Opfer nationaler Demagogie war, die Stütze der politischen Reaktion gewesen ist, fand die österreichische Sozialdemokratie Eingang, und am 14. Mai 1907, an dem Tage der Hauptwahl, wurden 511 483 Stimmen in den deutschen Wahlbezirken für die Sozialdemokratie abgegeben. 34 deutsche Sozialdemokraten wurden gewählt, in 54 Wahlbezirken kamen deutsche Sozialdemokraten in die Stichwahl. An dem gewaltigen Wahltage hatten aber auch die Genossen der anderen Nationen ihren Teil. Insgesamt wurden 68 Sozialdemokraten gewählt und 113 Kandidaten kamen in die Stichwahl. 938 673 Wähler bekannten sich bei der Hauptwahl zur Sozialdemokratie. Die Stichwahlstatistik der Parteileitung richtete sich in erster Linie gegen die Merkisten und Christlichsozialen. „Der Schwärze“, so hieß es in dem Aufruf, „ist in allen Fällen das größere Übel. Wir werden, wo zwischen bürgerlichen Parteien zu entscheiden ist, gegen die agrarische Partei stimmen. Diese Grundfrage stellen wir ohne jede Rücksicht auf Gegenleistung auf.“ Mit musterhafter Disziplin wurde diese Wahlparole im ganzen Reiche befolgt. Insgesamt wurden beim Abschluß der Stichwahlen 87 sozialdemokratische Abgeordnete, darunter 50 deutsche Sozialdemokraten, gewählt. In 22 deutschen Wahlbezirken hatte die Sozialdemokratie zwischen deutschbürgerlichen und Merkisten Kandidaten zu entscheiden. In 10 Wahlbezirken hat sie die Merkisten zu Falle gebracht. Der Bericht wirft dann einen Rückblick auf die Gemeindevahlen und teilt mit, daß insgesamt in 249 deutschen Gemeinden in Oesterreich 897 Genossen in den Gemeinderat gewählt sind.

Der Feiertag des 1. Mai

wurde gleichfalls durch die großen Kämpfe der beiden letzten Jahre das Gedächtnis gegeben. 1906 war die Maifeier eine gewaltige Wahlrechtsdemonstration, 1907 stand sie im Zeichen der Reichsratswahlen. Ueber die

Parteiorganisation

teilt der Bericht mit, daß ihr Ausbau große Fortschritte gemacht habe. Doch hat die Wahlkreisorganisation den durch die neue Wahlordnung veränderten Bedürfnissen der Partei nicht überall vollkommen entsprochen. Hier die Grundfrage für eine neue und dauernde Organisation zu geben, wird eine Aufgabe des Parteitages sein.

Die deutsche Partei in Oesterreich verfügt über 23 Parteiblätter, wovon die „Arbeiterzeitung“ in Wien und „Der Arbeiterwille“ in Graz täglich erscheinen. Drei Blätter erscheinen dreimal wöchentlich, acht Blätter zweimal wöchentlich, neun Blätter sind Wochenblätter und die „Arbeiterinnenzeitung“ in Wien erscheint 14tägig. Die Auflage der Parteipresse ist während des Wahlrechtskampfes und des Wahlkampfes beträchtlich gestiegen. Am Tage der Wahlrechtsdemonstration, am 28. Mai 1906, hatte die „Arbeiterzeitung“ eine Auflage von 100 000 und die der Extrausgabe 150 000. Die „Arbeiterinnenzeitung“ hat seit 1904 ihre Auflage verdoppelt.

Auch die Gewerkschaften sind dank der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur der letzten Jahre erstarkt. Im Jahre 1906 trug die Zahl der Mitglieder von 323 099 auf 448 270 und 20 Prozent der industriellen Arbeiter sind jetzt organisiert. Die Einnahmen der Gewerkschaften stiegen von 4 641 727 Kronen im Jahre 1905 auf 6 382 376 Kronen. Die Gewerkschaften verfügen über 94 Fachblätter, darunter 46 deutsche.

Auch die Organisation der jugendlichen Arbeiter hat Fortschritte gemacht. Die Genossen widmen sich der für die Zukunft so wichtigen Aufgabe der Erziehung des Nachwuchses mit wachsendem Eifer. Die Zahl der Ortsgruppen der jugendlichen Arbeiter ist im letzten Jahre um 26 gestiegen. Die Organisation der Arbeiterjugend hat sich trotz der Kürze ihres Bestandes bereits als treffliche Schule der Partei und der Gewerkschaften bewährt.

Auch die Genossenschaftsbewegung zeigt große Fortschritte. Dem Verband der Konsumvereine gehörten Ende 1906 414 genossenschaftliche Organisationen an. Durch die 1905 gegründete Groß-Einkaufsgesellschaft der österreichischen Konsumvereine ist die Leistungsfähigkeit der Konsumentenorganisationen erheblich gesteigert worden.

Die Beziehungen zu den anderen nationalen Parteien innerhalb der Gesamtpartei waren, wenn auch Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen nationalen Organisationen einzelner Orte nicht gefehlt haben, doch im allgemeinen durchaus gut. Die Arbeiter aller Nationen in Oesterreich haben ihren großen und siegreichen Kampf einheitlich und einmütig geführt. Die deutschen Genossen haben während des Wahlkampfes die polnischen, ruthenischen, südböhmischen und italienischen Genossen wiederholt moralisch und materiell unterstützt. Auch die Pflichten, die die internationale Solidarität des Proletariats mit sich bringt, sind voll erfüllt worden. Insbesondere sind die russischen Revolutionäre, die die Schergen des Faschismus zur Flucht ins Ausland gezwungen haben, gegen polizeiliche Schikanen geschützt und nach Kräften materiell unterstützt worden. Andererseits haben aber auch die Genossen im Auslande die Kämpfe der österreichischen Genossen wirksam gefördert. So hat die deutsche Sozialdemokratie dem allgemeinen Wahlfonds 30 000 M. überwiesen. Der Bericht schließt mit einer Erinnerung an Ignaz Auer: „Der schwere Schlag, der unsere Genossen in Deutschland durch den Tod Ignaz Auers traf, erfüllte auch die österreichischen Arbeiter mit lebhafter Teilnahme; war doch Auer einer der Besten, die das erwachende deutsche Proletariat aus seiner Rente hervorgebracht hat. Auch sein Name bleibt eingeschrieben im großen Herzen der Arbeiterklasse.“

Der große Aufschwung, den die Parteiorganisation überall genommen hat, drückt sich auch im

Bericht des Parteikassierers

Dr. Ellenbogen aus. Die Reichsparteisteuer (2 Heller monatlich von jedem Organisierten) hat von 1904—1906 rund 51 722 Kronen aus den Steuern der deutschen Organisation ergeben; beigetragen haben 1346 Organisationen. Die Steigerung gegenüber der letzten Berichtperiode beträgt fast 46 Prozent. In der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907 sind an Reichsparteisteuer rund 37 000 Kronen eingelaufen. Die Gesamteinnahmen der Parteikasse belaufen sich für die Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907 auf rund 302 252 Kronen, denen eine Ausgabe von rund 289 605 Kronen gegenübersteht, so daß ein Ueberschuß von 19 647 Kronen vorhanden ist. Darunter sind für den Wahlfonds rund 168 122 Kronen eingegangen, während die Wahlkosten rund 183 811 Kronen betragen haben.

An der Spitze des aus 87 Mitgliedern bestehenden sozialdemokratischen Verbandes im Reichsrat

(der Fraktion) steht ein zwölfgliedriger Vorstand (Adler, Bernerstorfer, Refel, Seig, Seliger, Hbdes, Remece, Soukup, Diamant, Huber, Wittol, Wittel), der zugleich die Funktion einer parlamentarischen Kommission versieht.

Der Gesamtverband gliedert sich in folgende nationale Gruppen:

1. Klub der deutschen Sozialdemokraten (50 Mitglieder);
2. Klub der tschechischen Sozialdemokraten (21 Mitglieder);
3. Gruppe der polnischen Sozialdemokraten (6 Mitglieder);
4. Gruppe der italienischen Sozialdemokraten (3 Mitglieder);
5. Gruppe der russischen Sozialdemokraten (2 Mitglieder);

In nationalen Angelegenheiten ist jede der Gruppen autonom. An der Spitze des deutschen Klubs steht ein sieben-gliedriger Vorstand (Adler, David, Eiberich, Ellenbogen, Bernerstorfer, Schäfer, Seig).

Der Verband bildet im Reichsrat die zweitstärkste Partei. Im Präsidium des Hauses hat der Verband eine Schriftführerstelle inne (Schumier), und es erscheint, wie der Fraktionsbericht hervorhebt, nicht ausgeschlossen, daß bei der Vermehrung der Vizepräsidentenstellen, die angestrebt wird, ein Parteigenosse die Funktion eines Vizepräsidenten erhält.

Die Fraktion hat in der Zeit vom 17. November 1904 bis zum 28. Januar 1907 (Privilegienparlament) 441, und in der Zeit vom 17. Juni bis 24. Juli 1907 (Parlament des allgemeinen Wahlrechts) 118 Interpellationen eingebracht. Außerdem wurden vom 17. Juni bis 24. Juli 1907 24 Initiativanträge überreicht. Davon sind drei politischer, elf sozialpolitischer Natur, und je vier entfallen auf Schule und Militarismus.

Auch über die politische Arbeiterinnenbewegung

liegt ein Bericht vor. Das Frauenreichskomitee sagt darin:

„Die Genossinnen, welche es unternommen haben, für die Partei agitatorisch und organisatorisch zu arbeiten, haben bei ihrer Tätigkeit alle jene erschwerenden Umstände zu überwinden, die der Frauenarbeit im allgemeinen anhaften. Die Genossinnen können sich nicht auf ein Gebiet konzentrieren, um dort Hervorragendes zu leisten, sie müssen ihre Kräfte zersplittern auf jede Form der proletarischen Organisation. Nur wenige Genossinnen sind unabhängig von Lohnarbeit und Haushalt; wenn sie trotzdem Anerkennungswertes leisten in der politischen Agitation sowie in der Propaganda für die Gewerkschaften und für die Konsumgenossenschaften, so gibt das Zeugnis sowohl von der großen Macht, die der Sozialismus auszubilden vermag, als auch von der Aufopferung und Hingabe, die von den in der Partei tätigen Genossinnen bezeugt wird. Die letzten zwei Jahre haben der Arbeiterinnenbewegung eine Vermehrung der Agitatrices gebracht, über die aber fast nur lokal verfügt werden kann, da sie in abhängigen Berufsstellungen sind. Hier Wandel zu schaffen, ist eine der brennendsten Fragen für das Frauenreichskomitee. Die Lösung ist nur auf finanziellen Wege möglich; jedoch wird jede Ausgabe, die der Partei auf diesem Gebiete erwächst, durch die Erhaltung der Organisation wettgemacht.“

Betrachtend und aufrüttelnd hat der Wahleinstampfung gewirkt; die dem Frauenreichskomitee zur Verfügung stehenden Kräfte mußten sich vervielfachen, um allen Ansprüchen nach Agitationsveranstaltungen und nach Gründung von Organisationen nachzukommen. Immer dringender werden die Anforderungen nach politischen Frauenorganisationen. Das Frauenreichskomitee hat darüber beraten und mit Zustimmung der Parteivertretung und der Gewerkschaftskommission ein Regulatorium ausgearbeitet, nach welchem freie politische Frauenorganisationen gegründet werden sollen. Daß auch die „Arbeiterinnenzeitung“ einen erfreulichen Aufschwung genommen hat und in einer Auflage von 12 000 Exemplaren verbreitet wird, sei noch hervorgehoben. Während des Wahlrechtskampfes wurde vom Frauenreichskomitee ein Flugblatt an die Frauen der arbeitenden Bevölkerung Wiens herausgegeben, das in einer Auflage von 150 000 Exemplaren verbreitet wurde und außerordentlich gute Wirkung tat. Während des Wahlkampfes erschien einmal die „Arbeiterinnenzeitung“ illustriert als Wahlnummer und wurde ebenfalls in größerer Auflage verbreitet.

Vor den Stichwahlen am 28. Mai gaben die Genossinnen ein Flugblatt an die Frauen der Wähler heraus, um diese zur Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten anzuweisen. Die erprobtesten Genossinnen Wiens wurden am Stichwahltag planmäßig in dem bestirnten Bezirk (Hänselhaus) zusammengesogen, um an dem sozialdemokratischen Sieg über den christlich-sozialen Kandidaten mitzuhelfen.

Wie bras und hingebend die Genossinnen gearbeitet und der Partei gedient haben, wurde von den Genossen rühmlichst anerkannt. Wenn das Frauenreichskomitee Wert darauf legt, dies alles in dem Bericht an den Parteitag zu sagen, so deshalb, weil uns daran liegt, den Genossen die Ueberzeugung beizubringen, daß die Erkenntnis von der Bedeutung politischer Arbeit nicht nur bei einzelnen Frauen vorhanden ist, sondern daß fast überall große Scharen des weiblichen Proletariats reif genug sind, sich politisch zu betätigen, und daß diese Tatsache die Gewinne bietet, daß die Frauen auch reif genug sind, selbst politische Rechte zu besitzen. Die Genossinnen haben während des ganzen Wahlrechtskampfes und am 28. November 1906 in jeder Situation und im ganzen Reiche ihre volle Pflicht getan und haben sich bestrebt, der Partei zu dienen und zu nützen.

Zu Vorstehenden des Parteitages wurden in der Besprechung am Sonntagabend die Genossen Abg. Tomisch (Vorsteher des großen Eisenbahner-Verbandes), Abg. Bernerstorfer und Abg. Schäfer-Reichenberg bestimmt.

Schutz gegen Richter.

Am 13. Juli berichteten wir über die ungerechte Verurteilung und die noch viel unberechtigtere Behandlung des Stultakurs Alfred Bredschneider durch den Amtsrichter Dr. Stargard in Mittenwalde.

Der Stultakurs Alfred Bredschneider wurde von der Polizeiverwaltung in Teupitz mit einer Strafverfügung bedroht, weil er in Teupitz sozialdemokratische Broschüren verbreitet hatte, und dabei die Broschüren auch in dem Polizeibureau und beim Polizeisergeanten abgegeben hatte. Seinen Einspruch vertwarf das Schöffengericht zu Mittenwalde unter Vorbehalt des Amtsrichters Dr. Stargard, indem es annahm, B. habe der Erlaubnis der Polizeibehörde zu der Verteilung auf Grund des alten preussischen Preßgesetzes bedurft, weil das Polizeibureau ein öffentlicher Ort sei, und ebenso die Hausflure auf dem Lande, in denen B. vielfach seine Broschüren abgegeben hatte. Wir sprachen bei Kritik des Urteils die Ansicht aus, daß die höheren Rechtsinstanzen das ungerechte Urteil aufheben werden.

Die Strafkammer des Landgerichts II Berlin, vor der gestern B.s Berufung gegen das schöffengerichtliche Urteil verhandelt wurde, sprach denn auch den Angeklagten frei. Das Gericht nahm mit dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeld an, daß es unerheblich sei, ob das Polizeibureau und die Hausflure öffentliche Orte seien. Jedenfalls seien sie geschlossene Räume im Sinne des § 43 Abs. 5 der Reichsgewerbe-Ordnung. Nach dieser Bestimmung sei aber zur nicht gewerbsmäßigen Verteilung von Druckschriften in geschlossenen Räumen eine Erlaubnis nicht erforderlich, Uebrigens sei auch die Verurteilung selbst auf Grund des § 10 des preussischen Preßgesetzes nicht gerechtfertigt. Denn diese habe nur noch insoweit Geltung, als zur öffentlichen unentgeltlichen Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Ausrufen eine Erlaubnis der Ortspolizei erforderlich sei. Die Broschüren, welche Angeklagter verteilt habe, seien aber keine Bekanntmachungen, Plakate oder Ausrufe, außerdem sei nicht dargetan, daß der Angeklagte die Verteilung unentgeltlich vorgenommen habe. Ob die Hausflure öffentliche Orte seien, könne deshalb dahingestellt bleiben.

Sollte der Staatsanwalt gegen dieses Urteil Revision einlegen, so wird bei der Klarheit der Rechtslage ja selbst das Kammergericht den Freispruch bestätigen. Aber dem Angeklagten ist nicht

nur durch die Anklage und Verurteilung in erster Instanz Anrecht geschehen, sondern noch mehr durch die ihm seinerzeit auferlegte Ordnungstrafe und durch das Verhalten des Amtsrichters dem Angeklagten gegenüber im Gefängnis. Wir erinnern daran: Wredschneider wurde mit einer Ordnungstrafe von 3 Tagen Haft bestraft, weil er die eigenartige Frage des Amtsrichters „mit wem sind Sie verheiratet?“ dahin beantwortete: „Herr Amtsrichter, ich weiß nicht, wie soll ich das verstehen?“ Er wurde dann sofort in das Gefängnis abgeführt. Ein Brief an seine Frau, der er seine Verhaftung mitteilte, wurde erst am folgenden Tage auf seine besondere Bitte abgeschickt, nachdem der Amtsrichter vorher erklärt hatte, er schide den Brief nicht ab, weil ihm sein Inhalt nicht passe! Ein Brief Wredschneiders an einen Charlottenburger Genossen, in seiner Sache die erforderlichen Schritte zu tun, wurde überhaupt nicht abgeschickt. In dem Verhafteten äußerte der Amtsrichter Dr. Stargard, als er zur Revision ins Gefängnis kam: „Sehen Sie, das sind die Folgen davon, daß man sich von gewissen Leuten so verhehen läßt.“ Seiner Zeit haben wir von diesen geschwätzigen Handlungen des Amtsrichters Mitteilung gemacht. Hat der Justizminister von dem völlig haltlosen Urteil des Amtsgerichts und von dem geschilderten Verhalten des Amtsrichters Kenntnis genommen? Ist er mit dieser Art des Erfasses richtiger Rechtsansichten durch unreife politische Erwägungen, die sich in der widerlichsten, plumpesten Weise breit machten, einverstanden?

II. Generalversammlung des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht.

Die letzte Sitzung des Verbandes erledigt zunächst geschäftliche Angelegenheiten. Die Wahl des Vorstandes ergibt die Wiederwahl der alten Vorstandsmitglieder, denen neu hinzugewählt wird: Frau Dr. Lindemann-Stuttgart, die Frau des bekannten Genossen und Abgeordneten Dr. Hugo Lindemann.

Dr. Popert-Hamburg begründet sodann den Antrag des Hamburger Vereins für Frauenstimmrecht, betreffend den Kampf für das Gemeindeverbot (Lokaloption), der lautet: „Der deutsche Verband für Frauenstimmrecht wolle den Kampf für das Gemeindeverbot gegen den Alkohol (Lokal-Veto, Lokaloption) als für ein Recht der Gesamtheit der volljährigen männlichen und weiblichen Gemeindeglieder in sein Programm aufnehmen.“ Nicht im Interesse der Abstinenzbewegung, sondern im Interesse des Frauenstimmrechts sei diesem Antrage zuzustimmen, da überall, wo das Gemeindeverbot eingeführt, dieses für Männer und Frauen gelte. Seine Einführung sei also ein direkter Sieg des Frauenstimmrechts. Bei diesem Kampfe würden auch jene Frauen gewonnen werden, die nur Männer sein wollen und im übrigen den Zielen der Bewegung für das Frauenstimmrecht nicht allzu sympathisch gegenüberstehen. Es gelte eben, möglichst alle Kräfte hierfür mobil zu machen, seien doch der physischer Gegner noch gar viele. Ein Vorkommnis aus der Hamburger Bürgerschaft sei eine hübsche Illustration hierzu: Der Ausschuss für Armenpflege habe befürwortet, Frauen mit heranzuziehen. Die Sozialdemokraten hätten leider diesen sehr vernünftigen Antrag wiederum den Bürgerlichen vorweg genommen. Die Armenpfleger hätten diesen Antrag bekämpft und da er von den Sozialdemokraten kam, seien auch viele Bürgerliche dagegen gewesen. Allerdings sei er nach eingehender Debatte schließlich doch angenommen. Der Antrag Popert findet Annahme, ebenso eine Resolution von Dr. Breitsch, die alle Mitglieder und angeschlossenen Vereine verpflichtet, mit allem Nachdruck diejenigen Parteien zu unterstützen, die jetzt in den Kampf um die Erreichung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen eintreten. Sie haben dabei zu betonen, daß sie unter allgemeinem Wahlrecht das Wahrecht beider Geschlechter verstehen.

Der Verband tritt dem Weltbund für Frauenstimmrecht bei.

Bisher war er fernher dem Verband fortgeschrittlicher Frauenvereine angegliedert, da dieser seine exeptionelle Stellung aufzugeben und dem Bunde deutscher Frauenvereine beizutreten gedenkt, wird beschlossen, für den Fall, daß dieser Anschluß perfekt wird, gleichfalls dem Bunde beizutreten.

Gerichts-Zeitung.

Zurechnungsunfähigkeit wegen Liebestollens.

Der Ingenieur Alfred Reubner war wegen Verführung, Verleumdung und verurtheilter Erpressung angeklagt. Die I. Strafkammer des Landgerichts I hatte ihn seinerzeit zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte, der selbst verheiratet ist, war zu einer Frau in Beziehungen getreten, die sich mit ihrem Ehemann entzweit hatte. Die Frau verführte sich wieder mit ihrem Ehemann und verfiel da an jede weitere Zusammenkunft mit dem Angeklagten. Dieser versuchte immer wieder, zu ihr zu gelangen. Wohl an 20mal erschien er vor ihrer Wohnungstür, wurde aber immer wieder abgewiesen. Nun steckte er beleidigende Zettel in den Briefkasten, der sich an ihrer Wohnungstür befand, und drohte ihr darin, alles Vorgefallene ihrem Ehemann mitzuteilen, wenn sie sich mit ihm nicht ansprechen würde. Die geängstigte Frau beichtete darauf ihre Verfehlungen ihrem Ehemann und erhielt dessen Verzeihung. Der Angeklagte forderte dann zum letzten Male die Frau durch einen Zettel auf, ein Handgepäck an der Thomaskirche mit ihm abzugeben, widrigenfalls etwas geschehen würde, woran sie zeitweilig denken sollte. Gleichzeitig machte er eine Rechnung dessen auf, was er bei traurigen Zusammenkünften verausgabt habe und verlangte Rückgabe des Geldes! Als er zu der von ihm festgesetzten Zeit an der Thomaskirche erschien, wurde er durch einen Kriminalbeamten, an den sich die Frau gewandt hatte, festgenommen. Es erfolgte dann seine Verurteilung. Spätere Beobachtungen des Geisteszustandes des Angeklagten durch Sachverständige führten zur Wiederaufnahme des Verfahrens. Im gestrigen Termin befand den Reubner Dr. Fritz Leppmann und Gerichtsrat Dr. Strauß übereinstimmend, daß der Angeklagte ein nervenschwacher Mensch sei, in dessen ganzer Persönlichkeit sich eine gewisse Antriebslosigkeit zeige. Es handle sich nicht um einfache Neurasthenie, sondern es traten noch verschiedene Antriebszüge hinzu und das Pathologische gabe aus allen Ecken hervor. Unter den einzeln angeführten charakteristischen Momenten wurde auch erwähnt, daß der Angeklagte am Tage seiner Hochzeit kurz vor der Trauung plötzlich ohne Angabe von Gründen verschwunden war und erst nach einigen Stunden wieder zum Vorschein kam. Die Sachverständigen hielten die Annahme für berechtigt, daß dieser Mann in der fraglichen Zeit, wo er infolge Stellenlosigkeit, häuslicher Verhältnisse und seiner unüberwindlichen Jüngerung zu der betreffenden Frau nicht Herr seiner selbst war, nicht verantwortlich für die Straftat gemacht werden könne. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem 3 Monate Gefängnis, das Gericht erkannte aber unter Anwendung des § 51 auf Freisprechung.

Wiederaufnahmeverfahren in einem Mordprozeß.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I sollte gestern die erneute Verhandlung gegen den Fabrikarbeiter Paul Lippke stattfinden, der am 12. Juni 1902 seine Ehefrau erschossen hat und deshalb am 9. März 1903 von den Geschworenen des Landes schuldig erklärt und vom Gerichtshof zum Tode verurteilt worden ist. Neue Tatsachen haben die Vermutung nahegelegt, daß Lippke, der seither in verschiedenen Anstalten gewohnt hat, schon zur Zeit der Tat sich in einem Zustande krankhafter Störung der Geisteskraft befunden habe, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Infolgedessen ist das Wiederaufnahmeverfahren angeordnet worden. Der auf den gestrigen Tag angefertigte neue Termin zur Hauptverhandlung mußte aufgehoben werden, da Zweifel obwalten, ob sich der Angeklagte jetzt in einem verhandlungsfähigen Zustande befindet. Medizinalrat Dr. Stömer, der schon früher ein Gutachten über

den Geisteszustand des Angeklagten abgegeben hat, ist erst am 28. September vom Urlaub zurückgekehrt und hat noch keine Gelegenheit gehabt, über die Frage der Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten neuerdings ein Gutachten abzugeben. Zweck Herbeiführung eines solchen auf Grund abermaliger Beobachtung des Angeklagten wurde die Hauptverhandlung vertagt.

Stadtbahnliebhaber.

Einer der gefährlichsten Stadtbahnräuber hatte sich gestern schon wieder einmal vor dem Strafrichter zu verantworten. Wegen Diebstahls im wiederholten strafverschärfenden Rückfalle mußte der ehemalige Schlosser Rudolf Vigoureux aus Eising vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Der Angeklagte ist ein der Polizei seit mehreren Jahren bekannter Stadtbahnliebhaber, auf dessen Konto die verwegenen Raubereien fallen, bei welchen er häufig eingeschlossene Fahrgäste mittels Chloroform tollends betäubte. Am 8. August d. J. wurde Vigoureux nach Verbüßung einer längeren Strafe aus dem Zuchthaus entlassen. Drei Tage später sah der gefährliche Vursche infolge der Aufmerksamkeit eines Beamten der Stadtbahnpatrouille schon wieder hinter Schloß und Riegel. In der Nacht zum 11. August gegen 1 Uhr fuhr der Volontär B. vom Bahnhof Friedrichstraße nach dem Schlesischen Bahnhof. Unterwegs schlief er ein, so daß der auf dem Schlesischen Bahnhof auf schlafende Fahrgäste ausstrebende Vigoureux in dem jungen Manne ein passendes Opfer zu finden glaubte. Im letzten Augenblick sprang er in den schon fahrenden Zug und ging sofort an die „Arbeit“. Mit einer haarsträubenden Schere schnitt er dem Schlafenden die Beinkleidtasche auf und eignete sich das Portemonnaie an. Einen nicht geringen Schreck bekam er jedoch, als sich plötzlich von hinten eine Hand auf seine Schulter legte und ihm die wohlbekannte Marke eines Kriminalbeamten vor das Gesicht gehalten wurde. Der Kriminalhauptmann Bräuner hatte vom Nebenabteil mit Hilfe eines Spiegels den ganzen Vorgang beobachtet und den Dieb auf frischer Tat ertappt. Als Vigoureux sah, daß jeder Fluchtversuch aussichtslos war, ließ er sich ruhig von dem Beamten abführen, nachdem er zu diesem geäußert hatte: „Na, wenn der Mensch Pech hat, so hat er es eben gründlich!“

Mit Rücksicht auf die vielfachen Vorstrafen des Angeklagten und sein überaus gemeingefährliches Treiben erkannte die Strafkammer wiederum auf eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten sowie 2 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Pferdefleisch-Betrug.

Wegen Verkaufs von Pferdefleisch mußte sich gestern der Inhaber eines sog. „billigen Fleischverkaufs zu Markthallenpreisen“ vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Unter der Anklage des Betruges und des Vergehens gegen das Fleischbeschaugesetz stand der Schlächtermeister Hugo Haubmann. Der Angeklagte hat in dem Hause Berlinerstr. 85 zu Rixdorf einen Hausflur gemietet und in diesem einen Fleischverkaufstand zu besonders billigen Preisen errichtet. Der Verkauf der Rindfleisch war auch infolge dieser überaus billigen Preise ein enorm großer. Am 1. Dezember d. J. kaufte eine Frau H. aus Rixdorf bei dem Angeklagten 1 1/2 Pfund Rindfleisch. Als sie am nächsten Tage das Fleisch zubereiten wollte, fiel ihr die eigentümliche rotraune Farbe des Fleisches auf. Verschiedene andere Merkmale führten Frau H. zu dem Verdacht, daß es Pferdefleisch sei. Sie ging zunächst zu einem Tierarzt, der das Fleisch als verdächtig bezeichnete und ihr riet, es der Polizeibehörde zu übergeben. Am Tage darauf stellte der Direktor des staatlichen Nahrungsmitteluntersuchungsamtes Prof. Dr. Juckenast fest, daß das bei Haubmann gekaufte Fleisch tatsächlich Pferdefleisch war. Die Folge war die heutige Anklage gegen den Verkäufer. Das Schöffengericht Rixdorf sah die Sache sehr milde an und erkannte nur auf eine Geldstrafe von 50 Mark. Die Strafkammer erkannte gestern auf eine Woche Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe event. noch zehn Tage Gefängnis.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 1. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Viel Arm um nichts.
Deutsches. Prinz Friedrich von Homburg.
Kammerstücke. Frühlingserwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Kaffee. (Wälder-Theater.)
Rosmersholm.
Schiller Charlottenburg. Götz von Berlichingen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Nibelungen.
Berliner. Die tanzenden Männchen.
Festung. Der Bund der Jugend.
Neues. Rosmersholm.
Kleines. Vater und Sohn.
Vorabend. Martha.
Central. Unsere blauen Jungen.
Königliche Oper. Pierpuppen. Flotte Burlesken.
Weihen. Die lustige Witwe.
Königliches. Quarenheber.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Trianon. Fräulein Josefine — meine Frau.
Thalia. Ihr Sechshundert.
Veruhard Rose. Der Held des Tages.
Theater an der Spree. Der Aktienbubler.
Metropol. Das muß man seh'n!
Apollo. Schwärmer Schaffer. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geteilte Liebe.
Katholikanten. Bunter Zeit.
Kasino. Die wilde Jagd.
Sebr. Herrnsfeld. Madame Wig.
Wag. Es lebe das Nachleben.
Passage. Dona Nanzen. Spezialitäten.
Wintergarten. Anne Dancrey.
Annie Dirksen. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängerkorps.
Prater. Logenbrüder.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Ira. Tausendstrafe 48/49.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Nachm. 4 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.
Tiergarten. Jomalfeststr. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die tanzenden Männchen.
Mittwoch: Der Postkoffer.
Donnerstag: Die tanzenden Männchen.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Rosmersholm.
Gastspiel von Johanne Dybwad aus Kristiania.
Mittwoch, 2/10.: Rosa.
Donnerstag, 3/10.: Geldkoffer.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 69. Male:
Vater und Sohn.
Mittwoch: Vater und Sohn.
Donnerstag: Vater und Sohn.
Freitag 3. Male: Maria Magdalena.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:
Frühlingstag.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Anfang 8 Uhr.
Die Nibelungen.
Mittwoch: Der blinde Passagier.
Donnerstag: Der blinde Passagier.

8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Robert de Trivelin: Alh. Megander.
Sonabend, den 5. Oktober:
Ganz der Papa.
Sonntag, 6. Oktober, nachm. 3 Uhr:
Der Prinzgemahl.

Zentral-Theater.
Abends 8 Uhr:
Unsere blauen Jungen.
Vaudeville in 3 Akten.

Apollo Theater.
Ab 8 Uhr:
Debüt der neuen Spezialitäten!
Um 9 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch Berlin:
Sylvester Schaffer jr.
der weltberühmte Universalkünstler.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Balken-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Schauspiel in fünf Aufzügen von Johann Wolfgang v. Goethe.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht??

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Dienstag, den 1. Oktober 1907,
präzise 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Auf der Hallig!
Diesj. gr. Ausstattung-Pantom.
in 4 Bildern.
Im 1. Bilde: Mr. D. Bruce —
Räuber. Produktionen im Kenos
in 4 Mtr. Wasserlöse. — Kletter-
und Ausrichten des Bootes. —
Sport- und Schwimm-Evolutionen.
Ferner: Mons. Caroll, Fakir-
künste. Herr W. Manns, Wunder-
elefantent. — Herr Burkhardt-
Footitt, Schurkater. Geschw.
Pissanti, Reiterkünstler. Les
Bastians, Akrobaten zu Pferde
sowie das große Programm.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, den 1. Oktober,
abends präzise 7 1/2 Uhr:
Extra-Galavorstellung
und zum 4. Male:
Eine Fortsetzung der berühmtesten
und populärsten Pantomime:
Die
lustigen Heidelberger.
Ein Fest
auf dem Neckar.
Humoristische Bilder
aus dem modernen Studentenleben
von August Siems,
Großherzog. Hess. Hofballmeister.
Vorher:
Gala-Programm
und die für hier vollständig
neuen Spezialitäten.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Undine.
Anfang 8 Uhr.
Trianon-Theater.
Fräulein Josefine — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.
Heute Premiere:
Danny
Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn,
Doppelsterne, Nebelflecke.

Metropol-Theater
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollaender. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher a. D. F. Massary
B. Darmand a. D. E. Withney a. D.
Bender, Giampietro, Josephi.
Anfang präzise 8 Uhr.
Raucher überall gestattet.
Sonntag, den 6. Oktober,
nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

WINTERGARTEN
Ruth St. Denis
Neues Programm.
Sonntag, den 6. Oktober,
und folgende Sonntage,
nachmittags 3 Uhr:
Populäre Konzerte
von
Johann Strauss
aus Wien
(50 Mann Orchester).
Preise: 0,50 M., 1 M., 1,50 M.

Rixdorfer Theater
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Direktion: Julius Tark.
Mittwoch, den 2. Oktober 1907:
Ein idealer Gatte.
Lustspiel in 4 Akten von Oskar Wildt.
Anfang 8 Uhr.

Theater an der Spree
Königsplatzstr. 68.
Nachmittags 3 Uhr: Der Goldkoffer.
Täglich 8 Uhr:
Der Aktienbubler.
Alt-Berliner Gesangsposse o. D. Stallh.
In Originalkostümen und Deko-
rationen der fünfziger Jahre.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Heute:
Der Held des Tages.
Von Kurt Natul.
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.

Lortzing-Theater
Anfang 8 Uhr.
Martha.
Mittwoch: Undine.
Donnerstag: Lustige Weiber.
Freitag: Martha.
Sonabend: Die beiden Schützen.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Zerretenes Glück.
Schauspiel in 5 Akten nach dem gleich-
namigen Roman v. Berl. Morgens.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 W.
Ehren- und Vorzugsplätzen gültig!
Sonabend 3. Male: Die Schulb.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Am Abonnement!
Die Vogenbrüder.
Schwan von Laus und Kraus.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Dühne und Welt.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Geteilte Liebe
Katholikanten — Bunter Zeit
Anfang 8 Uhr.

Möbel- und Polsterwaren-
Einrichtungen.
Anzahlung **15 Mark** an.
Einzelne Möbelstücke
Anzahlung **3 Mark** an.
In bunten Küchen
große Auswahl.

D. Lechner
Brunnenstraße 192,
6. Haus vom Rosenthaler Tor.
Sonntags von 8-10 u. 12-2 Uhr geöffnet.

Fröbel's Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148/149.
Seite
Dienstag, den 1. Oktober 1907:

Die Mönche
oder
Die Maskierte im Nonnenkloster.
Lustspiel in 3 Akten, von R. Tennil.
Ruffelstraße 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.

Theater des Zentrum.
Sophien- u. Eile, Sophienstraße 17/18.
Bis früh um Fünfe
u. Arn u. Hippolyt, Ruffel v. P. Linde.
Anfang 8 Uhr. Kleine Seele.

Kasino-Theater.
Rehringstraße 57. Täglich 8 Uhr:
Das tolle neue Oktober-Programm.
Für Attraktionen 1. Rang.

Die wilde Jagd.
Ludwig Fulda.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Mid Carter.

Palast-Theater.
Burgstraße 24.
Seite 8 1/2 Uhr:

Premiere
des
Oktober-Spielplans.
12 Nummern 12
Entrée 20 Pfennige.

Walhalla-Variete-Theater
Wolbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische 16
Springer
Edi Blum,
der beliebte Komiker.
Anfang 8 Uhr.
Zettel: Konzert f. Theaterbel. frei.

Die Volksvertreter
in Deutschland schlafen, sie bekümmern sich nicht um die Interessen des Volkes, sie fragen nicht nach den Ursachen der enormen Lebensmittelpreissteigerungen, es ist ihnen gleich, ob daraus die Revolution hervorgeht oder nicht.
Das Wirtschafts- und Sozialbild der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugchriften und Prospekte.

Bekanntmachung.
Auf unsere Veranlassung veranstaltet das Theater an der Spree, Köpenickerstraße 68, am nächsten Sonntag nachmittag eine **Sonder-Vorstellung** der Alt-Berliner Posse „Der Aktienbühler“. Wir haben hierfür **sämtliche Plätze** gekauft und verkaufen sie zu folgenden Preisen:
Jeder Platz im Parkett, I. Rang und Logen . . . 1.00 Mark.
II. Rang . . . 0.50
Wir bitten die Mitglieder der begüterten Kreise ausdrücklich, hiervon **keinen Gebrauch** zu machen. Andere Vereine, Fabriken, Geschäfte usw., die eine größere Anzahl Billette benötigen, wollen sich **direkt mit uns** in Verbindung setzen.
Der Vorstand der Lessing-Gesellschaft für Kunst u. Wissenschaft
Eingetragener Verein.
Billetverkauf in unserem Bureau: West-Buchhandlung Kantorowicz, Potsdamerstr. 135, allen Warenhäusern Wertheim und an der Theaterkasse, Köpenickerstr. 68. 74/20*

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Die erfolgreichsten
Lach-Komödien
„seit 17 Jahren“
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske, Musik
von L. Thal.
Es lebe das Nachtleben!
Separé-Offäre in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Satyrisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sanger.
Britton
als
Knecht Rupprecht
im
Familien-
und
Wannsee.
Anf. Bochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci,
Kottbusser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Seite Dienstag:
Gefühl der Berliner
Volkshäuser:
Eine Hochzeitsnacht.
Vollständige Preise.
Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Gefühl
Norddeutsche Sanger
und Tanztruppen.
Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 Uhr.

Buggenhagen,
Moritzplatz.
Inh. Albert Böhme.
Täglich:
Die 7 Schwaben
moderne Volks-Sänger.
Martin Bendix
als
Sherlock Holmes aus Trauenerbieten.
(im unteren)
Stal täglich) **MNHK-Konzert**
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Bilz Sanatorium
Dresden-Radebeul, Schloss
Lössnitz, herrl. mildes
Lage, Tische, Nizza
Tropfen
frei.
Obst-, Trauben- u. Herbstkur.
Günstige
Häufigkeit.
3 Aerzte, Direktor
Alfred Bilz, Chefarzt
Dr. Aschoff, Internist, Besuch.
Goldne Lebensregeln
Kunst, ausgef. Prachtwerk,
6 Illustration, 6 Kunst-
belegte, — Altes
begleitet, auf,
genommen.
Preis nur
2 Mk.
Pro-
fessoren
Doktoren u.
Fräulein haben das
Buch kostenlos be-
zogen. Zu bez. durch
Bilz-Verlag, Radebeul u. Leipzig
u. allen Buchhandlungen. — Gesund-
heit, Glück u. Lebensfreude Jedermann!
Das ist der Geist, d. dies. Buch durchweht.
Bilz Naturheilmittel 1,500000 verk.

Butter liefert franco
garantiert natur. **Honig**
Ruhbutter 10 Pfd.-Koll 7.30 Mk.
10 Pfd.-Dose echten Bienenhonig
4.50 Mk., 5 P. 1/2 Butter, 1/2, Honig
5.50 Mk. 205/17
Toni Andermann,
Buczacz via Dresden Nr. 6.

Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Reich Platz, Kaiserstr. 63.
Zentrum II: Albert Platz, Auguststr. 50, Eingang Kochstraße.
2. Wahlkreis, West: Gustav Schmitz, Alsbachstr. 14, Koch-
parterre.
Süd und Südwest: Hermann Berner,
Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fridr., Belegstr. 31, 2. Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengel, Alsbachstr. 3, am
Königsplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15
(Laden).
5. Wahlkreis: Leo Buch, Symmetrischstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Hohbit und Hansviertel): Karl Anderg,
Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weiche, Anzereichstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann
Kasche, Alsterstr. 26, Eingang Anstamstraße.
Gesundbrunn: R. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Kars, Spänerstr. 123.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seidenmeisterstr. 1, Ecke
Geiselstraße, Laden.
Wilmsdorf-Halensee: Georg Fette, Berlinerstr. 46, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto
Seltel, Kronprinzenstraße 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenfranz, Alt-Boxhagen 56.
Grünau: Otto Schröder, Köpenickerstr. 1.
Hixdorf: R. Heinrich, Redastraße 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Gumnstraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Tempelhof: R. Müller, Berlinerstr. 41/42.
Ober-Schöneberg: Julius Grunow, Edisonstr. 10, I.
Nieder-Schöneberg: Bonaforsky, Haffelweberstr. 8.
Johannisthal: Franz Hünold, Blomhardenstr. 7.
Adlershof: Erich Steiner, Hedenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Lindenwalder-
straße 4b.
Köpenick: Friedrich Wold, Kleberstr. 6, Laden.
Friedenau-Steglitz-Südende: G. Berner, Schloßstr. 119,
Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz:
G. Wöhr, Duppelstr. 32, und R. Schellhase, Hohenstr. 15a.
Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I.
Baumschulenweg: E. G. Grün, 2, II.
Trepow: Rob. Gramenz, Reichstraße 419, Laden.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Schanzstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:
P. Gursch, Brodowinstraße-Ecke Grünweg (Eingang Grünweg).
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
Hermendorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck,
Borsigwalde, Hühnerstraße 10.
Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Wöhlerstr. 73.
Bernau-Röntgenal: Heinrich Brosch, Hohenstr. 74, part.
Eichwalde, Zehlendorf, Miersdorf und Hankels Ablage:
Wilhelm Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I.
Teltow: Wilhelm Kähler, Hohenstr. 7.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Priesterstr. 46.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
Bücher dort zu haben. Auch werden Inserate für
den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

Bitte verwechseln Sie meinen
Mode-Salon nicht mit
Waren-Kreditbüchern!!

Sie können lachen
dann schon mit 1 Mark
wöchentlich Teilzahlung erhält Sie bei mir
elegante fertige Herren-Garderobe
unter Garantie für tadelloser schicken Sitz
Massenfertigung. Feinste Verarbeitung.
Werkstatt im Hause.
Hauptgeschäft:
J. Kurzberg, Rosenstraße 40-41
Am Hackeschen Markt
II. Geschäft:
A. d. Jannowitzbrücke 1, I.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Schnellnäher und
Afrana-Nähmaschinen
empfiehlt früher
G. A. Büttner Alexanderstraße,
jetzt **Andreasstraße 79,**
Ecke Holzmarktstraße.

Möbel
zu staunend billigen Preisen
such auf 1871.
Teilzahlung.
Riesenauswahl.
M. Landau
Oranienstraße 193.

Hiermit sagen wir allen Verwandten
und Bekannten sowie dem Deutschen
Metallarbeiter-Verband für die reichen
Kranzspenden bei der Beerdigung
meines lieben Gatten, unseres guten
Vaters unsern herzlichsten Dank.
Marie Lisse
nebst Kindern.
1912

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
unvergesslichen Vaters **Johann
Chamrol**, sowie für die Kranz-
spenden sage allen Freunden und
Bekanntem, insbesondere den Kollegen
der 2. Abteilung der Berliner
Straßenreinigung, dem Herrn Wald-
Kranz für seine tröstlichen Worte,
den Genossen des 5. sozialdemo-
kratischen Reichstagswahlkreises, sowie
dem Gesangsverein meinen innigsten
Dank. 3558

Die trauernde Witwe nebst Kindern.
**Kranken- u. Begräbniskasse d. Vereins
der deutschen Kutseher (E. H. No. 83)**
zu Berlin.
Montag, den 4. November, im Ver-
sammlungslokale Große Franzfurter-
straße 47: 297/7

Ordentl. General-Versammlung
Anfang Punkt 8 1/2 Uhr.
Tages-Ordnung:
1. Mitteilung. 2. Entlastung des
Vorstandes und des Aufsichtes.
3. Erledigung von Beschwerden über
den Vorstand. 4. Regelung der Ent-
schädigung für den Vorstand und den
Aufsicht. 5. Wahl des gekorrigten
Vorstandes und des Aufsichtes. 6.
Erhöhung der Beiträge auf Antrag
des Aufsichtes. 7. Geschäftliches und
Fragen.
Der Vorstand: A. H. Gust. Ailsh.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzensir. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Nach 13jähriger Praxis in Wuppinger
(Barmbeim) habe ich mich in Berlin-
Schöneberg als praktischer Arzt und
Geburtsheifer niedergelassen. 3068
Telephon: Amt VI Nr. 12 274.
Dr. med. Max Wolf
Grünebergstr. 28.
Sprechstunden: 8-10 Uhr vormittags,
3-5 Uhr nachmittags. An Sonn- und
Feiertagen 8-10 Uhr vormittags.

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für 1492
**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.
Am 1. Oktober verlege ich meine
homöop. Poliklinik
nach Elsassstr. 29. 20. 7-8 Uhr
Dr. med. Schaper, homöop.
Spezialarzt für
**Haut-, Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**

Hygienische
Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anork.
V. Prof. u. Aert. empl. bill.
Apoth. 5. Schweitzer's Fab.
hyg. Präp. Berlin O., Holz-
marktstr. 69-70. Off. vorlang.

Stolas, Kolliers, Krawatten
Muffen,
schick garnierte
Damenhüte, Barett
Herren-Mützen
und Pelzkragen,
Knaben- und
Mädchen-Garni-
turen, Fußsäcke,
Jagdtaschen,
Wagendecken, Pelz-
topps und Bett-
vorleger.
Nur eig. Fabrikat.
Große Auswahl.
Bestes Material.
Kein Zwischen-
händler, daher Fab-
rikpreise.

Sämtliche gangb. Pelzarten am Lager.
F. Kalman, Kürschner-
meister.
jetzt
Kommandantenstraße 15 I.
(gegenüber Beuthstraße).
Verkauft auch Sonntags. Wochen-
tags bis 9 Uhr abends. Tel. I. 3917.

Man kauft (samt Bettartikel, namentlich
Oderbrucher Bettfedern,
überaus vorteilhaft im großen, 1904 im
Oberbruch gegründeten Bettfedern-
Spezialgeschäft von **Otto Krohn**
(seit 1905, Brunnenstr. 171, gegenüber Van-
borst (Tel. III 4221), wobei auch in eigen.
Bettfedern-Reinigung u. elektr. Betrieb
durch zwei erprobte Spezialmaschinen
alte, zusammengefallene Betten radikal
aufgearbeitet werden, so daß sie nach der
Reinigung wieder leicht und voll sind.

Prachtsäle des Ostens.
Frankfurter Allee 150/151.
Dienstag, 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Gastspiel der **Theaterakademie.**
Die Augen der Liebe.
Lustspiel mit Gesang in 3 Akten.
Stürmischer Lachserfolg!
Entrée inkl. Anz. 30 Pf. Tanz frei.
8765

Unserem Begleitführer
Paul Kaersten nebst Frau
zu seiner Vermählung die herz-
lichsten Glückwünsche. 3590b
Die Genossen des 521. Bezirks.

Allen meinen Genossen, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß mein lieber Mann,
unser guter Vater, Schwieger-
und Großvater, der Schrauben-
dreher 1922

August Henkel
nach langen, schweren Leiden sanft
entschlafen ist.
Um dieses Beileid bittet die
trauernde Witwe
Auguste Henkel geb. Widner
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 2. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr,
vom Trauerhause Köpenickerstr. 17
nach St. Hedwigskirche (Zentral-Begräb-
nis) statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
(Straßauer Viertel).
(Bezirk 336.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Schrauben-
dreher

August Henkel
gestorben ist. 283/9
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 2. d. M., nach-
mittags 1 1/2 Uhr, vom Trauer-
hause Köpenickerstr. 17 aus nach dem
Zentral-Friedhofe in Friedrichs-
felde statt.

Um rege Beteiligung eruchtet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Görlitzer Viertel).
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Genosse, der
Buchdrucker

Julius Michulski
wohnhalt Reichendergerstr. 166,
Bezirk 88/171 II
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
nachmittags 4 Uhr von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes aus
statt. 283/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 28. September verstarb unser
Mitglied, der Möbelpolierer

Richard Schwahn
Oberbergerstr. 14.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 2. Oktober, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichenhalle
des Gethemane-Kirchhofes im
Nieder-Schönhaufen (Nordend)
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung eruchtet
Der Vorstand.
296/13

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Kollierer

Richard Schwan
am Sonnabend, den 28. Septem-
ber verstorben ist. 95/6
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 2. Oktober, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichenhalle
des Gethemane-Kirchhofes im
Nieder-Schönhaufen (Nordend)
aus statt.
Um rege Beteiligung eruchtet
Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Hausdiener
Mitgliedschaft I
des Deutschen Transportarbeiter-
Verbandes.
Nachruf.
Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, daß der Kollege

Oskar Habermann
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Montag
auf dem Dorotheenstädtischen Kirch-
hof in Reinickendorf statt. 75/15
Die Ortsverwaltung I.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie Kranzspenden bei
dem Begräbnis unseres lieben Sohnes,
des Bruders **Max Kochmann**,
sagen wir den Verwandten und Be-
kannnten sowie den Kollegen der Firma
J. Gultmann, Schönhauser Tor 9,
und dem Deutschen Metallarbeiter-
Verband unseren tiefgefühltesten Dank.
Eltern und Frau.

Bettfedern - Fabrik mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

BERLIN S., Prinzenstr. 45, 46, (v. 1. 10. cr. ab) auch 47

Betten - Spezialgeschäft Deutschlands.

Ausstreiftig größtes Bettfedern- und

Gänsefedern u. and. Sort. Bettfedern, Daunen, fertige Betten, Schlafdecken, Steppdecken u. sonstige Bettartikel zu unerreicht billigen Preisen.

Besonders empfehlenswerte Bettenfüllung: **Seit chinesische**

Monopoldaunen

(gesetzlich geschützt)

Pfd. Mk. 2.85

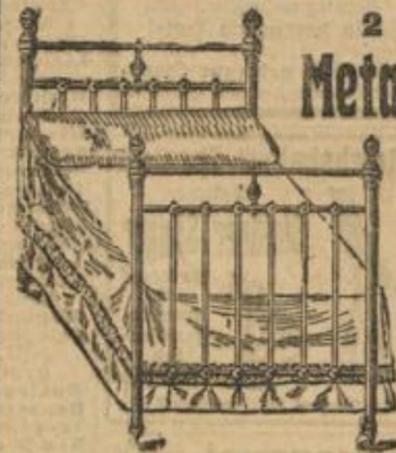
3-4 Pfund zum Oberbett ausreichend.
Tausende von Anerkennungen resp. Nachbestellungen beweisen am besten die Güte der Waren.

Umsatz im Jahre 1906:

2389 Zentner

Bettfedern und Daunen

wiederrum ca. 200 Zentner mehr als im Jahre 1905.
Von keinem anderen Betten- und Bettfedern-Geschäft auch nur annähernd erreicht.



2 Waggon
Metallbettstellen

mit
Zugfeder-Matratzen.

No. 238.
104 x 208 cm mit 83 mm starken Pfosten, oberen Messingstangen, Messinglocken, Messingkugeln und Messingverzierung über den Federrollen
Mk. 39,50.

Mit 6 Füllungsstäben, 60 cm breit

zum Ausnahmepreise von **Mk. 35.**

Leske & Lehrer

78 Kottbuserdamm 78

Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidungen

fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung: **Bekleidung für jeden Beruf.**

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinsat!
Nachdruck
verboten.

Knaben-Paletots * Knaben-Anzüge.

Winter-Paletots * Winter-Anzüge.

Jünglings-Paletots * Jünglings-Anzüge.

Hervorragende Auswahl in Stoffneuheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß unter Leitung erster Meister.

Sämtliche Sachen werden in eigenen, bedeutend vergrößerten, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt.

Wir ersuchen höflich, uns Herbstbestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir in der Lage sind, die bei uns bestellten Sachen recht sorgfältig verarbeiten zu lassen.

Unsere Maß-Abteilung ist einzig dastehend!

Der immerwährende Prachtkalender
ist erschienen, auf Wunsch erfolgt Zusendung kostenlos.

Zum Umzuge

empfiehlt das

größte Möbel-Kaufhaus des Ostens^{1861*}
(Inh. Richard Krumbek)

Ecke Samariterstr. **Frankfurter Allee 35** Ecke Samariterstr.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen,
farbige Küchen
sowie einzelne Möbelstücke.

Gegen Baar und auf Teilzahlung,
bequeme Anzahlung u. Abzahlung.

Spezial-
Möbel-Halle
Happy Goldschmidt

59 Moritzplatz 59

Ecke Stallischreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit
Absahlungs-Geschäften,
welche Garderobe usw.
führen.

Extra-Abteilung
verliehen gewonnener Möbel.
Wöchentliche od. monatl.
Teilzahlung gestattet.

Möbel

Komplette Wohnungs-Einrichtungen in
allen Stil- und Holzarten.

Einzelne Möbel als Ergänzungsstücke.

Wochenrate 1.00.

S. Dorn, Alte Schönhauserstr. 3
Am Schönhauser Tor. 759*

Wir empfehlen:

Die soziale Revolution

I. Sozialreform und soziale Revolution. II. Am Tage nach der sozialen

Revolution. Preis 1,50

Sozialreform und soziale Revolution Agitations- 0,40

Am Tage nach der sozialen Revolution Ausgaben 0,30

Von Karl Kautsky.

Beide Schriften hängen innerlich miteinander zusammen, jede einzelne bildet aber ein abgeschlossenes, selbständiges Ganzes. Die erste behandelt den Beginn der sozialen Revolution, ihre Entwickelung und Wandlung und erörtert die Frage, ob diese Wandlungen die Revolution künftig unmöglich und unnötig machen oder einen neuen Impuls einer sozialen Revolution vorbereiten. Die zweite untersucht die Aufgaben, die dem Proletariat am Tage nach der Revolution zu lösen gestellt sind, deren Schwierigkeiten und die Hilfsmittel zur Lösung. 221/9*

**Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.,
Lindenstraße 69, Laden.**

Bruch - Pollmann

empfehlen Vager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen,
Suspensorien sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
Direkt. J. Cris- u. Halls-Krankentassen.
Berlin O., 58014*

30. Finien-Straße 30.

Uns Bruchbänder mit elastischen Be-
lesten, angenehm u. weich am Körper.

Staniol von Schokolade und
Blächen fault
285/7 Tach, Schwedterstr. 248.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. v. Aerzte u. Prof. grad. u. d.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Moquettes.
Püsch-Satteltaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Berlin.
Emil Lefèvre, Oranienstr. 150.

Soeben erschienen! Bilz' Goldne Lebensregeln

Aufsehen erregendes, künstlerisch ausgestattetes Prachtwerk mit
80 wertvollen Illustrationen und mehreren Kunstbeilagen. — Preis
2 Mark. Zu beziehen durch F. E. Bilz' Verlag, Dresden-Elbeufer
und Leipzig, sowie durch alle Buchhandlungen.

Der Vorsitzende des Vereins für Körperkultur, Dr. med.
Jaerachky-Berlin schreibt: „Warmherzig und begeistert ge-
schrieben, werden die „Goldnen Lebensregeln“ Wiederhall in den
Hörnen der Menschen finden.“ — Prof. Reinh. Segas-Berlin:
„Die Lehren und Anleitungen, welche Bilz' „Goldne Lebensregeln“
für Körperkultur und speziell für Nacktgymnastik geben, finden
meinen vollsten Beifall.“

Zur Kommunalwahlbewegung.

Flugblattverbreitung im 6. Wahlkreis.

Sonntag, den 6. Oktober, findet im 32., 34., 35., 36., 44., 45. und 48. Kommunal-Wahlbezirk eine Flugblattverbreitung statt. Wir bitten die Genossen, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Der Stadtfreisinn „macht alles“.

Unentwegt fährt die „Freisinnige Zeitung“ fort, für die Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen sich jener Kampfweise zu bedienen, in der sie seit langem unerreicht dasteht und durch die sie sich ihren üblichen Ruf geschaffen hat. Sie sucht jetzt ihren Lesern vorzuschwären, dem „Vorwärts“ sei es „recht unangenehm“, daß sie die „Freis.“ „aufgedeckt“ habe, wie die Sozialdemokratie weiter nichts tun könne, als sich liberale Reformvorschlüsse anzueignen. Unangenehm? Ach nein! Uns ist es allezeit überaus angenehm gewesen, daß das verlogen-verlogene Freisinnblatt nicht davon lassen mag, mit diesem „Vorwärts“ Krebsen zu gehen. Wir können uns nur darüber freuen, wenn liberale Wähler so durch ihre eigenen Vorkörper zum Nachdenken angeregt und förmlich darauf gestoßen werden, daß in der Stadtverordnetenversammlung Berlins der Liberalismus erst durch die Sozialdemokratie dazu gedrängt worden ist, sich wieder mal der „alten liberalen Forderungen“ zu erinnern und endlich die eine oder die andere zu erfüllen.

Die „Freis. Ztg.“ stellt sich dumm und tut so, wie wenn sie aus dem „Vorwärts“ die Behauptung herausgelesen hätte, daß in unserer Gemeindeverwaltung überhaupt noch keine Reformen zustande gekommen seien. Mit Verlaub: wenn dieser Unsinn jemals von uns behauptet worden wäre, dann könnten wir es den Vorkörpern des Stadtfreisinns wirklich nicht verübeln, daß sie schwächen, man brauche die Sozialdemokratie nicht im Stadtparlament. Wir haben aber oft genug hingewiesen auf die Fortschritte zum Besseren, die in der Gemeindeverwaltung Berlins allmählich doch gemacht worden sind, nachdem der Anstoß dazu immer wieder „von links“, d. h. von der Sozialdemokratie, gekommen war. Diese Reformanfänge, die Berlin dem Rahmen und Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu danken hat, sind ja auch für die Kommunalwähler dritter Abteilung Grund geworden, sich immer mehr der Sozialdemokratie zuzuwenden, damit ihr Einfluß auf die Gemeindeverwaltung immer weiter gesteigert werde. Die „Freis. Ztg.“ möchte allerdings möglichst die Legende aufrecht erhalten, daß der Stadtfreisinn „alles macht“ (wie ein geflügeltes Wort sagt), und zwar alles aus eigenem Antrieb macht.

Auch in dem Kampf gegen das Straßenbahnmonopol wären wir noch um keinen Schritt weitergekommen, wenn nicht Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung wären. Das Flugblatt zu den bevorstehenden Kommunalwahlen, das von unseren Genossen im zweiten Reichstagswahlkreis verbreitet worden ist und über das die „Freis. Ztg.“ sich so sehr erboht hat, erinnert mit Recht daran, daß im Rathaus die Forderung der Sozialdemokraten, die Stadt solle selber Straßenbahnen bauen und betreiben, lange bei der freisinnigen Mehrheit auf zähen Widerstand stieß, der erst in neuester Zeit endlich aufgegeben worden ist. Und ebenso mit Recht sagt das Flugblatt: „Es sei uns die Frage gestattet, ob die Versammlung es gewagt hätte, gegen den Stachel zu lösen, wenn ihr nicht die Sozialdemokratie den Rücken gestärkt hätte.“

Um diese Tatsache drückt sich die „Freis. Ztg.“ herum. Statt dessen schildert sie die Vorgänge bei Verlangung des Straßenbahnvertrages so, daß ihre Leser geradezu glauben müssen, die Sozialdemokraten im Rathaus seien eigentlich eine Schutztruppe der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft. Vielleicht wird das Flugblatt des Kommunalfreisinns in seiner unermüdbaren Dreistigkeit nächstens erzählen, nur den Sozialdemokraten habe die „Große“ es zu verdanken, daß der Stadtfreisinn dem Straßenbahnmonopol nicht längst ein Ende bereitet habe.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im „Luisenpark“ die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht vom Parteitag in Essen. Berichterstatter: Genosse Siedow-Reichendorf. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Vereinsangelegenheiten.

Parteilosen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es allen zur Pflicht, vollständig zu erscheinen. Diese Versammlung darf keinen so schlechten Besuch aufweisen, wie es in den letzten Monaten der Fall war. Gäste, auch Frauen haben Zutritt. Der Vorstand.

Steglitz. Mittwoch, 8 1/2 Uhr: Versammlung des Wahlvereins im Restaurant Schellkase. 1. Der Essener Parteitag. Referent: H. Schulz. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom III. Quartal. 4. Beratung des Verbandsstatut. 5. Verschiedenes. Genossen! Das Versammlungsleben muß wieder seinen Anfang nehmen. Wir erwarten regen Besuch.

Treptow-Baumfalkenweg. Heute, Dienstag 8 1/2 Uhr, finden neun öffentliche Versammlungen statt. Fortsetzung der Tagesordnung der Versammlungen vom Montag. Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt. In Baumfalkenweg bei Schäfer, Ehrst, Krause, Rädig, Kubisch, in Treptow bei Wernicke (Rembahn), Schmidt, Mohlau und Schröder. Der Vorstand.

Widau-Hohenschme. Den Parteigenossen oben genannter Orte zur Kenntnis, daß am Mittwoch, den 2. Oktober, pünktlich 8 Uhr im bekannten Lokale der Zahlabend stattfindet. Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen ist dringend nötig. Der Bezirksführer.

Nordend. Mittwoch, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Genossen Schäfer die Versammlung des Wahlvereins statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Barth. Tagesordnung: 1. Bericht vom Internationalen Kongress. Referent: Genosse Freiwaldt. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Verschiedenes. Die Parteitaglisten sind am Dienstag abzurechnen.

Boisdam. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Radentzün, Kaiser Wilhelmstr. 33. statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag in Essen, Neuwahl des gesamten Vorstandes, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Bei dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Arbeiter-Bildungsschule.

Wir machen nochmals auf den Lehrplan der Arbeiter-Bildungsschule in der heutigen Ausgabe des „Vorwärts“ aufmerksam und empfehlen ihn der Beachtung der Parteigenossen.

Größe und Gewicht der Berliner Schulkinder.

Die durchschnittliche Körpergröße und das Gewicht der Berliner Volksschulkinder sind in einer vergleichenden Tabelle festgehalten, die wir in dem soeben erschienenen Taschenbuch für die Schullärzte finden. Die Schulkinder der Reichshauptstadt schneiden im Vergleich zu anderen Städten gar nicht so übel ab. Wenn ein Berliner Abspähler im Durchschnitt 118,6 Zentimeter groß und 20,1 Kilogramm schwer ist, so hat es sein Altersgenosse in Halle nur auf 110 Zentimeter und 19 Kilogramm gebracht. Aus Kiel und Lübeck, aus Freiberg und Posen fehlen die Gewichtangaben, aber die entsprechenden Zahlen für die Größen sind 109,3, 111,7, 108,6 und 106,9 Zentimeter. Selbst die sechsjährigen Kinder in den Dorfschulen Hinterpommerns stehen mit 112,4 Zentimeter durchschnittlicher Körperlänge hinter den Berliner Altersgenossen zurück. Auch Breslau kann sich mit Berlin nicht messen, da hier die Kinder nur 106 Zentimeter groß und 18,7 Kilogramm durchschnittlich schwer sind. Diese Verhältnisse bleiben im wesentlichen durch alle Altersstufen dieselben, und nur in den beiden letzten Schuljahren, bei den 13- und 14jährigen Volksschülern tritt eine Veränderung zu ungunsten Berlins ein. Da zeigen sich z. B. die Schulkinder in Hinterpommern mit einer durchschnittlichen Größe von 148,8 Zentimeter den Berliner Altersgenossen um 2 Zentimeter überlegen. — Alle diese bisher angeführten Zahlen gelten aber nur für die Volksschulen. Es besteht nämlich ein wesentlicher Unterschied zwischen Körperform und Gewicht eines Volksschülers und eines Höflings der höheren Lehranstalten, und zwar zu ungunsten der Volksschüler. In Berlin befinden sich die Kinder der weniger begüterten Klassen hierin in einem ganz erheblichen Nachteil. Während ein 12jähriger Gymnasiast im Durchschnitt 145,4 Zentimeter groß ist und 37,1 Kilogramm wiegt, hat es der gleichaltrige Volksschüler nur auf 139,7 Zentimeter und 32,9 Kilogramm gebracht, und ähnliche Verhältnisse lassen alle Altersklassen erkennen. Die Ursachen für diese Erscheinungen werden in dem Vorwort zu den Tabellen von Dr. Samojch (Wreslau) damit erklärt, daß die sozialen Verhältnisse für das Wachstum der Kinder von großer Bedeutung sind.

Die Berliner politische Polizei will wieder einmal ihre Daseinsberechtigung beweisen. Sie hat den österreichischen Staatsangehörigen Schriftsteller Rudolf Grohmann, der dieser Tage nach Berlin kam, um mit seinem Verleger zu verhandeln, als „lästigen“ Ausländer dem Ausweisungsbefehl zugewiesen. Grohmann hat sich nichts zu schaden lassen, er ist aber Anarchist und das genügt der Polizei, ihn sänfteln wieder abzuschieben.

Gestern früh ist auf Anordnung des Oberreichsanwalts der Rebalter des „Freien Arbeiter“ Destrach wegen Hochverrats verhaftet worden. Anklagen wegen Hochverrat scheinen jetzt in Mode kommen zu sollen.

Der tödliche Tod einer Näherin in der Straßburger Straße läßt es zweifelhaft erscheinen, ob hierbei ein Mord oder ein Selbstmord vorliegt. Sonntagnachmittag meldete der am 28. Dezember 1868 zu Berlin geborene Wähler Alfred Hensel dem 80. Polizeirevier, daß sich seine Frau, die ledige Näherin Frida Weding, geboren am 8. April 1880 zu Schloppe, bei der Hensel seit dem 1. September d. J. unangemeldet wohnte, in ihrer im ersten Stock des Quergebäudes Straßburger Straße 21 belegenen Wohnung um 5 1/2 Uhr nachmittags erhängt habe. Hensel will im Bett gelegen und geschlafen haben, plötzlich aber von einem dumpfen Fall erwacht sein. Er sei gleich aufgesprungen und habe die nach seiner Angabe an Ohnmacht leidende und — wie er annahm — wieder ohnmächtig gewordene Weding auf der Schwelle zum Nebenzimmer liegen sehen, sie gleich mit Wasser begossen und auf ihr Bett getragen. Darauf habe er den Arzt Dr. Weinfeld gerufen, der aber nur noch den Tod habe feststellen können. Eine fest um den Hals der Weding gezogene Schnur, die er aber leicht abnehmen konnte, will Hensel erst bemerkt haben, als er das Mädchen aufs Bett gelegt hatte. In Gegenwart des Dirigenten der Kriminalabteilung Oberregierungsrats Doppe wurde die Leiche durch den Gerichtsarzt Dr. Fränkel untersucht. Nach dem Befunde liegt die Möglichkeit der Erdrosselung durch fremde Hand, aber auch die Wahrscheinlichkeit des Selbstmordes vor. Genauer kann erst die Obduktion des Leichnams ergeben. Spuren eines Kampfes vor dem Tode waren nicht zu finden, andererseits war auch nicht zu sehen, auf welche Weise das Mädchen den Selbstmord begangen oder wo und wie sie die Schnur befestigt hatte und wie das Zubodenfallen des Körpers hatte veranlaßt werden können. Die Leiche ist zunächst in der Wohnung belassen worden, die polizeilich bewacht wird. Hensel ist vorläufig in Haft genommen.

Nicht standesgemäß? Die Konfirmationsfeiern, die in den Garnisonkirchen Berlins vollzogen werden, erhalten gewöhnlich dadurch eine besondere Weihe, daß man bei solchen Gelegenheiten unter den Konfirmanden auch etliche hoffnungsvolle Junker bestaunen kann. Am letzten Sonntag gab es in der Alten Garnisonkirche (Neue Friedrichstraße) eine Konfirmationsfeier, an der sogar ein volles Duzend Junkersprohlinge beteiligt waren. Außer ihnen sollte nur ein einziger Bürgerlicher mit eingeseget werden, ein Unglücksfall, dem die Rolle des Dreizehnten zugefallen war. Dieser Dreizehnte war Walter Ahleit, ein Sohn des Kastellans Ahleit, der bei der Oberstaatsanwaltschaft beschäftigt ist. Die Feier begann, und ein Militärpater hielt vor den andächtig laufschenden Konfirmanden und ihren Angehörigen die Predigt. Wovon sprach er? Der Text, den er seiner Predigt zugrunde legte, ist uns nicht bekannt. Er muß aber von einer ganz besonderen Art gewesen sein; denn der Herr Pfarrer exemplifizierte beständig auf die zwölf Junkerchen. Nur auf die zwölf, nicht auch auf den dreizehnten, der ja kein Junkerchen war! Als es dann ans Einsegnen ging, traten die zwölf „Edelsten“ in Paaren vor, ein Paar nach dem anderen, und trugten ihren Segen. Der Dreizehnte aber, der Sohn des Kastellans, blieb übrig — und kein Mensch beachtete ihn. Seine Angehörigen waren erstaunt und bestürzt. Hatte der Vater, der doch Soldat gewesen war, kein Anrecht darauf, seinen Jungen in der Garnisonkirche eingeseget zu sehen? Hatte der Junge irgend etwas verbrochen, was ihn unwürdig erscheinen ließ, mit den anderen zusammen den Segen zu empfangen? Nach Schluß der Feier trat Herr Ahleit an den Pfarrer heran und fragte, warum man ihn seinen Jungen nicht mit eingeseget habe, wie es doch in Aussicht gestellt gewesen sei. Der Pfarrer soll ihm geantwortet haben, auf Anordnung einer höheren Instanz habe er den Jungen nicht mit einsegnen dürfen. Während nun der Vater noch mit dem Pfarrer debattierte, verließ Walter die Kirche, lief nach Hause, ließ sich vom Dienstmädchen 3 R. geben und — verschwand. Das war am Sonntag in der Mittagstunde. Noch in den Nachmittagsstunden des Montags war er nicht wieder nach Haus zurückgekehrt. Was aus ihm geworden ist, ist bis jetzt nicht bekannt, bekannt ist nur, daß er sich die ihm gewordene Zurücksetzung sehr zu Herzen genommen hat.

Bei einer Segelfahrt ertrunken ist am Sonntag der Student med. Felix Vott, der bei seinem Onkel, dem Arzt Dr. Raab, in Heiligensee sich beschuhte. Dr. R. ist Besitzer eines Segelbootes und unternahm mit seinem 10jährigen Sohn und seinem Reffen gegen 3 Uhr nachmittags eine Ausfahrt auf die Havel. Der gleichmäßige gelinde Wind ließ an keine Gefahr denken. Plötzlich erhob sich jedoch über dem Wasser ein ziemlich starker Wirbelwind, der die Segel erfaßte und das Boot umlegte. Zahlreiche in der Nähe befindliche Ruderer eilten sofort den Verunglückten zu Hilfe und es gelang auch Dr. Raab und dessen Sohn zu retten, während Vott, anscheinend von einem Schlaganfall betroffen, sofort untergegangen war. Trotz mehr als einstündigen Suchens nach der Leiche gelang es nicht, diese aufzufinden.

Bei dem am Sonntag auf der Havel herrschenden frischen Brise kenterte bei Papenberge ein Segelboot mit drei Insassen. Während es unter großer Anstrengung gelang, einen älteren Herrn und einen Knaben zu retten, ertrank ein etwa zwanzigjähriger junger Mann und konnte trotz eifrigen Suchens nicht geborgen werden.

Eine große Menschenansammlung gab es gestern mittag an der Dranienbrücke. Dort war ein ansiehend dem besseren Stande angehöriger Mann, nachdem er sich seiner Oberleiber entledigt hatte, in den Landwehrlanal gesprungen. Sofort wurden Rettungsversuche unternommen, die auch von Erfolg gekrönt waren. Noch lebend wurde der Lebensmilde aus dem Wasser geholt und in einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

In die Kammer einer Nähmaschine geraten ist am Sonnabend um 5 Uhr eine 15jährige Arbeiterin, die in der Buchbinderei von Friedrichowicz, Grünstraße 3-4, beschäftigt war. Dem jungen Mädchen wurde der Fingerring der rechten Hand zermalmt, im Krankenhaus Bethanien mußte der Finger abgenommen werden. Wie wir hören, schloß die Schutzvorrichtung, als das Unglück passiert war, wurde sie angebracht. Der Chef soll dann noch geschimpft haben, daß ihm durch den Vorfall Kosten entstehen.

Zwei furchtbare Unfälle sind am Sonntag durch vorzeitiges Auffpringen resp. Verlassen in der Fahrt befindlicher Straßenbahnwagen verursacht worden. Der in der Choriner Straße 88 wohnende Künstler Johannes Valerius versuchte in der Schönhauser Allee vor dem Hause Nr. 81 den ersten Anhängewagen eines Straßenbahnzuges der Linie 57 zu besteigen, glitt von dem Treittret ab und fiel so unglücklich zu Boden, daß er mit dem rechten Bein unter den Schupprahmen des zweiten Anhängewagens geriet. Dem Unglücklichen wurde das Fleisch von dem Oberschenkel bis auf die Knochen losgerissen und auch der Schenkelknochen beschädigt. Er wurde zunächst nach der Unfallstation II in der Schönhauser Allee gebracht und von dort nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt, wo ihm das Bein abgenommen werden mußte. — Beim Absteigen von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 35 vor dem Hause Schwabenstr. 12 stürzte ein 35jähriger unbekannter Mann, dessen Personalien auch bis jetzt noch nicht ermittelt werden konnten, so unglücklich, daß er eine schwere Oberschenkelverletzung, innere Verletzungen und einen Bruch des linken Oberschenkels erlitt. Er wurde nach der königlichen Klinik in der Fiegelstraße übergeführt.

Durch Einatmen von Leuchtgas suchte sich gestern der beschäftigungslose Arbeiter Karl Vormann aus Pappot das Leben zu nehmen. Der 35jährige Mann, der erst am Sonnabend von der Albrechtstraße nach der Prinz Eugenstraße 24 gezogen war, öffnete in der Nacht den Korridor einer durch sein Schlafzimmer führenden Gasleitung. Durch den intensiven Gasgeruch, der sich selbst auf den Treppen bemerkbar machte, wurden Hausbewohner aufmerksam gemacht, die den Wert benachrichtigten. Dieser ließ, als ihm auf Klopfen nicht geöffnet wurde, die Tür der Vormannschen Wohnung eröffnen, und nun wurde der Arbeiter brennungslos aufgefunden. Man brachte den Lebensmüden nach der Unfallstation VI in der Hindower Straße, wo es den ärztlichen Bemühungen gelang, ihn wieder in das Leben zurückzurufen. Dann wurde der Schwerverrannte nach dem Virchow-Krankenhaus übergeführt. Aus einer an den Vater des V., einen Rentier, adressierten Karte war zu entnehmen, daß der Mann wegen Arbeitslosigkeit den Selbstmordversuch unternommen hatte.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde am Montagnachmittag die Feuerwehr nach der Köllnische Straße 10 gerufen. Das Gehäus an der Vierenstraße gegenüber dem Humboldthain stand in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Inhalt der Bodenregale, besonders an dem Hausrat der Mieter und an dem Gehalt reiche Nahrung gefunden. Der 16. Jng mußte mit drei Schlauchleitungen längere Zeit kräftig Wasser geben, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Der Schaden ist erheblich; die Entschädigung konnte noch nicht aufgestellt werden.

Auf der Hallig betitelt sich die Pantomime, die Zirkus Busch in diesem Jahre bringt. Der Verfasser, Herr Vorkhardt-Hootnik will uns nach der nordischen Inselgruppe der Halligen führen und uns das armselige, mühevolle Leben der Bewohner veranschaulichen. Ihr Leben ist ein ständiger Kampf mit dem nassem Element, dem sie ja ihre Nahrung abringen müssen. Natürlich spielt eine Liebesgeschichte die Hauptrolle. Eine Fischerstochter bestiegt während eines Sturmes den Kahn, um ihrem Geliebten, der draußen auf hoher See ist, Hilfe zu bringen. Das Unwetter läßt das Boot kentern und sie wird ein Opfer des tosenden Meeres. Eine Landexpedition steigt hinauf in die grauschneeige Tiefe, in der es wimmelt von allerlei Ungeheuer; sie findet das Mädchen, bringt es an die Oberfläche, wo es wieder ins Leben zurückgerufen wird. Natürlich ist letzteres nirgends anders als in einer Zirkuspantomime möglich. Die Ausstattung war diesmal weniger als möglichst glänzende Prachtentfaltung der Kostüme gelegt als auf das Dekorative. Die Range war in das „Meer“ verwandelt und in einem Halle schien uns der „Kampf“ mit dem „tosenden“ Element mehr eine gemütliche Spielerei zu sein, allein der Schlußakt versöhnte uns wieder. Köhnen, Wasserzirkus, alles was dazu gehört, ist vertreten und glänzende Beleuchtungskunst tut ein übriges.

Im Zirkus Schumann fand am Sonnabend die Erstaufführung einer neuen Pantomime statt. Das Stück nennt sich „Ein Fest auf dem Redar“, humoristische Bilder aus dem modernen Studentenleben, mit plastischen Darstellungen auf dem Wasser, in drei Abteilungen von August Stiels, inszeniert vom Direktor Albert Schumann und ist als Fortsetzung der bekannten Pantomime „Die lustigen Heidelberger“ gedacht.

Diese neue Vorleser hält sich ziemlich frei von der üblichen Spekulation mit Frauenfleisch und Tritot; natürlich fehlt das Vallet nicht, aber der hübsche Tanz der Schwabinnen im ersten Akt ist erfreulicherweise nicht zu einer jener abgeschmackten rotewirbelnden und rotfliegenden Ballettarten mißbraucht worden. Trotzdem bietet die Szenereie ein äußerst belebtes Bild und die zahlreichen komischen Intermezzeos, besonders während des plötzlich hereinbrechenden Platzregens im ersten Akt, werden dieser neuen Vorleser sehr viel Beifall eintragen, wenn erst die Sache einmal, wie man in Schwaben sagt, „am Schnürchen geht“. Das war am Sonnabend noch nicht der Fall, da waren die Schnüre noch etwas sehr in Unordnung. Im zweiten Akt, der auf dem Redar spielt, und wo von der Höhe herab auf einem Schienengleise sechs Fische mit allegorischen Gruppen — Altertum, Jugend, Mittelalter, Reformations, 18. Jahrhundert, Neuzeit — herabgleiten, gab es sogar einen Schienendest. Glücklicherweise ohne tragischen Ausgang, jedoch mit einem ganz programmwidrigen Anfang. Das erste Floß blieb auf halber Höhe stecken und als man es endlich glücklich wieder in Bewegung gebracht hatte, kam das Fundament des Altertums erheblich ins Wanken, kippte nach vorne um und die ganze Gruppe, Palas Athene in weitem Vogen voraus (wie es sich für die Göttin der Wissenschaft ja auch gebührt), stürzte kopfüber in die Fluten des Redar. Erfolgreicherweise bestand der ganze Schaden in dem unwillkürlichen Sturzab der Palas Athene und ihrer Gefährtin. Als beim zweiten Floß dasselbe Unheil drohte, wurde von verschiedenen Seiten aus dem Publikum der Ruf laut „aufhören“. Die Regieleitung ließ sich jedoch bei ihren Reparaturarbeiten nicht betören und so kam alles schließlich doch noch zu einem guten, freilich auch sehr späten Ende.

Radrennen zu Spandau, 20. September. Leider sollte es in dem hochdotierten „Großen Preis der Stadt Spandau“, der in zwei Läufen über 40 und 60 Kilometer ausgetragen und von den Fahrern P. Guignard, N. Wallhour, Salzman, Wanderslust, John und Wenus Bedell bestritten wurde, zu einem befägenwerten Sturz kommen, bei dem

die Fahrer Walkhour und Sulnard, die Schrittmacher Hofmann und Stipolocher mehr oder minder schwer verletzt wurden und ein Mitglied der Sanitätskolonne, allerdings durch eigene Schuld, zu Tode kam. Der erste Lauf war glücklich beendet, als beim zweiten in der 52. Runde der Guignard'sche Motor durch Reifenschaden samt Schrittmacher und Fahrer zu Fall kamen. Der zu Hilfe herbeieilende Samariter rammte unglücklichweise gerade in den nun folgenden Motor Walkhours hinein, dadurch den Sturz des Schrittmachers Hofmann und Walkhours veranlassend. Der unvorsichtige Samariter erlitt einen Schädelbruch und starb nach wenigen Minuten; auch Walkhour zog sich eine Gehirnerschütterung zu, die seine Ueberführung nach dem Krankenhause nötig machte. Stipolocher trug eine Querschnittsfraktur des Beckens und Hofmann eine Verletzung des Beines davon, während Guignard am glimpflichsten mit Abschürfungen aus dem Unfall hervorging. Das so schön begonnene Rennen wurde von den vier unverletzt gebliebenen Fahrern beendet; aber die Freude an dem sportlichen Schauspiel war gestört. Einige Rennen für die Flieger vervollständigten das Programm.

Sportpark Treptow. Das „Stundenrennen“ mit der Teilnahme von Rat Butler, Demle und Przhrembel verliefte nicht, der kleinen Bahn ein volles Haus zu beschieren. Leider war das Ergebnis kein einwandfreies und gab es Zwischenfälle mancherlei Art. Sieger blieb Rat Butler mit 68,400 Kilometer vor Przhrembel, 65,100 Kilometer; Demle nach dem 63. Kilometer aufgegeben.

Die „Fliegerrennen“ hatten wie stets ein starkes Feld an den Start gebracht, doch vermochten die Matadore nicht, sich glänzend zu erweisen. Das Hauptfahren gewann Rabe vor Hoffmann, Moretti und Patole. — Im Vorgabefahren siegte Vitzholz (70 Meter) vor Keil (60), Ergleben (60) und Gorch (70), während die Walleute Rabe und Moretti unplatziert endeten. — Im Prämiensfahren errang Schmittchen den ersten Preis vor Vitzholz und Nicoleszig. Vitzholz und Keil kamen kurz vor dem Ziel zu Fall und lief Vitzholz über das Zielband.

Radrennen in Steglitz. Der Besuch am Sonntag war durch die gleichzeitigen Veranstaltungen in Spandau und Treptow etwas beeinträchtigt. Immerhin wohnten über 10 000 Menschen dem „Großen Preis von Europa“ bei. Durch die Teilnahme von Dickmann, Kohl, Nijer, Schipke und dem neuen Stern Verbiß versprach das 100 Kilometer-Rennen sehr interessant zu werden. Eingeteilt in zwei Läufe über 40 und 60 Kilometer gelang es jedesmal dem Belgier Verbiß, seine Gegner glänzend zu schlagen und in der Zeit von 1 Stunde 13 Minuten 01 1/2 Sekunden die Gesamtstrecke hinter sich zu bringen. 2. Kohl 83,370 Kilometer, 3. Schipke 91,190 Kilometer, 4. Dickmann 90,590 Kilometer, 5. Nijer 88,400 Kilometer.

Im Bernhard Rose Theater muß die für Wittwood, den 2. Oktober angelegte Opernaufführung „Der Troubadour“ ausfallen, statt dessen wird der „Fischschuß“, romantische Oper von Carl Maria von Weber in Szene gehen.

Das Berliner Aquarium hat eine Reihe neuer, seltener Tiere, die den Klassen der Weichtiere, Reptilien, Affen u. a. angehören und aus Mittel- und Südamerika, Indien und dem Mittelmeergebiet stammen, erworben. Eine recht bemerkbare Rade füllten einige Soeden durch die Adriastraktion Robignos eingelieferte Exemplare eines achtfüßigen Tintenschnecken aus, dessen Arme im Gegensatz zu denen des großen Kraken (Octopus) mit nur einer Reihe Saugnapfe besetzt sind und dessen Fleisch wegen des anhaftenden Narkotischer Geruchs nur von ärmeren Leuten gegessen wird. Ihre absonderlichen Bewegungen und andere biologische Eigenheiten machen die Tintenschnecke zu den anziehendsten Lebewesen. In Mittelamerika heimatisiert eine in hintersten Glashaus der Schlangengalerie rechtzeitig bei dem nur auf Haiti vorkommenden riesigen Rhinoceros-Requonen untergebrachte große Schlange, der Rannulequan, der sich von seinem ebengenannten Familiengenossen durch einen großen hängenden Schwanz mit Stacheln, durch das Fehlen des Stirnhorns und der gewölbten Rippenplatten, durch die lebhaftere, im wesentlichen grün, blau und braun getönte Färbung des Schuppenkleides unterscheidet, meist auf Bäumen lebt und hier allerhand Pflanzenstoffe verzehrt.

Feuerwehrrichter. Am Sonntagabend kam während der Vorstellung im Loryingtheater Feuer aus, das von der anwesenden Sicherheitswache auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Im Kellerkuchel der Hinterbühne waren Lumpen und Papier in Brand geraten. Das Publikum blieb ruhig. In der Zuschauertribüne kam nachmittags in einem Kinosmatographentheater ein Brand zum Ausbruch. Filmstreifen usw. hatten sich unter großer Ornamentverwirrung entzündet. Zum Glück ist bei der Flucht des Publikums niemand ernstlich verletzt worden. Kräftig Wasser geben mußte die Feuerwehr bei einem Brande auf dem Hofe Einleitstraße 121, wo Müll brannte. Nachts um 2 Uhr stand am Johllischen Weg auf dem Hollandschen Felde am Bahnhof Gesundbrunnen eine große Laube in Flammen. Vorher war in einer Wabestube in der Thomasstraße 9 Feuer ausgebrochen. Ein Schaldeckelbrand mußte Chausseestraße 50 gelöscht werden. Ein anscheinend Weistestranter alarmierte gestern die Wehr nach dem Kottbuser Ufer 44. Ferner liefen noch Alarmer aus der Nigauer Straße 74, Köthlinger Straße 67, Dirlingsstraße 60, Wulowstraße 24, Drangelstraße 113, Kubener Straße 87, Unter den Linden 47, Briber Straße 1, Straße 9 Nr. 3, Sidingenstraße 72, vom Grotzerplatz an der Schwedterstraße und anderen Stellen ein. Fleisch, Hängebuden, Möbel, Bäume usw. brannten dort.

Turnverein „Fichte“. Auf die heute, 8 1/2 Uhr abends, stattfindende Eröffnung der 15. Männer-Abteilung in der Turnhalle Kottbuser Ufer 51 seien Freunde des Turnens besonders hingewiesen. Die Aufnahme neuer Mitglieder findet in der Turnhalle statt. Auskunft über die in allen Stadtteilen befindlichen Abteilungen erfolgt durch die Geschäftsstelle des Vereins, Berlin O. 17., Koppensstraße 24.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beschäftigte sich die ordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins am 24. September. Genosse Obst erstattete den Tätigkeitsbericht unserer Fraktion. Redner besprach zunächst die Zusammenfassung des gegenwärtigen Stadtverordnetenkollegiums. Des weitern: würdigte er kritisch die Haltung der einzelnen bürgerlichen Fraktionen, wobei er namentlich schonungslos mit dem volksfeindlichen Verhalten der Hausbesitzerfraktion ins Gericht ging, ferner Partei, die ihre Stellungnahme unter Außerachtlassung der Interessen der Allgemeinheit lediglich einrichtete auf eine rigorose Vertretung des Geldadmirals. Demgegenüber habe unsere Fraktion stets mit Energie für die Hebung der Lage der breiten Volksmassen einzutreten sich bestrebt. Zum Teil sei die Arbeit unserer Genossen von Erfolg gekrönt worden und die Pflicht der Wähler namentlich der Arbeiterklasse sei es, bei den kommenden Wahlen durch massives Eintreten für die Arbeiterkandidaten für eine möglichst große Stärkung unserer Fraktion zu wirken. Bedinglich dadurch würde es gelingen, daß unsere Vertreter einen größeren Einfluß auf die Stadtverwaltung im Interesse der Arbeiterklasse erlangen. — Der Bericht wurde in der Diskussion noch durch die Genossen Stadtverordneten Müller, Däumig und Wämmler ergänzt. — Es folgte dann auf Vorschlag des Vorstandes die einstimmig' Aufstellung der folgenden Kandidaten: für den 1. Bezirk: die Genossen Wagnan und Thiele; für den 2. Bez.: Gen. Obst; für den 5. Bez.: Gen. Röllenhuth; für den 6. Bez.: Gen. Wämmler; für den 8. Bez.: Gen. Wolfram und Müller; für den 10. Bez.: Gen. Bernstein und Gabel. — Mit kernigen, anfeuernden Ansprachen der Genossen Vollenbrunn und Müller schloß

die Versammlung nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten.

Den Bericht vom Parteitag nahm eine weitere Wahlvereinsversammlung entgegen, die am 27. September tagte. Genosse Max Grünwald referierte. Er führte etwa folgendes aus: Die Tätigkeit des Offener Parteitages sei eine ruhige, organisatorische gewesen. Der Geschäftsbericht sei geeignet, hohe Verehrung zu erwecken. Zeige er doch, daß der ungünstige Ausfall der letzten Reichstagswahlen nicht im geringsten insandte gewesen sei, die Entwicklung unserer Partei zu heben. Die sehr befriedigenden Fortschritte unserer Organisation im letzten Jahre legten Zeugnis ab von der ungebrochenen Werbekraft des sozialistischen Gedankens und böten die Gewähr für eine ruhige, auf sicherer Basis ruhende weitere Ausbreitung unserer Partei. Aller Orten mache sich das Streben nach Bildung bemerkbar, und das Interesse, das diesen Bestrebungen entgegengebracht werde, zeige, wie sehr die Partei die Wichtigkeit erkannt habe. Die Früchte dieser Arbeit würden später zum Wohle der Partei ausschlagen. — Die Diskussion über den parlamentarischen Bericht zeitigte eine gründliche Aussprache über die sogenannte „Hinterrede“ des Genossen Koste. Es handle sich hierbei um eine prinzipielle Frage, die aktuell werden könne. Für die Sozialdemokratie sei nicht die Frage zu stellen, Angriffskrieg oder Abwehrkrieg, sondern Krieg und Arbeiterklasse! Die Diskussion in Essen habe gezeigt, daß absolut keine Stimmung vorhanden war, etwa den Standpunkt von Koste oder auch von Bebel als Programm anzuerkennen. Es sei zu begrüßen, daß die Stuttgarter Resolution keinerlei Angriffe erlief. Deshalb könne man mit dem Ausgange der Auseinandersetzung zufrieden sein. — Beim Berichte vom Internationalen Kongreß sei es nochmals zu prinzipiellen Auseinandersetzungen über die Kolonialfrage gekommen. Befremdend sei hierbei, daß die entscheidenden Gegner der gegen ihren heftigen Widerstand in Stuttgart zustande gekommenen Resolution, so der Genosse Davib, nicht auch in Essen mit derselben Energie ihren Standpunkt vertreten hätten. Erst durch das Eingreifen des Genossen Ledebour sei überhaupt eine Diskussion in Pfah geraten. Man könne daraus nur schließen, daß diese Genossen zu anderer Ansicht gekommen seien. Jedenfalls habe der Parteitag durch einstimmige Anerkennung des Stuttgarter Beschlusses zum Ausdruck gebracht, daß er eine Veränderung in der Stellungnahme gegen die Kolonialpolitik nicht vorzunehmen getilgt ist. Wie bisher müsse die Partei strikte ablehnend der gegenwärtigen gewalttätigen Kolonialpolitik gegenüberstehen. Dadurch würde natürlich nicht berührt werden der Versuch, wie es schon bisher wie beim Militarismus, so auch bei der Kolonialpolitik der Fall sei, Verbesserend zu wirken. — Zur Waisierfrage sei in Essen der Beschluß der Stuttgarter Delegation bestätigt worden; Parteivorstand und Generalkommission seien beauftragt, bis zum nächsten Parteitag in der Unterabteilung eine Regelung herbeizuführen. Die Diskussion über den Bericht zeitigte eine ziemlich lebhaftige Opposition gegen den sogenannten Bremserlaß des Parteivorstandes. — Die Stellungnahme der Partei zur Alkoholfrage sei durch das großzügige, namentlich auf die soziale Seite der Frage eingehende Referat des Genossen Burin sowie durch die vorgelegte und einstimmig angenommene Resolution zum klaren Ausdruck gebracht worden. Das Verneinliche sei, daß auch die Arbeiterabstinenz ihre Zustimmung zu der Resolution erteilt hätten. — Zur Lokalistenfrage nannte Redner zunächst das Verhalten der Geschäftslokalisierung der freien Vereinigung gegenüber den Einigungsverhandlungen ein unwürdiges. Die Einigung sei eine Notwendigkeit. Obwohl in den Zentralverbänden vieles zu kritisieren sei, verlange doch die kapitalistische Entwicklung geheimerweise eine streng zentralistische Organisation der Gewerkschaften, als die einzige Form, die den Arbeitgeberorganisationen gegenüber den wirksamsten Widerstand zu leisten imstande sei. Die hierzu angenommene Resolution sei nur zu billigen; jeder andere Beschluß wäre nur geeignet gewesen, die schwebenden Verhandlungen zu föhren. — Mit dem Gesamtergebnis des Parteitages, schloß Redner, könne man voll und ganz zufrieden sein; die Wirksamkeit des Parteitages war eine sammelnde und Klärende, darum werde sie von bleibendem Wert für die Partei sein.

Au der Diskussion beteiligten sich die Genossen Kästner, Gollmid, Frisch und Eughart. Vom Gen. Gollmid wurde dem Referenten der Vorwurf einseitiger Verichterstattung gemacht, was Gen. Grünwald entschieden zurückwies. Im übrigen brachte die Diskussion lebhaftige mehrmalige Auseinandersetzungen zwischen dem Genossen Gollmid, Frisch und Grünwald zu den Fragen Militarismus, Kolonialpolitik und Lokalisten. Die ersteren entwickelten dem Referenten entgegengelegte Ansichten, während dieser nochmals seinen Standpunkt begründete. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt. — Es folgten geschäftliche Mitteilungen. Der Vorsitzende forderte auf zu reger Beteiligung zu dem am 12. Oktober in der Schloßbrauerei stattfindenden „Humoristischen Abend“, zu welchem Billetts bei den Bezirksführern und in der Expedition zu haben sind. Ferner wies er auf die in den Expeditionsräumen untergebrachte Vereinsbibliothek hin, die den Genossen den ganzen Tag über zur Verfügung steht. Gen. Müller schloß mit der anfeuernden Aufforderung, während der bevorstehenden Wahlbewegung sich Mann für Mann in den Dienst der Partei zu stellen.

Ein aufregender Vorgang hat sich Sonntagmorgens in der Ebersstraße zugetragen. In dem vierten Stockwerk des Hauses 81 hatte sich das vierjährige Töchterchen der Wolschischen Eheleute ohne Wissen der Mutter in das offene Fenster gelegt und auf die Straße hinabgefallen. Es deutete sich dabei zu weit vor und stürzte plötzlich in die Tiefe hinab. Mehrere Personen, die den Vorfall beobachtet hatten, glaubten nichts anderes, als daß die Kleine mit zerfetzten Gliedern unten liegen werde. Das war zum Glück nicht der Fall. Das Kind wurde in einer in der zweiten Etage befindlichen Balkonmarke förmlich aufgefangen und blieb völlig unverletzt.

Zehlendorf.

Unhaltbare und schwere gesundheitliche Gefahren in sich bergen Zustände bestehen in der Art der Beseitigung der Abwässer am Ort. Wie in einigen größeren Orten des Kreises bestehen auch hier noch Gruben zur Ansammlung der Schmutzwässer. Sind dieselben gefüllt, so werden sie mittels Dampfkraft betriebener Pumpe in Sonnenwagen entleert. Die Pumpe, Dampfmaschine und die Sonnenwagen sind Eigentum der Gemeinde. Nun hat hier die Landhaus-Wohnungsgesellschaft einen größeren Komplex an der Annostraße gekauft und dieses Terrain mit zwölf Landhäusern bebaut, deren Wohnungen zum allergrößten Teil bewohnt sind. Jedes einzelne Haus ist mit einer der oben erwähnten Gruben versehen und schon bei normalen Zeiten muß mit besonderer Sorgfalt darauf geachtet werden, daß die Entleerung dieser Gruben rechtzeitig beantragt wird. Die Kosten für die Abfuhr mit pro Tonne 3 M. hat der Grundbesitzer — in diesem Falle also die Landhaus-Wohnungsgesellschaft — zu tragen. In letzter Zeit ist nun zwischen der Gemeinde und der oben erwähnten Gesellschaft ein Streit darüber entstanden, ob eine bestimmte Summe, man spricht von 1100 M., an Abfuhrgebühren bezahlt worden ist oder nicht. Die Gemeindeverwaltung erklärt, obige Summe nicht erhalten zu haben und stellt einfach die Abfuhr ein. Anstatt sich auf andere Weise schadlos zu halten, greift sie zu einem Mittel, unter dem nicht unmittelbar der Grundbesitzer, sondern in erster Linie die Mieter zu leiden haben. Die Schmutzwässer treten in das Erdgeschloß zurück und verdrängen im ganzen Hause einen pestilenzialischen Geruch, der durch das augenblicklich warme Wetter nur noch unangenehmer wird. Wenn man bedenkt, daß sich in jedem Erdgeschloß zwei Wohnungen befinden, die am allermeisten unter dieser Katastrophe zu leiden haben, weil die Schmutzwässer die Wände durchziehen und in den Wohnungen Risse und Gestank verbreiten, so ist es erst recht unbegreiflich und leichtfertig, die Gesundheit der hier wohnenden Familien aufs Spiel zu setzen. Die Polizeibehörden, die sonst alles sehen, vernachlässigen hier nichts von diesen katastrophalen Zuständen. Wo ist die Sanitätskommission, die unseres Wissens nach noch immer besteht und sich aus verschiedenen Herren der Gemeindeverwaltung zusammensetzt? Es ist doch wahrlich die höchste Zeit, diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen.

Wilmerdorf.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein in Wilmerdorf beging sein zweites Stiftungsfest durch eine würdige Veranstaltung eines Feins-Abends. Frau Lily Braun hielt die Festrede, in welcher sie einen sehr interessanten Ueberblick über Feines Wirken und Leben gab. In reicher Abwechslung folgte nun Gesang — Rezitation — Klavierspiel. Die von Schumann und Schubert komponierten bekannten Lieder Feines, von Fräulein Völckerling geungen, übten eine tiefe Wirkung auf die Zuhörer aus. Die ausgezeichnete Rezitatorin Frau Johanna Meyer bot eine Fülle der schönsten Poesie Feines. Sie brachte in gleich hervorragender Weise die Liebesglut, die Gewalt der Empörung, den Schmerz wie den satirischen Humor des Dichters zur Geltung. Durch das vorzügliche Spiel des Herrn Leo Kerstenberg auf dem Klavierabend Gratian-Steinweg-Fügel wurde der so einseitlich gestaltete Abend zu voller künstlerischer Wirkung gebracht. So hat auch diese Veranstaltung wieder gezeigt, daß es durchaus nicht nötig ist den Arbeitern, wie noch vielfach üblich, die Kost feichter Unterhaltung zu bieten, sondern daß die wahre große Kunst den tiefsten und nachhaltigsten Eindruck zurückläßt.

Lichtenberg.

Einen bösen Reinsfall erlebte der Bäckermeister Franz Reinide, Frankfurter Chaussee, Ecke Hagenstraße. Als die Bogen des Bäderstreiks hoch gingen, wollte sich auch Herr Reinide über den Stand der Bewegung unterrichten, gebrauchte allerdings dazu ein Mittel, das nicht alle Tage angewendet wird. Wohl wissend, daß der „Vorwärts“ seine Leser über den Stand des Streiks genau informiert, wollte auch der Herr Bäckermeister seine Information aus dem „Vorwärts“ schöpfen. Anstatt nun den einzig richtigen Weg zu gehen, sich ein Abonnement des Blattes zuzulegen, glaubte er billiger dazu kommen zu können, indem er einem Abonnenten des „Vorwärts“ seine Zeitung stahl. Befogter Abonnent wunderte sich, daß ihm drei Tage hintereinander kein „Vorwärts“ fehlte. Nachfrage bei der Botenfrau ergab, daß dieselbe die Zeitung immer pünktlich abgegeben habe. Er legte sich nun auf die Lauer und konnte zu seinem Erkennen feststellen, daß obiger Bäckermeister, der Frühstück im Hause austrug, der Liebhaber seiner Zeitung war. Nachdem er demselben den „Vorwärts“ abgenommen und ihm für 1 h b a r mitgeteilt, daß man sich Informationen auf einem freieren Wege beschaffen kann, hielt er die Angelegenheit für erledigt. Dieser Vorfall sprach sich in der Nachbarschaft herum und nun drohte der Herr Bäckermeister dem Genossen Kändler, so heißt der Abonnent des „Vorwärts“, ihn wegen Verleumdung gerichtlich zu belangen. Das ging dem Genossen Kändler denn doch über die Hufschur. Er übergab die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Lichtenberg leugnete der Herr Bäckermeister, dem „Vorwärts“ gestohlen zu haben, ja er leugnete, das Haus, in dem sich der Vorgang abspielte, überhaupt betreten zu haben; durch Zeugen mußte seinem schwachen Gedächtnis erst nachgeholfen werden. Er wurde zu einem Tag Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Bei einem Abonnement des „Vorwärts“ wäre der Herr billiger fortgekommen.

Den Bericht über den Offener Parteitag nahm die Mitgliederversammlung des Wahlvereins entgegen. Der Referent Genosse Paul Frühl gab in kurzen Zügen einen Ueberblick über die Verhandlungen und Beschlüsse des letzten Parteitages und kam zum Schluß seiner Ausführungen zu dem Resultat, daß wenn auch der letzte Parteitag seine neuen grundlegenden Beschlüsse gefaßt habe, aus seinen Verhandlungen doch hervorgehe, daß von einem Niedergerichten werden nicht die Rede sein könne. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit den auf dem Parteitag gefaßten Beschlüssen einverstanden.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. An Stelle des Apothekers Roth, welcher sein Amt niedergelegt hat, wurde für den Rest der Wahlperiode der Gemeindevorsteher Angewitter zum Kreisstadtsabgeordneten gewählt. Mit 20 gegen 2 Stimmen stimmte die Vertretung dem Statut des Zweiverbandes für Groß-Berlin zu. — Als Wasserat für den 2. Bezirk wurde Herr Lehrer Wälsle gewählt. — Die seitens der Berliner Elektrizitäts-Gesellschaft gemachten Anerbietungen betreffs Benutzung der Transformatoranlagen wurden vorläufig abgelehnt. — Die Mittel für zwei neu einzustellende Beamte, darunter einen Kalkulator, wurden nach kurzer Debatte genehmigt. — Genosse Pinsler nahm alsdann alsdann Veranlassung, an den Gemeindevorsteher in einer heiklen Angelegenheit eine Frage zu richten. Die Kanalisationskommission hatte in den letzten Sitzungen verschiedene Maßnahmen beraten, um die Gemeinde bei Abnahme der Amalifikation vor Schaden zu bewahren. Die schon länger gehegte Befürchtung, daß der Unternehmer und seine Hintermänner von allen Maßnahmen der Kommission, deren Geheimhaltung den Mitgliedern empfohlen war, unterrichtet wurde, war nach der letzten Sitzung zur Gewißheit geworden. Der Gemeindevorsteher sowie andere Vertreter erklärten diesen Verstoß ebenfalls. Es wurde in Aussicht gestellt, sämtliche Gemeindevorsteher darüber zu befragen, ob sie die Indiskretion begangen haben. Ob diese Herren den Mut haben, offen Farbe zu bekennen, kann man nach dem Vorgegangenen bezweifeln. Es geht aber zur Evidenz hieraus hervor, mit was für Gegnern diejenigen Vertreter zu kämpfen haben, die die Gemeindevorsteher zu wahren das ehrliche Bestreben haben. Mit eisernem Feser müssen die nächsten Gemeindevorsteher sowie auch Schöffenvorsteher solche „Gemeindevorsteher“ hinweg fegen.

Weiskensee.

Von Sandalen wurde in der vorgestrigen Nacht wieder einmal der jüdische Friedhof heimgeführt. Die Täter haben an zwei Gräbern begräbnissen Zerstörungen ausgeführt. Wertvolle Bronzeteile nahmen die Dieben mit. Es handelt sich bei diesen Freveltaten, die sich in der letzten Zeit wiederholt haben, anscheinend um Racheakte.

Nieder-Schönhäusen.

Die letzte Gemeindevorsteherwahl hatte sich nochmals mit der in der letzten Sitzung abgelehnten Nachforderung von 14 000 M. für die Amalifikation zu beschäftigen. An Stelle der geforderten 14 000 M. sind nun nur noch 5000 M. beantragt; es ist jedoch eine weitere Nachforderung in der Höhe von 7-8000 M. in Aussicht gestellt. Der Bürgermeister Abraham machte die Gemeindevorsteher bezüglich ihres ablehnenden Standpunktes darauf aufmerksam, daß eine nochmalige Ablehnung eine Zwangsabtätigung durch den Landrat nach sich ziehen würde, die unbedingt bewilligt werden müßte. Ferner sei nicht anzunehmen, daß die gesamte Nachforderung eine laufende und dauernde Ausgabe sein werde. Nach langer Diskussion wurden die einstimmig geforderten 5000 M. bewilligt. — Beschlüssen wurde die Eingemeindung des Outsbereichs Nieder-Schönhäusen und der Kolonie Schönholz nach Möglichkeit zu fördern. Da die Stadt Berlin in der Abwässerfrage sich sehr ablehnend verhält, soll aufs neue verhandelt werden; es besteht die Meinung, daß Berlin in dieser Angelegenheit doch noch einen anderen Standpunkt einnehmen werde. — Die Berliner Straßenbahn (Siemens u. Halske) hat nun dem Gemeindevorstand mitgeteilt, daß sie ihren Anspruch auf Eintritt in den großen der Gemeinde Nieder-Schönhäusen und der Großen Berliner Straßenbahn geschlossen Vertrag fallen lasse. Die Große Berliner Straßenbahngesellschaft wird nun sofort die Konzession für die neu einzurichtenden Linien beim Berliner Polizeipräsidenten nachsuchen; die Vorarbeiten werden soweit gefördert, daß nach erfolgter Genehmigung der Verkehr sofort aufgenommen werden kann. Es erübrigt sich nochmals, auf die minimalen Vergünstigungen hinzuweisen, die der Gemeinde durch den Vertrag zu teil werden, da sie bereits an anderer Stelle bekanntgegeben worden sind. Bezüglich der Auszahlung des Kaufpreises für das Schulgrundstück in der Charlottenstraße wurde beschlossen, daß für die Summe von 7800 M. Stundung bis zum 1. Oktober 1910 unter Zahlung von 4 Proz. Zinsen in Anspruch genommen werden soll. Hieraus fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Rummelsburg.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete am Freitag Genosse John den Bericht vom Parteitag in Essen. Der Referent schilderte zunächst die Schwierigkeiten, mit der die Essener Parteigenossen zu kämpfen hatten betreffs Erlangung eines geeigneten Lokals. Ueber die Verhandlungen gab er einen umfassenden Bericht, worin er sich im allgemeinen mit dem Ergebnis derselben einverstanden erklärte. Zur betreffs der Bienenhaltenden Angelegenheit könne er den Genossen Verbal nicht verstehen. Man dürfe auf diesen Organisationszweck keine Rücksicht nehmen, sondern mühte ihn ohne weiteres aus der Partei auszuschließen. In der Diskussion, die sich an den mit Beifall aufgenommenen Vortrag angeschlossen, verurteilte Genosse Moser die von Genossen David, Bernheim u. a. befürwortete Kolonialpolitik sowohl wie die Kosleische Militäretatskredite und forderte zu radikaleren Vorgehen auf. Genosse Frenzel konnte sich mit dem Referat Wortum über die Alkoholfrage nicht ganz einverstanden erklären und vertrat den Standpunkt der Abstinenz. Unter Vereinstangelegenheiten teilte Genosse Rostkoff mit, daß seit der letzten Versammlung 56 neue Mitglieder eingetreten wären, daß jedoch eine große Anzahl gestrichen werden mußte, eine Erscheinung, die zu einer regen Agitation veranlassen sollte, um keinen Rückgang zu erleiden. Nachdem die Anwesenden sich zu Ehren des verstorbenen Genossen Gustav Walley von den Plätzen erhoben hatten, erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Reinickendorf-West.

Das Thema: „Die christliche Kirche und das Ideal der christlichen Bruderliebe“ behandelte am Donnerstag Genosse Adolf Stern in einer gut besuchten Volksversammlung bei Görden. Redner wies zunächst nach, wie das alte griechische Testament durch mannigfache Fälschungen gefälscht und den ökonomischen Verhältnissen der verschiedenen Zeiten angepaßt worden sei. Das Fehlen der Buchdruckerkunst sei dieser Fälschungsmethode förderlich gewesen. Auf diese Weise sei die heutige Bibel entstanden, die weniger in den höheren Lehrrichtungen als vielmehr in den Volksschulen als wichtiges Lehrbuch in Anwendung komme. Der mit lebhaftem Beifall aufgenommene Vortrag klarg aus in der Aufforderung, für die sozialistische Bewegung zu agitieren, denn nur in dieser fände das wahre Christentum seine Verkörperung. In der sich hieran anschließenden Diskussion wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß dieser Vortrag bei der größten Mehrheit der Versammlung zu dem Entschluß führen möge, aus der Landeskirche auszutreten, um erstens einmal keine Kirchensteuer zu zahlen, und zweitens dem Bau neuer Kirchen Einhalt zu tun. Besonders hervorgehoben wurde es, daß der Staat der Kirche aus den allgemeinen Steuern Zuschüsse zahle. Der Referent bedauerte zum Schluß, daß der zu dieser Versammlung geladene Herr Pfarrer Herbrechtsmeier es abgelehnt habe, zu erscheinen. Trotzdem ihm volle Redefreiheit zugesichert worden sei, halte er eine Volksversammlung nicht für den Ort, wo man sachlich diskutieren könne. Die Meinung des Herrn Pfarrers erklärte indes der Referent als irrig; er wünschte, dem Herrn beweisen zu können, wie sachlich und ruhig Sozialdemokraten zu diskutieren pflegen. Mit einem Hoch auf die sozialistische Bewegung wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Tranienburg.

Mit gebundenen Füßen in seinem Park in einem noch nicht 50 Zentimeter tiefen Leich tot aufgefunden wurde am Sonntagabend der Rentier Rudolf Eilers, Schützenstr. 22. Die Lage der Leiche und ein am Schauplatz der Tat aufgefundenen Pantoffel geben der Vermutung Raum, daß ein gräßliches Verbrechen vorliegt. Die Leiche des Verstorbenen, der im 66. Lebensjahre stand, wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Romawas.

Eine originelle Antwort hat die Regierung dem Gemeindevorstand in Romawas auf den Antrag um Aenderung des Ortsnamens übermitteln. Nach der Vereinigung der beiden Orte Romawas-Neudorf hatte die Gemeindevorstellung bei der Regierung beantragt, der neuen Gemeinde, welche den Namen Romawas weiterführen sollte, den Namen „Friedrichsmar“ zu verleihen, da die Neudorfer Einwohner — die Arbeiter natürlich ausgeschlossen — es mit ihrer echt deutschen Gesinnung nicht glauben vereinbaren zu können, daß die Gemeinde den alten böhmischen Namen Romawas weiterführen sollte. Die Antwort der Regierung lautet nun dahin, daß sich die Gemeindevorstellung nach 6 Monaten nochmals mit der Namensänderung befassen möge, da von anderer Seite um Beibehaltung des Namen Romawas petitioniert worden sei; falls sich dann die Vertretung nochmals in übergrößer Mehrheit für eine Namensänderung ausspricht, ist der Minister nicht abgeneigt, eine solche beim Kaiser zu befürworten. Für jeden, der lesen kann, bedeutet dieser salomonische Bescheid eine ziemlich höhnische Ablehnung der Namensänderung. Die „alteingesessenen Neudorfer Bürger“ denken natürlich anders über die Sache; sie wollen sich bei dieser Antwort nicht beruhigen, sondern nunmehr beantragen, daß der Name Romawas in „Romawas-Neudorf“ umgeändert wird, so daß sich die Gemeindevorstellung nochmals mit dieser wichtigen Angelegenheit wird beschäftigen müssen.

Gerichts-Zeitung.

Schauspieler und Direktor.

Zwischen dem Schauspieler Rudolf Schildkraut und dem Direktor des Deutschen Schauspielhauses Baron von Berger war im Jahre 1902 ein Vertrag abgeschlossen worden, demzufolge sich Rudolf Schildkraut für die Jahre 1904 bis 1907 am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg verpflichtete, bei einer jährlichen Gage von 12 000 M. Nachdem im Jahre 1905 der Vertrag bis zum Jahre 1909 mit der Bedingung von 15 000 Zulage für die weiteren 5 Jahre verlängert worden war, kam es infolge von Differenzen zwischen Schildkraut und dem Direktor, als Schildkraut zur Herstellung seines zerrütteten Gesundheitszustandes um längeren Urlaub bat, sowie um Aufhebung des Engagements, da er auf unbestimmte Zeit nicht mehr auftreten könne und von dem Direktor nicht verlangen wolle, daß er ihm die Gage weiter zahle. Baron von Berger verlangte ärztliche Atteste und verlangte selbst ein ärztliches Gutachten über Schildkrauts Gesundheitszustand. Dieses Gutachten ging nun dahin, daß Schildkraut nach wie vor ohne größere Anstrengungen auftreten könne. Schildkraut erklärte jedoch, daß er auf keinen Fall die ihm zugetheilten Rollen spielen wolle und könne.

Es kam somit zur Verschleppung des Klageweges, indem Schildkraut für den Monat rückständige Gage in Höhe von 1000 M. forderte, sowie Feststellung dahin verlangte, daß sein Vertrag mit dem Deutschen Schauspielhaus als gelöst zu gelten habe. Dagegen berief sich Baron von Berger auf die festgesetzte Konventionalstrafe von 15 000 M. für den Fall des unberechtigten Austritts und bestritt auch, daß er die Zulage von 3000 M. pro Jahr auch dann zahlen müsse, wenn der Kläger seinen Vertrag nicht bis 1909 erfülle.

Das Landgericht Hamburg entschied dahin, daß der Vertrag als aufgelöst zu gelten habe, und verurteilte den Schauspieler Rudolf Schildkraut auf die Widerlage des Direktors von Berger zur Zahlung von 1904,27 M. Gegen dieses Urteil hatte der Beklagte Berufung eingelegt. Das Oberlandesgericht Hamburg hob das landgerichtliche Urteil auf, insofern es zugunsten Schildkrauts lautete, wies die Festsetzungsfrage betreffend die Aufhebung des Vertrages ab und verurteilte Schildkraut, an Baron von Berger außer den bereits gezahlten 1904,27 M. weitere 333,33 M. zu zahlen.

Dieses Urteil wurde vom dritten Zivilsenat des Reichsgerichts auf die Revision des Schauspielers Schildkraut hin bestätigt.

Ist das Berliner Ortsstatut über Untersuchung des Fleisches gültig?

Berlin hat auf Grund des Schlachthausgesetzes durch Gemeindevorstand vom 17. Februar 1894 bestimmt, daß alles nicht auf dem Berliner Viehhof ausgeschlachtete frische Fleisch in Berlin nicht eher feilgehalten werden darf, bis es durch einen Sachverständigen gegen eine Gebühr untersucht worden ist. Für die Regelung der Untersuchung wurde ein Regulativ vorgegeben. Dies Regulativ bestimmt nun, daß die Untersuchung durch einen Tierarzt zu geschehen hat. Gegen diese Vorschriften sollte sich der Kaufmann Behnig zu Berlin verhalten haben. Der Angeklagte, der mit Wild und frischem Fleisch handelt, erhielt Ende vorigen Jahres aus Köpelt zwei Hundeschunden, die er, ohne das in Köpelt bereits ausgeschlachtete Fleisch in der Berliner Untersuchung unterzucht zu lassen, an ein Berliner Hotel verkaufte. Das Fleisch war zwar in Köpelt bereits untersucht worden, aber nicht von einem Tierarzt. — Das Landgericht Berlin verurteilte den Angeklagten wegen Uebertretung des Gemeindebeschlusses und Regulativs in Verbindung mit dem Schlachthausgesetz. Es nahm an, daß das Reichsgesetz vom 3. Juni 1900 jene Vorschriften nicht berühre.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hat jedoch jetzt das Urteil aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückerwiesen. Begründung wurde ausgeführt: Der Gemeindebeschluss spreche nur von einem Feilhalten frischen Fleisches usw. Das Landgericht habe aber nur festgestellt, daß das Fleisch verkauft worden sei. Feilhalten und Verkaufen sei nicht dasselbe. Es könne ein Verkauf stattfinden, ohne daß ein Feilhalten vorausgegangen sei. Bei einem Lieferungsvertrage oder bei einer Bestellung scheidet das Feilhalten aus. Das Landgericht müsse deshalb nähere Nachprüfungen in der Richtung vornehmen und noch einmal entscheiden.

Ob diese mehr spärliche richtige Unterscheidung zwischen Feilhalten und Verkaufen eine Aenderung des Ortsstatuts notwendig machen wird, wird sich erst aus den schriftlichen Gründen ersehen lassen. Der hygienische Zweck des Ortsstatuts will selbstverständlich nicht nur das Feilhalten, sondern den Verkauf und den Konsum gesundheitsgefährdenden Fleisches verhüten.

Vermischtes.

Eisenbahnunfälle und kein Ende! Nach einer Meldung aus München, ist gestern nacht vor der Station Allach die Kruppelung eines Güterzuges. Der abgerissene Zugteil sollte dem vorausfahrenden auf starkem Gefälle nach und stieß am Bahnhof Dachau mit solcher Gewalt auf den vorderen Teil, daß acht von den abgerissenen 20 Wagen entgleisten und fast völlig zertrümmert wurden. Zwei Bremser sind leicht verletzt. Beide Gleise sind gesperrt. Der Verkehr wird durch Umleitung aufrecht erhalten.

In Paris-Duc fand der gestern früh 3 1/2 Uhr von Nancy kommende Zug kein Einfahrtsignal vor und verminderte infolgedessen seine Fahrgeschwindigkeit. Der 10 Minuten nach ihm folgende Orient-Expreszug sah im dichten Nebel keine Signale und fuhr in den Schnellzug hinein. Die Lokomotive des Expreszuges wurde vollständig zertrümmert, der Kohlenwagen und der Salzwagen sind schwer beschädigt. Der Lokomotivführer ist getötet, der Zugführer und mehrere Reisende erlitten Verletzungen. Der Verkehr konnte erst am Abend im vollen Umfange wieder aufgenommen werden.

Vorgestern abend fuhr in der Nähe von Netport ein Personenzug in einen Güterzug. Der Führer des Güterzuges ist getötet, mehrere Reisende sind verletzt. Nach einer Meldung aus Wheeling (West-Virginia) erfolgte gestern bei Bellair ein Zusammenstoß zwischen einem von Chicago nach Wheeling fahrenden Schnellzuge und einem Güterzuge der Baltimore and Ohio-Bahn, bei dem 15 Personen getötet und zahlreiche andere zum Teil schwer verletzt wurden.

Die Pest in Oran. Eine Mitteilung des Generalgouverneurs von Algier besagt: Der Hafen von Oran ist amtlich als pestverwehrt erklärt worden. Die Epidemie brach zuerst im unteren Teile der Stadt aus. Zwei Todesfälle sind festgestellt. Die Zahl der Erkrankten beträgt nach einigen Angaben vier, nach anderen elf. Als Herd der Seuche sind vermutlich die Schuppen der Handelskammer zu betrachten, in denen die Erkrankten arbeiten und in denen auch Ratten aufgefunden wurden. Energische sanitäre Maßnahmen werden getroffen. Alle Kriegsdampfer verlassen Oran, ebenso der Transportdampfer „Rive“, der nach Alger-El-Rediz geht. Die Operationsbasis ist nach Algier verlegt worden.

Eine spätere Meldung aus Oran besagt: Die Einschleppung der Pest wird einem hier von Indien eingetroffenen Schiffe zur Last gelegt. Bis jetzt sind vier Todesfälle zu verzeichnen; die Zahl der Erkrankten beträgt zwölf.

Die Ueberschwemmung in Frankreich. Eine Meldung aus Paris besagt: Die Regengüsse im Süden, besonders im Geraulz-Tale, dauern an, die Ueberschwemmungen nehmen zu. Man meldet, daß Rhone und Ardèche bei ihrem Zusammenfließen über die Ufer getreten sind. Aus Agde wird berichtet: Das Meer hat mehrere Heiden ans Ufer geschwemmt. Es handelt sich um die Opfer der Ueberschwemmungen, welche bis ins Meer getrieben worden sind. Aus Bézier wird vom gestrigen Tage gemeldet: Das Hochwasser hat zahlreiche Bauarbeiten in Thibry und Servian zum Einsturz gebracht. Die Regengüsse haben aufgehört und ein leichtes Fallen des Wassers ist zu verzeichnen. In Agde hat das Wasser in einer Fabrik chemischer Produkte circa 2 Millionen Frank Schaden angerichtet. 500 Arbeiter sind braslos geworden. Der in zehn Gemeinden angerichtete Schaden ist unerschöpflich. Unter anderem sind 2 Millionen Hektoliter Wein vernichtet worden.

Ein verhängnisvolles Autorennen. Aus New York wird gemeldet: Bei einem Dauerrennen in Morristown plakte der Reiter eines Automobils bei voller Fahrt. Der Wagen durchfuhr die Abfängerbarrieren und rannte mitten in die Zuschauer hinein. 20 Personen wurden verletzt, darunter mehrere tödlich. Der Chauffeur ist bereits seinen Verletzungen erlegen.

Eingegangene Druckschriften.

- Liberalismus als Kulturpolitik. Von Dr. G. Pachtla. 1 B. Verlag Hofenbaum u. Holt. Berlin W. 66.
- Wollen und Seiden von J. Deil. Preis 2,70 M. Verlag D. Wlgand in Leipzig.
- Geldkursbericht 1906/07 des Konsumvereins L. Wlgand und Umgebung. 32 Seiten. Selbstverlag.
- Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktthales-Direktion. (Großhandel.) Oeffentlich Ia 68—70 pr. 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 57—60, Bullenfleisch Ia 62—67, IIa 50—59, Rülbe, fest 50—58, da mager 40—48, Pfeffer 54—62, Bullen, dän. 54—62, da. hell 0,00, Rülbefeisch, Doppeltender 100—115, Rülbefeisch Ia 75—85, IIa 60—72, Rülber ger. gen. 48—60, da. hell 48—54, dän. 0,00, Hammelfleisch Rülbefeisch 74—76, Hammel Ia 68—72, IIa 62—67, ungar. 0,00, Schafe 45—60, Schweinefleisch 57—63, Rehbock Ia per Pfund 0,60—0,95, IIa 0,40—0,58, Rülbfisch Ia per Pfd. 0,32—0,40, da. IIa 0,20—0,30, Dampfrisch 0,40, Rülbefeisch 0,00, Fischlinge 0,00, Rindchen per Stück 0,50—0,85, Wildenten per Stück 1,40—1,60, Kricken per Stück 0,50—0,70, Rehbockner, junge große 1,00—1,30, mittel u. kleine 0,50—0,90, alte 0,80—0,90, Fohlensteine 1,75—3,70, Fohlensteine 2,00—2,50, Waldschneepfen 0,00, Strammsteine 0,85—0,40, Föhner, alte, per Stk. 1,40—2,00, IIa 0,70—1,50, da. junge 0,40—0,80, Lenden 0,25—0,45, Italienische 0,00, Enten per Stück 1,40—1,80, dito Hamburger per Stk. 3,00, Gänse per Pfund 0,50—0,60, da. per Stück 2,00—2,30, da. Hamburger per Pfund 0,00, da. Döbereiner per Pfd. 0,30—0,60, Fohlens per Stk. 0,80—1,20, Fohlens per Pfd. 0,00, Gänse per 100 Pfd. 105—112, da. matt 101—104, klein 0,00, groß 0,00, da. groß und mittel 0,00, Fander 0,00, da. klein 0,00, dito mittel 0,00, Schafe, groß 0,00 klein 0,00, da. unfortiert 120—144, da. mittel 0,00, Kälte, groß 0,00, da. klein und mittel 0,00, da. mittel 0,00, da. unfortiert 0,00, da. groß-mittel 107—109, da. klein 75—76, Rülben 0,00, Rülben 0,00, Karpen 80—10er 67—71, da. 80—10er 71,

- 60—70er 0,00, Rülbe Rülbe 41—71, Barfe, 0,00, da. klein 0,00, Karawagen 0,00, Weis 0,00, Weis, matt 0,00, Barfe 0,00, Rülben 67, Knappchen 0,00, Knapp 0,00, Weisf. Lauch Ia neuer, per 100 Pfd. 110—130, da. IIa neuer 90—100, da. IIIa 0,00, Seelachs 10—20, Rülben, Rülber, Stiege Ia 2—6, mittel Rülbe 1—2, Rülber Stiege 4—6, halbe Rülbe 2—3, pom. Ia Schod 0,00, IIa 2—4, Rülbe, Rülber per 100 Pfd. 2—4, Strahl. 2—3,00, Rülben 0,00, Rülbe, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Rülber per Schod 5—9, Seelische Rülbe 3—4,00, 1/2 Rülbe 1,75—2,00, Sardellen, 1902er per 100 Pfd. 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90—95, Seelische Rülbering 1905 0,00, large 40—44, full 38—40, mod. 35—42, deutsche 37—44, Rülber, neue Rülber, per 1/2, To. 30—120, Rülber, voll, Rülber 1,50—1,60, Rülbering Rülber 1,20—1,40, da. Rülbe (4 Rülber) 1,40—1,70, Rülbering, Schodsch 11, da. kleine 5—6, da. Rülber 14, Rülber per Schod 0,00, große 0,00, da. mittelgroße 8,60, da. kleine 0,00, da. unfortiert 0,00, Rülber, groß 0,00, da. unfortiert 0,00, Rülber, unfortiert per Schod 3,60—3,80, da. große 4,40, Rülber per 100 Pfd. Ia 122—124, IIa 112—118, IIIa 100—108, ablaufende 90—95, Saure Gurken, neue, Schod 4,00, Rülberingurken 4,00, Rülberingurken per 100 Pfd. Daberische 2,75—3,00, weisse runde 2,50—2,75, Blaue 0,00, Rülber 2,25—2,50, mag. bon. 2,50—2,75, Rülber, Schod 0,50—1,00, Rülber, Schod 5—12, Spinat per 100 Pfund 10—18, Sellerie, per Schod 2,00—3,00, Rülbering per 100 Pfd. 2,50—3,50, da. Rülber 40,00—100,00, Rülbering 40,00—100,00, Rülber, grün, Schod 1,00—1,25, Rülbering Schod 0,90—1,00, Rülber, neue, Schod 0,07—0,10, Rülbering Schod 2,50—3,50, Rülbering, 100 Pfund 2,00 bis 3,50, Rülbering, Rülber, Schod 2,00—3,00, Rülbering, Schod 4,00 bis 12,00, Rülber, Schod 4—10, Rülbering 2—2,50, Rülbering, Rülbering 100 Pfund 5—14, da. Hamburger 100 Pfund 0,00, da. Rülbering 100 Pfund 7—18, Rülbering, per 100 Pfd. 20—30, Rülbering 4—6, Rülbering, Schod 3,00—6,00, Rülbering, Schod 3,00—4,00, Rülbering per 100 Pfd. 20—35, Rülbering 1,00—1,25, Rülbering per 100 Pfd. 10—12, Rülbering per 100 Pfund 15—30, Rülbering per Schod 0,75—1,25, Salat per Schod 1,25—2,50, Gurken, Rülbering, Schod 15—25, da. böhm. Schod 0,00, da. Rülbering Schod 2,75—3,00, da. Rülbering 2—2,50, Rülbering, grüne, 100 Pfund 12—30, Rülbering, per 100 Pfund 18—35, Rülbering per 100 Pfund 8—12, Rülbering, per 100 Pfund 2,50—3,00, Rülbering, Rülbering, per 100 Pfd. 8,50—12, Rülbering 5—7, Rülbering 8—17, Rülbering 18—24, Rülbering 25—28, Rülbering, 100 Pfd. Rülbering 8—17, Rülbering 15—30, Rülbering 0,00, Rülbering 0,00, Rülbering 3—8, Rülbering Ia 10—20, da. IIa 4—10, Rülbering, per 100 Pfd. 8—16, ital. in Rülbering zu 12 Stück 1,50—1,75, da in Rülbering Ia per 100 Pfd. 15—25, da. IIa in Rülbering per 100 Pfund 10—15, Rülbering, Rülbering, per 100 Pfund 11—12, Rülbering 0,00, Rülbering Ia 0,00, da. IIa 0,00, Rülbering Ia 20—45, IIa 15—18, Rülbering, 3—4, Rülbering 4—10, Rülbering Ia 15—23, da. IIa 7—12, Rülbering per Schod 1,00—2,00, Rülbering per 100 Pfd. Rülbering 6—11, ungarische 0,00, Rülbering, Rülbering, 0,00, Rülbering 10—12, Rülbering, ital. per 100 Pfd. 16—22, Rülbering 18—20, Rülbering 14—16, Rülbering I, per Pfd. 70—100, da. II 0,00, Rülbering, Rülbering, 800 Stück 12,00—20,00, da. 360 Stück 12,00—16,00, da. 300 Stück 12,00—16,00, da. 150 Stück 7,50 bis 9,00, Bananen, gelb, per 100 Pfd. 18,00—20,00, grün 0,00, Rülbering, per 100 Pfd. Rülbering 25—30, ital. 10—15, holl. 0,00, Rülbering 5—8, ungarische 10—12.

Witterungsübersicht vom 30. September 1907.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter		Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	
				Temp. u. d. Feuch.	W. u. N.					Temp. u. d. Feuch.	W. u. N.
Emmende	759 DRO	1 wolllig	15	Daparanda	762 SHH	mollent	4				
Damberg	759 DSD	1 Dunst	13	Berensburg	765 S	1 Rebel	7				
Berlin	758 SD	1 halb bb.	13	Seilh	756 DSD	1 Dunst	13				
Frankfurt a. M.	758 D	3 Rebel	10	Aberdeen	756 S	1 Rebel	9				
München	761 S	3 Rebel	13	Paris	756 SHH	bedekt	13				
Wien	751 SHH	— wolllig	15								

Wetter-Prognose für Dienstag, den 1. Oktober 1907.
A) Meist wolllig, am Tage kühl, bei schwachen südwestlichen Winden; etwas Regen und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	29. 9.	28. 9.	cm	cm		29. 9.	28. 9.	cm	cm
Remel, Tilit	136	— 3			Gabel, Spandau	98	— 8		
Bregel, Jüterburg	67	— 5			Havel, Rathenow	147	0		
Beichel, Thorn	78	— 2			Spre, Spremberg	194	0		
Dber, Rathow	96	— 2			Reedlow	167	— 1		
• Rosten	95	— 2			Beyer, Rülben	— 95	+ 8		
• Braunsfurt	104	— 3			• Rülben	— 24	— 4		
• Barth, Scherwin	—	—			Rhein, Waldshut	191	— 1		
• Landsberg	89	— 2			• Rülben	120	— 3		
Rüge, Gerdamm	16	0			• Rülben	97	— 2		
Gide, Seimert	— 48	— 2			Redar, Heilbronn	18	— 11		
• Rülben	79	0			Rain, Weisheim	—	—		
• Rüdow	90	— 5			Rosel, Teier	—	—		
Saale, Grochlig	68	— 4							

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ?) Unterpegel

Inferate
für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.
Größere Anzeigen
für die **Sonntags-Nummer**
erbitten dagegen schon bis Freitag nachmittag 5 Uhr, da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.

Möbel
auch auf Teilzahlung.
Moabit, Otto-Straße 2
(nahe Turm-Str.)
J. Kirstein
1867.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Obleute. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin werden ersucht, Vertrauensleute zu entsenden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlungen ihrer Branche oder die von ihrer Werkstatt aus am nächsten einberufene Bezirksvertrauensmänner-Versammlung.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein. Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungsorte sind folgende:

Tischler.

- Süd-Westen:** bei Schulz, Mittenwalderstr. 15.
- Süden:** bei Glesing, Wassertorstr. 68.
- Südosten I** (zwischen Kdaberstr. und Mantuffelstraße) bei Muhs, Mantuffelstr. 95.
- Südosten II** (zwischen Mantuffelstraße und Gdrlitzer Ufer) bei Muhs, Mantuffelstr. 95.
- Osten I** (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) bei Walter, Andreasstr. 21.
- Osten II** (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei Litfin, Wemelerstr. 67.
- Oestliche Vororte:** bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrichsbergstr. 11.
- Nordosten:** bei Boeker, Weberstr. 17.
- Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt** bei Obiglio, Schwedterstr. 23.
- Wedding und Moabit:** bei Fahrow, Ravenstr. 6.

Bautischler.

- Süden, Westen, Südosten, Bez. 1:** bei Möhring, Admiralstraße 18a.
- Osten, Bez. 2:** bei Zietz, Warschauerstr. 61.
- Norden, Bez. 3:** bei Karl Habe, Koppenhagenstr. 74.
- Wedding u. Moabit, Bez. 4:** bei Fortanier, Tegelerstr. 56.

Möbelpolierer.

- Osten:** bei Boeker, Weberstr. 17.
- Südosten:** im Märkischen Hof, Admiralstr. 18a.
- Norden:** bei Maas, Brunnenstr. 196.

Möbelmagazin-arbeiter u. Beizer

bei Grapentin, Zallischerstr. 102.
NB. Die Kontrollscheine über den Besuch der Versammlungen werden an die Vertrauensleute abgegeben.

Drechsler u. Treppengeländer-Branche.

- Norden:** bei Bergmann, Brunnenstr. 79.
- Osten:** bei Schneider, Friedenstr. 67.
- Südosten u. Südwesten:** bei Stramm, Ritterstr. 123.

Musikinstrumenten-Arbeiter

abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 5.
Tages-Ordnung:
Die Streitigkeiten in unserem Beruf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.

Mittwoch, 2. Oktober, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung für Königs-Wusterhausen und Umgegend

im Lokal von Bürschel, Königs-Wusterhausen, Bahnhofstraße 1.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 153/12
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filliale I Berlin.
Donnerstag, den 3. Oktober 1907, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung im Marienbad, Badstraße 35/36.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung. 144/5
2. Vorstandsbericht. 3. Wahl eines Erkennungsamtes im Zentralvorstande, eines Agitationsmittels und Vergütungskomitees. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Bühnenstücke sowie pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokale: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Tr.

Zehrplan für das 4. Quartal 1907.

Montag: **Nationalökonomie** (Einführung in die theoretische Nationalökonomie. Erster Teil).

1. Die Nationalökonomie als selbständige Wissenschaft. Ihre Einteilung und ihr Objekt. 2. Die Entwicklung zur kapitalistischen Weltwirtschaft; Entstehung und Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. 3. Die Ware als Elementarform der kapitalistischen Produktionsweise. 4. Der Gebrauchswert und der Tauschwert der Waren. 5. Geld; Preis. 6. Die Verwandlung von Geld in Kapital. 7. Die Erscheinungsformen des Kapitals.

Vortragender: Max Grunwald.

Montag: **Nationalökonomie** (Einführung in die Nationalökonomie. I.)

Begriff und Aufgabe der Nationalökonomie. Ihre Methode. Kauf und Verkauf. Ware, Preis und Geld. Der Wert, Gebrauchswert und Tauschwert. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Wert und Arbeit. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit. Das Maß des Wertes. Die verschiedene Intensität der Arbeit. Der Wert des Grund und Bodens sowie der ursprünglichen Rohstoffe. Woher kommt der Profit. Profit und Handel. Die Produktionskosten und der Wert. Der Arbeitslohn. Die Lehre vom Mehrwert.

Vortragender: Julian Borchardt. Dieser Kursus findet in Tempelhof bei Mokuly, Berlinerstr. 9, statt.

Dienstag: **Soziale Gesetzgebung.**

Begriff der sozialen Gesetzgebung. Der Arbeitsvertrag. Die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts. Das Lohnbeschlagnahmengesetz. Das Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte. Das Arzeneirecht. Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung. Schutzbestimmungen für Frauen und jugendliche Arbeiter. Das Gewerbeverordnungsverfahren. Krankenversicherungsgesetz. Unfallversicherungsgesetz. Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz.

Vortragender: Dr. S. Rosenfeld.

Mittwoch: **Gesetzeskunde (Deutsches Staatsrecht).**

I. Die Entwicklung des deutschen Staatswesens. II. Die Grundlagen des heutigen Staatsrechts. Die Entstehung des Reichs. III. Die Reichsverfassung. 1. Das Wesen des Bundesstaats. Der Bundesrat. 2. Preußen als Vormacht. Der Kaiser. 3. Der Reichstag. 4. Die Zweige der Reichsverwaltung. 5. Grundrechte und Ausführungsgesetze. IV. Die Einzelstaaten. 1. Das Wesen der konstitutionellen Monarchie. 2. Die Landtage und das Landtagswahlrecht. 3. Volksgrundrechte. Versprechen und Verwirklichung. 4. Die Grundlagen der Verwaltung. 5. Die freien Städte. V. Verfassung. Gesetz. Verwaltung. Macht und Recht. VI. Sozialismus und Staat. Die Sozialdemokratie und das geltende Staatsrecht.

Vortragender: Simon Katzenstein.

Donnerstag: **Rednerschule.**

1. Die Rede in Form und Inhalt. Dispositionslehre. Die rhetorische Gewandtheit. Die Aufgaben der verschiedenen Arten von Reden. 2. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren.

Vortragender: Max Grunwald.

Donnerstag: **Fortschrittsskursus in Nationalökonomie (Marx' Kapital).**

Gedrungte Wiederholung des ersten Bandes von Marx' Kapital: Die Lehre vom Mehrwert. Die Umwälzung der Produktionsweise durch das Kapital. Die soziologischen Wirkungen des Kapitalismus. Die Akkumulation des Kapitals. Dann Studium des zweiten Bandes: Der Zirkulationsprozess des Kapitals. Gemeinsame Lektüre und selbständige Ausarbeitungen unter Anleitung des Lehrers.

Vortragender: Julian Borchardt.

Freitag: **Literaturgeschichte (Von Romantik zu Romantik).**

Der Ausgang der romantischen Dichtung. Griechen- und Polendichter. Heine. Das junge Deutschland. Die Revolutionslyrik. Nach der Märzrevolution. Butzenscheibenromantik.

Vortragende: Frau Regina Ruben.

Freitag: **Geschichte (Die Märzrevolution, ihre Ursachen und ihre Wirkungen).**

Die vormärzliche Reaktion. Die Romantik auf dem Throne. Entwicklung der Industrie. Hungeraufstände. Marx und Engels. Das Kommunistische Manifest. Die Märzereignisse. Der Verrat der Bourgeoisie. Der Kölner Kommunistenprozess. Jahre der Reaktion. Kapitalismus und Liberalismus. Sozialismus.

Vortragender: Heinrich Schulz. (Dieser Kursus findet in Steglitz bei Schellhase, Ahornstr. 15a, statt.)

Sonabend: **Geschichte (Moderne Revolutionen bis zum Jahre 1789).**

1. Allgemeines über Revolution, Evolution, Klassenkampf. Niederländischer Aufstand. 2. Vorgeschichte der englischen Revolution. 3. Die Anfänge des langen Parlaments und der große Bürgerkrieg in England. 4. Presbyterianer und Independents. Grund und Levellers, Prozess und Tod Karls I. 5. Die Klassenkämpfe zur Zeit der englischen Republik. 6. Protektorat und Restauration. 7. Wilhelm von Oranien und die glorreiche Revolution. 8. Die britischen Inseln nach der glorreichen Revolution. 9. Englische Kolonialwirtschaft und amerikanische Revolution. 10. Die Anfänge der industriellen Revolution.

Vortragender: Dr. A. Conrady.

Sonabend: **Naturerkenntnis.**

1. Die Elemente. 2. Das Weltall. 3. Die Entstehung der Erde. 4. Die Entwicklung der Lebewesen. 5. Darwinismus. 6. Die Abstammung des Menschen.

Vortragender: Emanuel Wurm. Dieser Kursus findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I, statt.

In Berlin beginnt der Unterricht in **Nationalökonomie:**

Montag, den 14. Oktober; **Soziale Gesetzgebung:** Dienstag, den 15. Oktober; **Gesetzeskunde (Deutsches Staatsrecht):** Mittwoch, den 16. Oktober; **Rednerschule:** Donnerstag, den 17. Oktober; **Fortschrittsskursus in Nationalökonomie:** Donnerstag, den 17. Oktober (kl. Saal); **Literaturgeschichte:** Freitag, den 25. Oktober; **Geschichte:** Sonnabend, den 19. Oktober; **Nationalökonomie in Tempelhof:** Montag, den 14. Oktober; **Geschichte in Steglitz:** Freitag, den 25. Oktober.

Zum Fortschrittsskursus werden nur zirka 30 Teilnehmer zugelassen, welche mindestens einen Kursus in Nationalökonomie besucht haben müssen. Meldungen hierzu müssen bis zum 8. Oktober beim Vorsitzenden erfolgt sein.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokale Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; Fahrow, Ravenstr. 6; Horsch, Engel-Ufer 15; Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin S. 59, Freiligrathstr. 3, Quergebäude IV, Goldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 58, zu senden. Der Vorstand.

Maschinenarbeiter

in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Modell- und Fabrik-Tischler

bei Mothes, Süssstr. 40.
In dieser Versammlung werden die Werkstattfragebogen ausgegeben.

Bodenleger

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Diese Versammlung beginnt um 8 Uhr.
In dieser Versammlung sind die Kollegen der Firma Danke; ferner die Kollegen Schlichting, Rohfeld und Matowial eingeladen.

Bilderrahmenmacher

bei Pahl, Brandenburgstr. 22.
Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Stockarbeiter

bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.
Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Jalousie-Arbeiter

bei Mühle, Mariannenstr. 41.

Vergolder

in Dietrichs Festsälen, Dreddenstr. 116.

Stellmacher

bei Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57.

Kistenmacher

bei Baudach, Bredlauerstr. 28.

Einsetzer

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Kammacher

bei Walter, Kdaberstr. 62.
Sitzung der Kommission mit Vertrauensmännern.

Perlmutterarbeiter

bei Hoffmann, Cypelnerstr. 47.
Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Korbmacher

bei Hoffmann, Koppenstr. 47.

Bürstenmacher

bei Schubert, Rauhstr. 14.

CREDIT An ALLE

Spezial-Möbel-Geschäft

Besonders leistungsfähig für bürgerl. Einrichtungen von 250-4000 M.

Kulante Bedingungen.

Da keine Ladenmiete, billige, aber feste Preise!

Bar oder Teilzahlung.

Wilhelm Misch Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 45/46 I. und II. Stock.

Kratz editer

Kusten- u. Schnupfen-Heil

(Wundheilmittel) ist vorzüglich und bewährt gegen Heiserkeit, Husten, Schnupfen, Quinsenz, Kehlkopfentzündung, Schleimhusten, Nasenpolypen usw. Original a 1.75, 1/2 a 1.00, Probe 50 Pf.

Falls in Ihrer Drogerie noch nicht vorhanden, gegen Einlieferung von Marken (Beleg editer) durch Drogerie

Fritz Kratz, Berlin N., Reinickendorferstr. 119, Fernspr. II. 2631

Die Generalversammlung des Kreises Niederbarnim

Wurde am Sonnabend im Saale von Gorgas in Stummelsburg abgehalten. Der Vorsitzende Freiwaldt erstattete den

Geschäftsbericht des Vorstandes

für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres. Er führte unter anderem aus: Nach den materiellen Opfern, welche die Reichstagswahl und dann die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Monate erforderten, sind die Einnahmen naturgemäß zurückgegangen.

Seitel erstattete den Bericht der Bezirkskassierer. Eingenommen wurden 5254,54 M. für Vereinsbeiträge, dazu ein Bestand von 3197,54 M., macht eine Gesamteinnahme von 8452,08 M.

Heber die

preussische Landeskonferenz und ihre Aufgaben

sprach Stadthagen. Der Redner besprach den vorliegenden Organisationsentwurf für Preußen und die sonstige Tagesordnung der Konferenz. Weiter führte er aus, die Konferenz sei von außerordentlich großer politischer Bedeutung, denn sie stehe unter dem Gesichtspunkt der Entfaltung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Preußen und des Frauenwahlrechts. Es gelte

die preussische Wahlrechtsmach zu kennzeichnen und Mittel und Wege zu finden zum Kampf für das allgemeine gleiche Wahlrecht. Es werde harte und schwere Kämpfe geben, um an die Stelle der kulturwidrigen Verhältnisse in Preußen Zustände zu setzen, welche Preußen zu einem Kulturstaat machen.

Als Delegierte zur preussischen Landeskonferenz wurden Sonnenburg-Friedrichshagen, Freiwaldt-Pankow und Kubig-Pankow gewählt. Als Ersatzmann wurde Jakobsen bestimmt.

Den Bericht der Mandatprüfungskommission erstattete Sonnenburg. Die Generalversammlung darf von 125 Delegierten besucht werden, es sind aber nur 86 anwesend, 39 fehlen also. Außerdem sind zugegen 11 Vorsitzende, 7 Mitglieder des Zentralvorstandes, 1 Revisor, 1 Mitglied der Lokalkommission und der Reichstagsabgeordnete.

Beratung des Verbandstatuts für Groß-Berlin.

Aus Karlsdorf lag ein Antrag vor, der die Abschaffung des Mitteilungsblattes bezweckt. Nachdem mehrere Redner für und gegen den Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe abgelehnt. Zu der Bestimmung des § 3, wonach die Beschlüsse des Verbandsvorstandes für die Kreiswahlvereine bindend sein sollen, wird von Pankow beantragt, daß sich diese Bestimmung nur auf die im § 2 ausdrücklich benannten Aufgaben des Vorstandes beziehen soll.

wurde beschlossen, daß Anträge auf Änderung des Statuts mindestens 4 Wochen (der Entwurf sieht 3 Wochen vor) vor der Generalversammlung eingereicht werden. Ein Antrag Pankow: „Bei wichtigen Anlässen hat auf Antrag von drei Kreisen eine Urabstimmung stattzufinden“, wurde abgelehnt.

Als letzter Punkt stand die Berichterstattung vom Essener Parteitag auf der Tagesordnung. Der vorgerückten Zeit wegen sah die Versammlung von der Entgegennahme des Berichts ab und überließ es den Bezirken, sich durch die Delegierten Bericht erstatten zu lassen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde

findet vom 1. Oktober nicht mehr Friedrichstr. 16, sondern Lindenstr. Nr. 3, zweiter Hof, Eingang III, 4 Treppen, Fahrstuhl

wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen anzufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

Rebber 83. Solchen Verein gibt es nicht, wenden Sie sich direkt an das Theater. - J. B. 99. Wegen Erteilung eines Auslandspasses müssen Sie sich an das Bezirkskommando und an die Polizeibehörde wenden. - W. B. 32. Rein. Voraussetzungen werden Sie aber zurückgestellt. - G. B. Sch. 0133. 1 bis 3 Ja. 4. Wenden Sie sich an einen Anwalt. - W. B. 101. Ohne Kenntnis des Wortlauts des Vertrages ist es unmöglich, Ihnen mitzuteilen, welche Rechte Ihnen aus dem Vertrage zustehen. - M. K. 22. 1. Rein, nochmals zahlen brauchen Sie nicht. 2. Rein, 3. Verlangen Sie Herausgabe. - Zeuchen 1. Klagen Sie bei dem Amtsgericht, schleunige Anträge werden am besten in der Sprechstunde erledigt. Jeder Wohnung kann die Sprechstunde ohne besondere Vorladung besuchen. - G. B. 11. Eine Anzeige würde keinen Erfolg haben. - M. W. 79. 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja. 4. Rein. 5. Rein. 6. Ja. 7. Rein. 8. Rein. 9. Ja. 10. bis 15. Becht wird nur der Nachlaß, nicht das eigene Vermögen. 16. Rein. - Raboth. Lohnforderungen verjähren in zwei Jahren. - P. G. 15. 1. Sie können für jedes Kind 50 M., ferner die Versicherungsgebel, auch Krankenversicherung und Invalidenversicherung abziehen. 2. Ja.

Zum Wohnungswechsel

Table with columns for size (Größe) and price (Mk.). Rows include Teppiche, Vorlagen, Läuferstoffe, Wollene Schlafdecken, Kamelhaar-Decken, Polsterbettstellen, Eiserne Bettstellen, Stahlrohr-Bettstellen, Matratzen, Keilkissen, Inletts, Bettbezüge, Laken, Fertige Betten, and Bettfedern.

Julius Haack

Manufakturwaren und Konfektion BERLIN N., Brunnen-Strasse 198 am Rosenthaler Tor.



Winter-Paletots

Unübertroffen reichhaltige Sortimente neuzeltiger Stoffe und Fassons

In vielen Tausenden Exemplaren

Tadelloser Sitz Ausgeprobte Paßformen.

Nur eigene Erzeugnisse.

75.- 70.- 65.- 60.- 55.- 50.- 45.- 40.- 35.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15 Mk.



Winter-Ulster

Neueste englische Geschmacksrichtungen

50.- 40.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15 Mk.

Winter-Anzüge

Vielseitigste Ausmusterungen neuester Erzeugnisse und enorme Auswahl kleidsamer, bastizender Fassons in vielen Tausenden Exemplaren. - Nur eigene Erzeugnisse.

Feine Maß-Arbeit.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes Chausseestraße 29/30 • 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Straße 20. Der neueste Katalog Nr. 32 (Winter-Moden 1907/08) auf Wunsch kostenlos u. portofrei.

Lachmann & Scholz

Turmstraße 76. Größtes Warenhaus in Moabit. Ottostraße 1.

Als ganz besondere Vergünstigung gewähren wir bis 5. Oktober: Doppelte Rabatt-Marken.

